

DIE LINKE Sachsen und Corona

Mit
Digitalabo
schon drei Tage
früher im
Postfach!

Sachsens Linke!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
März-April 2020

Auch für uns als Organisation stellt die Corona-Krise eine große Herausforderung dar. Viele geplante Aktivitäten können nicht stattfinden – jedenfalls nicht in vorgesehener Form. Auch in unserer Partei wird es Mitglieder geben, die stärker als andere von Corona betroffen sein werden – sei es, weil sie unter Quarantäne stehen, sie berufliche Probleme oder selbst einen schwereren Krankheitsverlauf haben. Für sie sollten wir alle da sein und Solidarität praktisch werden lassen. In vielen Kreisverbänden gibt es daher Anrufaktionen, bei denen vor allem die älteren Mitglieder gefragt werden, ob sie Unterstützung brauchen – beim Einkauf oder anderweitig. Zögert also nicht, wenn ihr Hilfe braucht, euch an uns, eure Genossinnen und Genossen, zu wenden!

Auch was unsere politische Arbeit angeht, stehen wir vor großen Herausforderungen. Noch schneller als bisher müssen wir die Digitalisierung in unserer Partei vorantreiben. Innerhalb kürzester Zeit hat der Landesverband daher ergänzend zu bereits laufenden Prozessen eine Infrastruktur und eine entsprechende Informationsübersicht geschaffen, damit trotz Ausgangsbeschränkungen die Kommunikation und Vernetzung untereinander funktioniert. So werden neben Telefonkonferenzen auch zwei digitale Werkzeuge für Videokonferenzen zur Verfügung gestellt, die vor Ort genutzt werden können. Eine Übersicht über die Angebote und Hilfestellungen zur Benutzung findet ihr hier: <http://gleft.de/3Eb> – und auch sonst könnt ihr euch gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden, wenn ihr Hilfe braucht.

Auf der Website des Landesverbandes findet ihr außerdem weitere nützliche Informationen – Tipps dazu, wie jede und jeder konkret helfen kann genauso wie nützliche Links und Informationen zu Hilfsangeboten. Einige wichtige Ruf-

nummern haben wir außerdem für alle diejenigen, die keinen oder nur schlechten Zugang zum Internet haben, hier für euch abgedruckt:

- Hilfefon bei häuslicher Gewalt: 0800 116 016
- Telefonseelsorge: 0800 111 0 111 oder 0800 111 0 222
- Elterntelefon: 0800 11 0 550
- »Nummer gegen Kummer« für Kinder und Jugendliche: 116 111
- Hotline des Sozialministeriums zum Umgang mit den Allgemeinverfügungen Vollzug des Infektionsschutzgesetzes und der Schließung von Schulen und Kitas: 0351 564-55860
- Bürgertelefon des Sozialministeriums: 0351 564-55855 Montag bis Freitag 7 Uhr bis 18 Uhr
- Ärztlicher Bereitschaftsdienst: 11611, Webseite: 116117.de
- Hotline der Unabhängigen Patientenberatung: 0800 0117722
- Beratungszentrum Konsolidierung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank: 0351 4910-1100
- Corona-Hotlines der Landkreise und kreisfreien Städte:
 - Bautzen: 03591 5251-12121
 - Chemnitz: 0371 488-5321 Bandansage oder Tel. 0371 488-5302 (Bürgertelefon / Rufbereitschaft Montag bis Donnerstag ab 16 Uhr bis 20 Uhr, Freitag ab 14 Uhr bis 20 Uhr und am Wochenende 9 Uhr bis 20 Uhr)
 - Dresden: 0351 4885322
 - Erzgebirge: 03733 831-4444
 - Görlitz: 03581 663-5656
 - Leipzig: 0341 123-0
 - Landkreis Leipzig: 03437 9845566
 - Meißen: 03521 725-3435 (Montag, Mittwoch und Donnerstag: 8 Uhr bis 15 Uhr, Dienstag 8 Uhr bis 18 Uhr sowie Freitag 8 Uhr bis 12 Uhr)
 - Mittelsachsen: 03731 799-6249 und 03731 799-6230
 - Nordsachsen: 03421 758-5555
 - Sächsische Schweiz – Ostergebirge: 03501 515-1166
 - Vogtland: 03741 300-3570
 - Zwickau: 0375 4402-21111



Der 13. März 2020 könnte als der Tag in die Geschichte eingehen, an dem eine Wende begann. Inzwischen reiht sich alles ein in die nationale Anti-Corona-Front. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teile des Lebens zum Erliegen gekommen sind. Besonders hart trifft es alle Kulturschaffenden. War schon die Absage der Leipziger Buchmesse ein Desaster, so drohte nun auch die Musik zu verstummen. Künstler und Musiker wie Kilian Forster, Begründer und Intendant des größten deutschen Jazz-Festivals *Jazztage Dresden*, meldete sich in Zusammenarbeit mit einem kleinen Internetsender Zugabe TV mit einem Livestream-Konzert aus dem Wohnzimmer. Es spielten Klazz Brothers & Cuba Percussion. 8.000 Menschen bekamen über den Email-Verteiler der Dresdner Jazztage einige Stunden vorher die Information, dass das für den 16. März angekündigte Geburtstagskonzert „Zwanzig Jahre Klazz Brothers & Cuba Percussion“ zwar auf den 25. Mai verschoben sei, aber man dennoch nicht auf Musikgenuss verzichten müsste. Stattdessen hieß es: „Wir feiern, aber anders!“ Ein Internet-Livekonzert aus dem Wohnzimmer wurde angekündigt und auf der Homepage war ein Spendenknopf integriert. Die Künstler tun also etwas für ihr Publikum. Aber wie geht es weiter mit dem Festival?

Klazz Brother und Cuba Percussion haben im Netz ein gemeinsames Jubiläum gefeiert. Waren Sie schon immer Jazzer?

Nein! Ich war nach meinem Studium in Berlin und München zunächst bei den Berliner Philharmonikern. Später ging ich ans Gewandhausorchester Leipzig, wo ich als stellvertretender Solobassist begann und letztlich zehn Jahre Solobassist war. Der Jazz war eher meine heimliche Liebe, sie wurde aber immer wichtiger für mich. Um ihr nachgehen zu können, musste ich das Orchester verlassen und meine eigene Formation gründen. Das war vor 13 Jahren. Inzwischen ist Jazz in seiner gesamten Vielfalt meine Hauptbeschäftigung geworden.

Der Klassik haben Sie deshalb aber nicht abgeschworen?

Keinesfalls. Als Klazz Brothers verschmelzen wir Klassik mit Jazz. Ich stamme aus einer sehr musikalischen Familie, so sind bei den Klazz Brothers noch zwei meiner Brüder aktiv. Unser Großvater war Klassik-Professor. Da ist es selbstverständlich, wenn wir Mozart spielen oder – insbesondere im Jubiläumsjahr – Ludwig van Beethoven.

Von den Klazz Brothers zum Intendanten der Dresdner Jazztage war es aber noch ein weiter Weg. Wie kam es dazu?

Ich wohne in Dresden-Niederwartha. Im nahen Unkersdorf wurde das 650-jährige Dorfbjubiläum gefeiert und wir bekamen eine Auftrittsmöglichkeit in der Kirche. Da die Veranstaltung Anklang fand, kam uns die Idee, jährlich „Unkersdorfer Jazztage“ durchzuführen. Die waren der Ursprung der Dresdner Jazztage.

Waren sie eigentlich profitabel?

Nein, pekuniären Gewinn haben wir nicht gemacht. Insgesamt haben wir 15 Jahre draufgezahlt, davon hätte man ein

Musiker in der Corona-Krise

Die Jazztage Dresden entstanden aus einer Idee des Musikers *Kilian Forster*. Ralf Richter hat ihn gefragt, was aus dem Festival wird



Foto: © Mirko Jürg Keller

Haus bauen können. Der Verlust, den wir bei den Jazztagen gemacht haben, musste ausgeglichen werden – das haben wir nicht durch eine Erbschaft gemacht, sondern durch Einnahmen der Klazz Brothers. Als Klazz Brothers hatten wir einen großen Kundenstamm aufgebaut, der auch das Basispublikum für die Jazztage bildete, wo natürlich viele andere Gruppen auftreten.

Sie haben einen hohen Preis für Ihre Freiberuflichkeit bezahlt.

Ursprünglich war die Idee, weniger durch die Welt zu reisen, auf Tourneen zu gehen und mehr bei der Familie zu bleiben. Die Verluste der Jazztage bewirkten aber das glatte Gegenteil: Wir mussten noch mehr unterwegs sein. Es ist klar, dass sich das nicht gerade positiv auf die Familie ausgewirkt hat. Die Kinder haben nicht mehr meine Absicherung in der wohlbehüteten Philharmonie erlebt. Für die war ein Musiker jemand, der viel unterwegs ist und wenig Geld hat. So ist keines der Kinder Musiker geworden, obwohl sie alle wahnsinnig musikalisch sind – beide Töchter singen und der Sohn spielt Schlagzeug. Immerhin spielen sie mit in der „Forster Family“, das ist unsere Familienband.

Wie viele Auftritte haben die Klazz Brothers pro Jahr?

Das waren immer 120 und ist zurückgegangen auf die Hälfte, seitdem Bruno Böhmer Ca Macho, unser deutsch-kolumbianischer Pianist, wieder nach Kolumbien gezogen ist und oft rüberfliegt.

Wie entstand die Kooperation der Klazz Brothers mit Cuba Percussion?

Wir wollten jetzt am 16. März mit unserem Online-Konzert an dieses Kennenlernen erinnern. Vor zwanzig Jahren ging die Dresdner Philharmonie auf ei-

ne Tournee durch Kuba. Das Ganze wurde vom Auswärtigen Amt finanziert. Es war die Idee des Intendanten Olivier von Winterstein, dass das Philharmonische Jazz-Orchester Dresden, die Klazz Brothers und ein kubanisches Jazz-Ensemble gemeinsam ein Konzert spielen. So haben wir uns kennengelernt.

Wer spielte auf kubanischer Seite?

Das kubanische Kulturministerium hat das Ensemble Havana ausgewählt, weil es das damals beste Jazz-Ensemble auf der Karibikinsel war. Wir haben so zwanzig Minuten über „Der Mond ist aufgegangen“ improvisiert – wir hatten noch gar keine richtige Ahnung von Salsa. Aber es war ein sehr schönes Konzert im Teatro Roldán in Havanna am 16. März 2000. Die kubanischen Percussionisten Alexis Herrera Estevez und Elia Rodriguez Luis haben uns so begeistert, dass wir spontan beschlossen haben: „Die laden wir nach Deutschland ein!“

Daraus ist eine langjährige Zusammenarbeit entstanden.

In der ersten Konzertreihe in Deutschland haben wir vier Konzerte gespielt, das erste am 23. November 2000. An diesem Tag machen wir nun auch das große Jubiläumskonzert – also am 23. November das 20-jährige Jubiläumskonzert im Dresdner Kulturpalast. Wittigerweise ist das zugleich auch das Abschlusskonzert der zwanzigsten Jazztage, womit wir dann das zwanzigste Jubiläumskonzert eröffnen – so Corona will ...

Wird es die Dresdner Jazztage 2020 überhaupt geben können?

Ohne massive staatliche Hilfe sind sie tot. Wir verlieren jeden Tag dreieinhalbtausend Euro Karteneinnahmen. Die haben wir aber gebraucht zur Finanzierung. Heute verkaufen wir maximal ein bis zwei Tickets pro Tag – mit hundert

pro Tag wie in den vergangenen Jahren haben wir aber gerechnet. Das ganze Konstrukt ist dabei, zusammen zu brechen. Wir haben schon 30 Prozent der Konzerte im Verkauf. Bloß die funktionierenden alleine nicht: Ich kann nicht wegen sechs Konzerten für 30 Tage den Ostradome mieten und Technik für hunderttausend Euro reinbauen und dann nur sechs Konzerte spielen. Wenn ich aber darauf setze, dass wir dort 30 Tage spielen, dann müssten die Leute später all die Tickets kaufen. Das wären pro Tag doppelt so viele wie in den Jahren zuvor. Das wäre dann doch blauäugig.

Es geht da ja nicht nur um die Konzerte des Klazz Brothers & Cuba.

So lange die Veranstaltungen im November nicht behördlich verboten sind, können wir aus den Verträgen mit Konstantin Wecker oder Ute Lemper nicht einfach aussteigen. Wir können auch nicht in den Kulturpalast oder an andere Orte gehen, weil alles besetzt ist. Andere Veranstalter sind nun gezwungen, ihre fürs Frühjahr geplanten Konzerte zu verlegen, so dass es im Herbst zu einem großen Überangebot kommen wird. Wir müssen davon ausgehen, dass die Menschen dann eher nur halb so viele Karten kaufen wie sonst und nicht doppelt so viele – ein riesiger Verlust.

Gibt es öffentliche Förderung?

Wir bekommen von Stadt und Land lächerliche fünf Prozent Förderung. Wir haben eine Million Euro Einnahmen. Davon sind 850.000 Euro Ticketeinnahmen, 100.000 Euro Sponsoren, Freundeskreis etc. und 50.000 von Stadt und Land. Damit ist kein Jahresgehalt für das Personal zu bezahlen.

Was brauchen Sie zum Überleben?

Wir bräuchten mindestens eine sechsstellige Hilfssumme für ein Rumpffestival. Wobei man sehen muss: Selbst wenn 200.000 Euro Unterstützung kämen, ist das im Verhältnis zu anderen Festivals sehr wenig. Die meisten haben mindestens fünfzig Prozent Förderung. Wir haben um den Preis maximaler Selbstausschöpfung auf eine höhere Förderung verzichtet. Wenn wir jetzt die 200.000 Euro bekämen, dann wäre das ist weniger als das, was wir allein an Lohnsteuer, Umsatzsteuer, an Künstler-sozialkasse, an Ausländersteuer und allen Sozialabgaben zahlen.

Wie haben Sie das bisher überhaupt durchhalten können?

Wir sind nach dem letzten Festival beide – meine Frau und ich – todkrank ins Bett gefallen. Das ist Stadt und Land bzw. der Kulturstiftung bekannt, aber dort glaubt man: „Die sind so groß, das funktioniert schon irgendwie.“ Aber das ist falsch.

Wie viele Menschen haben Sie mit Ihrem Internetkonzert erreicht?

Wir haben etwas kurzfristig darauf hingewiesen. Dennoch haben es über fünf Kanäle dreitausend Menschen gesehen. Live hätten wir ca. hundert Gäste gehabt, allerdings hatten wir bei dem Internetkonzert weniger Einnahmen. Nächstes Mal werden wir es über www.klazz-brothers.com langfristiger ankündigen. Hinweisen möchte ich noch auf unsere CD anlässlich des diesjährigen Beethoven-Jahres: „Beethoven meets Cuba“!

Corona zeigt: Ein starker Sozialstaat ist möglich

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper fordert: Aus der Krise lernen und das Gesundheitswesen dem Markt entreißen!

Die Pandemie hat die Welt fest im Griff. Die Zahl der Neuinfektionen nimmt in Deutschland stetig zu, auch wenn nicht mehr ganz so schnell. Das zeigt, dass die getroffenen Maßnahmen mit teils erheblichen Einschränkungen der persönlichen Freiheit zu helfen scheinen. Die Menschen sind zurecht verunsichert, denn keiner weiß, wie lange wir das noch ertragen müssen – vorerst bis einschließlich 19. April.

Doch diese Krise kann auch eine Chance sein. So muss man konstatieren, dass der Sozialstaat mit Hartz IV usw. nicht ausreichend vor Armut schützt. Deshalb hat die Bundesregierung einen Notfall-Kinderzuschlag sowie Lohnersatz wegen Schul- und Kitaschließung für die Zeit der Pandemie eingeführt. Dieser beträgt bis zu 185 Euro pro Kind, die Berechnungsgrundlage wurde vereinfacht. Eltern, die wegen Schul- oder Kitaschließung die eigenen Kinder betreuen müssen, erhalten eine Entschädigung von 67 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens, jedoch maximal 2.016 Euro, für bis zu sechs Wochen. Auch der Zugang zu Leistungen der Grundsicherung wird erleichtert. Wer zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2020 einen Antrag stellt, muss lediglich erklären, über kein erhebliches Ver-

mögen zu verfügen und darf Ersparnis behalten. Ausgaben für Wohnung und Heizung werden in den ersten sechs Monaten des Leistungsbezugs in tatsächlicher Höhe anerkannt.

Ein stärkerer Sozialstaat ist also möglich, wenn man ihn will. Unsere Forderungen sind keine Utopie, sondern praktisch umsetzbar. Wir werden nach der Krise daher weiter fordern, den Beschluss der Rentenkommission erneut

zu prüfen. Es muss möglich sein, zu einem lebensstandardsichernden Rentenniveau in Höhe von 53 Prozent zurückzukehren und die Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung umzubauen, in die auch Selbständige, Freiberufler, Beamtinnen und Beamte sowie Abgeordnete einzahlen.

Die Corona-Krise zeigt zudem, dass neoliberale Ideologie im Gesundheitswesen nichts verloren hat. Wenn man

sich heute die Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung zu Krankenhaus-schließungen vor Augen führt, dann kann man nur dankbar sein, dass diesmal niemand darauf gehört hat. Man muss hoffen, dass das so bleibt und auch CDU und FDP irgendwann erkennen, dass Gesundheit keine Ware ist. Wir dürfen die Gesundheitsversorgung eben nicht dem freien Markt überlassen. Wenn Medikamentenpreise explodieren – wie der Preis für das Narkosemittel Propofol von einem auf 20 Euro pro Ampulle (das Medikament wird benötigt, um erwachsene Patientinnen und Patienten während der Beatmung zu sedieren) –, wenn Preise für Schutzkleidung und Material in die Höhe getrieben werden, dann lässt das nur den Schluss zu: Das gehört unter strenge staatliche Kontrolle. Menschenleben sind kein Spekulationsobjekt, Krankenhäuser keine Rendite-Kühe.

Wenn nach der Krise die Grundrechtseinschränkungen gelockert und aufgehoben werden, dann sollten der Sozialstaat und die Gesundheitsversorgung auf den Prüfstand gestellt werden. Denn was in der Krise funktioniert und für den Menschen Vorteile bringt, sollte auch darüber hinaus fester Bestandteil eines fürsorgenden Staates werden.



Vom Wenig und dem Vielen

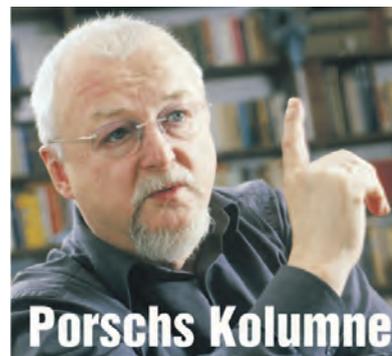
Meine Mutter, 1910 geboren, besuchte in ihrer Jugendzeit in einer Wiener Volkshochschule einen Hauswirtschaftskurs. Dem verdanke ich ein von Hand geschriebenes Koch- und Backbuch, das in der Familie weitergereicht, schon vielen guten Dienst erwiesen hat. Auf der ersten Seite befindet sich eine Weisheit der Lehrerin, Fräulein Pichl: „Viele Wenig ergeben ein Viel“. Alles akkurat in Sütterlinschrift überliefert, der Sinnspruch und die Rezepte. Es übt im Lesen dieser Schrift und im Kochen und Backen. Fräulein Pichl wusste, wovon sie sprach, davon zeugen die Rezepte. Sie sparen nicht mit Zutaten, sie beschränken jedoch überall die Fülle, insbesondere bei den Gewürzen. Ist man mit dem Buch durch, kennt man viele, weiß aber auch sich zu beschränken, um Geschmack zu schaffen, Überdruß jedoch zu vermeiden.

Mit ihrer Weisheit ist Fräulein Pichl sicher nicht alleine und war es wohl auch nie. Der Volksmund und gescheite Leute vermehren Ähnliches: „Kleinvieh macht auch Mist“, ist vielleicht die einfachste, volkstümlichste Variante. Ein Albert Schweitzer zugespro-

chener Satz – „Das Wenige, das Du tun kannst, ist viel“ – hebt alles auf eine Ebene menschlichen Handelns und klingt bildungsbürgerlich vornehm. Freilich weiß der Volksmund auch umgekehrt, dass ein Viel oft schädlich sei: „Etwas weniger, wäre mehr gewesen.“

Warum aber gerade fällt mir das jetzt ein? Es fällt mir ein, weil die Weisheit häufig in Vergessenheit geraten zu sein scheint und weil sie vielleicht auch nicht immer stimmt. Nehmen wir zum Beispiel die Europäische Union. Sie ist doch genau betrachtet aus vielen Wenigs zusammengesetzt. Bis auf ein paar Ausnahmen trifft das für die meisten Mitglieder zu. Viele kleine Staaten im Vergleich zu den paar großen Hauptzutaten, könnten die Würze im europäischen Menü sein. In ruhigen Zeiten waren sie es auch; feine, Abwechslung garantierende Geschmacksverstärker über der französisch-deutsch-spanisch-italienischen Küche. Dann kamen aber schwere Herausforderungen und viele Köche verdarben mit vielen Zutaten den europäischen Geschmack. Flüchtlinge kamen. Sie kamen von woanders her; von wo der Pfeffer wächst, und man

wünschte sie dorthin zurück. Viele Wenig an nationalen Egoisten brachten kein Viel an Gastfreundschaft und Vielfalt der Menschlichkeit. Nein, sie brachten davon leider nur ein noch Weniger. Jedes Wenig wollte nur mehr seine eigene Suppe auslöffeln. Die Vielen blieben außen vor. Die Suppe schmeckt nun schal, aber man weiß, was man hat. Und was der Bauer nicht



kennt, frisst er eben nicht. Volksweisheit hilft immer. Darin lauert in Summe ihre Gefährlichkeit. Gleich und Gleich gesellt sich genau so gerne, wie Gegensätze einander anziehen.

„Nicht kleckern, sondern klotzen“, denken jetzt viele von den Wenigen. Das Coronavirus steht vor der Tür. Machen wir unsere Türe zu. Mögen die anderen tun, was sie für richtig halten. Da zerstreut sich das aus vielen Wenig entstandene Viel Europas in ein Kleinklein, statt gemeinsam die Lösung zu

suchen, der man auch noch vielmehr Geschmack abgewinnen könnte. Das Kleinvieh macht Mist im wahrsten Sinn des Wortes. Was für Europa gilt, gilt übrigens auch für Deutschland. Jedes Land, jede Kommune achtet eifersüchtig darauf, den eigenen und möglichst nur den eigenen Senf dazugeben zu können. Fehlt es am unverwechselbaren Senf, muss man doch wenigstens Erster sein. Das macht stolz, und wer es verpasst, spricht plötzlich von Gemeinsamkeit, von Solidarität, verurteilt das „Vorpreschen“ des Wenig vor dem Vielen. Ein Weniger an Sonderberichterstattungen hätte allerdings ein Mehr an Gelassenheit gebracht.

Komme ich zurück zu Albert Schweitzer, den gerade die „Bildungsbürger“ vergessen haben, suche ich vergeblich das Wenige, das, tut man es denn, viel werden kann. Ich denke an die Flüchtlinge, die von der Türkei dahin gejagt vor Griechenland liegen. Nichts wird da mehr getan. Oder doch? Das notwendig Wenige wird zu wenig gewährt: ein dichtes Dach über dem Kopf, eine warme Decke, die Hose und das Kleid, die Blößen bedecken, ein Stück Brot und ein Schluck Wasser. Die das Viele hüten, retten kaum noch jemanden aus den Fluten des Mittelmeeres. Das ohnehin Wenige an Menschlichkeit löst sich im angeblich schützenden Wasser auf. Wir sind auf den Geschmack der Geschmacklosigkeit gekommen.

Im Zeichen der Solidarität

Landeschef Stefan Hartmann zum Agieren der sächsischen LINKEN in der Corona-Krise

Zeiten wie diese hat wahrscheinlich noch keiner von uns erlebt. Einen „immer passenden Schlüssel“ für die politischen Herausforderungen, die in dieser einmaligen Situation vor der Gesellschaft und vor unserer Partei stehen, hat wohl niemand. Der sächsische Landesvorstand hat bereits sehr frühzeitig damit begonnen, sich zu dieser außergewöhnlichen Lage zu verhalten. Auf Initiative meiner in Gesundheitsfragen mit besonderer Expertise ausgestatteten Co-Vorsitzenden Susanne Schaper haben wir einige Tage vor der großen medialen Corona-Welle damit begonnen, organisatorisch und politisch zu handeln. Auch mit besonderem Blick darauf, dass in unserer Partei viele Genossinnen ein höheres Alter

haben und durch das Virus besonders bedroht sind. Wir waren uns zu Beginn weder ganz sicher, ob wir das Richtige und Notwendige tun, noch ob „die Partei“ das alles so mitmacht. Aber inzwischen sind wir sehr dankbar über die weitgehend verantwortungsvolle Reaktion aller Parteigliederungen und ihr Bemühen, sowohl die politische Arbeit weiterzuführen als auch neue Formen der Solidarität zu entwickeln. Dafür sagen wir Danke!

Auch in dieser Krise hat DIE LINKE. Sachsen ihr politisches Profil gewahrt. Auf vielfältige Weise haben wir unseren Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zum Ausgangspunkt unserer Vorschläge und Interventionen

gemacht. Wir setzen uns für die Menschen ein, die besonders stark von den Auswirkungen betroffen sind, etwa durch Verlust oder Reduzierung ihrer Einkommen, Schulschließungen oder extremen Belastungen auf ihrem Arbeitsplatz. Wir zeigen, dass die Privatisierung und Gewinnorientierung im Gesundheitswesen der letzten Jahrzehnte eine Sackgasse sind, die Gesundheit und Leben gefährdet.

Aber es ist auch nicht so, dass jede Positionierung in der LINKEN selbstverständlich ist. Die Kollision von gleichrangigen Verfassungsnormen – Jurist*innen nennen das „praktische Konkordanz“ – hinsichtlich der individuellen Freiheits- und Teilhaberechte

und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und Leben ist offensichtlich. Für unsere politische Antwort auf dieses Dilemma sollten wir meiner Meinung nach von einem unserer zentralen Leitmotive des Erfurter Programms ausgehen. Und das ist die Solidarität. Eine solidarische Gesellschaft wäre eine, die nicht von abstrakten Prinzipien ausgeht, sondern von den ganz konkreten Gefährdungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen der Menschen – als „biopsychosoziale Einheit“ (im Übrigen ist das ein spannendes Konzept, das in den letzten Jahren der DDR entwickelt wurde). Daran arbeiten wir – und werden eine spannende, kontroverse und sicher auch solidarische Debatte dazu haben. Schreibt uns!



Neues aus dem Landesvorstand

Tilman Loos berichtet aus der Sitzung vom 6. März 2020

Am Freitag, dem 6. März, hatte der Landesvorstand eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Mit der Zuspitzung der Corona-Krise wurden leider einige der gefassten Beschlüsse, vor allem solche zu Veranstaltungen, von den Ereignissen überholt.

Zunächst diskutierte der Vorstand über die Wahl in Hamburg und die Strategiekonferenz des Bundesverbandes, bei der durchaus spannende Fragen aufgeworfen worden sind. Diese rückten zumindest öffentlich etwas in den Hintergrund, wegen der – letztlich auch medial hochgejazzten – Debatte um Einzeläußerungen auf der Konferenz. Stefan Hartmann betonte dazu am Anfang, dass völlig unstrittig sei, dass sowohl die viel zitierte Genossin aus der BAG Klimagerechtigkeit als auch der Parteivorsitzende nicht einmal annähernd für Gewaltanwendung oder Zwangsarbeit sind. Wer so etwas behauptet, unterstelle beiden auf böser Weise etwas, was sie nicht vertreten. Dennoch ist es nötig, im Zuge von solchen Debatten reaktionsfähig zu bleiben, weshalb seitens des Landesverbandes schnell ein FAQ (sinngemäß „Fragen und Antworten“) für die eigenen Genoss*innen zur Verfügung gestellt worden ist. In der Debatte wurde auch betont, dass vor dem Hintergrund

der gesellschaftlichen Entwicklungen und veränderter Kommunikationsformen die Verantwortung Einzelner bezüglich ihrer Äußerungen größer geworden ist.

Anschließend wurde im Vorstand auch die Entwicklung in Thüringen angesprochen. Das Durchhaltevermögen und das konsistente Handeln unserer Genoss*innen bis zur erneuten Wahl Bodo Ramelow im dritten Wahlgang wurde gelobt. Hinsichtlich der von Bodo Ramelow am 6. März geäußerten Entscheidung, einen Landtags-Vizepräsidenten-Kandidaten der AfD mitgewählt zu haben, wurden in der Diskussion vor allem zwei Aspekte betont: Ein Teil äußerte die große Sorge, dass das Signal, welches nach außen ankommt, fatal ist und alles bisher Erreichte in anderem Licht erscheinen lässt. Andere betonten, dass man zur Kenntnis nehmen muss, dass ein Hintergrund der Entscheidung laut einigen Stimmen aus Thüringen auch die Frage sei, ob man demokratische Institutionen von Rechten blockieren lassen will. Aus Thüringen gab es den Verweis darauf, dass ohne diese Wahlentscheidung das Parlament qua Erpressung seitens der AfD handlungsunfähig sei. Das hieße, dass die Rechten damit bis über eine Neuwahl hinaus einen „Joker“ in der

Hand hielten. In der Debatte im Landesvorstand wurde dennoch deutliches Unverständnis artikuliert. Im Landesvorstand war unumstritten, dass eine Wahl von Funktionären der AfD nicht in Frage kommt. Vor dem Hintergrund der auch in anderen Parlamenten oder insbesondere kommunalen Räten (Kreistage, Gemeinderäte etc.) schwierigen Konstellationen wurde darauf verwiesen, dass es auf der Sommerakademie im Juli (so sie stattfinden kann) einen Workshop zum Umgang mit der extremen Rechten geben soll.

Auch einen ersten kurzen Rückblick hat der noch recht neue Landesvorstand gewagt und sich kurz mit einer ersten Bilanz der eigenen Arbeit auseinandergesetzt, die zur nächsten Sitzung noch fortgeschrieben werden soll. Dabei wurden sowohl Erfolge, unmittelbar anstehende Aufgaben sowie Aspekte, die noch Defizite aufweisen, genannt. Die Mitglieder des Landesvorstandes haben ferner ihre Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Zudem wurde beschlossen, dass es auch weiterhin eine*n oder zwei Landesinklusionsbeauftragte*n geben soll. Die Besetzung dieser ehrenamtlichen Stelle erfolgt in der Mai-Sitzung des Landesvorstandes nach Rücksprache mit der LAG Selbstbestimmte Behin-

derntenpolitik. Interessierte können sich vorab melden.

Auch bei den politischen Räten wurde es konkret: So wurde einerseits der Rat für politische Bildung gegründet. Los gehen soll es mit einer Startphase, bei der die Schaffung von Kreis-Bildungsverantwortlichen und die Entwicklung einer festen Abfragestruktur für die Politische Bildung im Zentrum stehen. Auch eine Bedarfsanalyse für die Kreise soll es geben. Andererseits wurde der Gewerkschaftsrat als „Landesforum ARBEIT – Forum für Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen in der LINKEN“ gegründet. Das Landesforum richtet sich an Mitglieder von DIE LINKE. Sachsen, die hauptamtlich oder ehrenamtlich in Gewerkschaften aktiv sind sowie dementsprechend an Betriebsrät*innen und Personalrät*innen.

Darüber hinaus beschloss der Landesvorstand, demnächst nur noch ein Ergebnis- statt vollumfängliches Wortprotokoll zu führen und besetzte zwei noch freie Plätze im Strukturplenum. Die Beschlüsse des Landesvorstandes waren wie die Sitzungen zuvor bereits wenige Minuten nach Beendigung auf der Website des Landesverbandes einsehbar.

Leserbriefe

Zur Münchener Sicherheitskonferenz 2020

Wider die Sicherheit in Europa

Welch ein Hohn, dieses Treffen von Regierungschefs sowie deren Vertretern in München als Sicherheitskonferenz zu titulieren. Was sich da abspielte, ist das blanke Gegenteil und bringt die Welt nur an den Rand einer neuen weltweiten militärischen Auseinandersetzung. Die Rede von Steinmeier (SPD), gespickt mit geschichtlichen Verdrehungen und Halbwahrheiten, sowie der Aufruf von AKK (CDU) zur Übernahme von militärischer Verantwortung in Europa und der ganzen Welt machen mich nur noch wütend. Christliche und sozialdemokratische Werte, immer auf dem öffentlichen Altar präsentiert, werden ohne Schamgefühl ad absurdum geführt. Im Mittelpunkt der Konferenz standen Forderungen nach einer wesentlichen Erhöhung des Militärbudgets, gigantische Manöver an der Grenze zu Russland und das im 75. Jahr der Beendigung des blutigsten aller Kriege. Es kann einem für die Zukunft Angst werden. Deshalb müssen die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen deutlich aufstehen und Zeichen setzen. Es müssen nunmehr und nachdrücklich machtvolle Signale an die Politik gesendet werden und in Forderungen nach wirklicher Entspannung sowie Abrüstung münden. Hier kann und muss die Bundesrepublik sich auszeichnen und das Vermächtnis „Nie wieder Krieg“ endlich wirkungsvoll umsetzen. Wie wäre es mit einem neutralen Deutschland, ohne NATO und Balkenkreuze der Bundeswehr?

• Raimon Brete, Chemnitz

Zum Leserbrief von Rita Kring, *SachsensLinke!* 01-02 2020, S. 5

Russophobie verbietet sich

Wir unterstützen die Meinung von Rita Kring vollständig. Mehr noch – die vielen Äußerungen von Linken (u. a. die Ko-Vorsitzende, die „sozialistische“ Tageszeitung neues deutschland) von der Okkupation und ähnlichen Begriffen bedienen die vorherrschende Russophobie der Herrschenden in der BRD. Die Schenkung der Krim an die Ukraine 1954 durch das Politbüro der KPdSU war bereits ein grober Verstoß gegen die Verfassung der RSFSR. Nur der oberste Sowjet dieser Sowjetrepublik hätte dieses Recht gehabt. Wer sich für alle damit zusammenhängenden Fragen interessiert, dem sei das Büchlein „Krim auf ewig mit Russland“ von Sergej Baburin empfohlen. Darin sind alle historisch-sachlichen Begründungen der Wiedervereinigung der Republik Krim und der Stadt Sewastopol mit der Russischen Föderation im Detail beschrieben. Die völkerrechtlichen Grundlagen finden sich in

der „Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen – 2625 (XXV)“ – beschlossen von der Generalversammlung der UNO am 24. 10. 1970. Dieses Dokument lag auch der Abspaltung des Kosovo von der Serbischen Republik zugrunde. Wer nach dem Studium dieses Dokumentes und des oben genannten Buches noch immer von Annexion u. Ä. spricht, dem ist nicht zu helfen. Von einer und einem Linken aber muss man erwarten, dass sie und er den 22. Juni 1941 und den 8. Mai 1945 nicht vergessen hat – damit verbietet sich Russophobie. Gerade angesichts des bevorstehenden 75. Jahrestages der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, die wir maßgeblich der Sowjetunion zu verdanken haben, sollten wir uns an unsere deutsch-sowjetische Freundschaft erinnern. Noch einmal Dank an Rita Kring – sie hat uns aus dem Herzen geschrieben. *SachsensLinke!* wünschen wir noch mehr kritische Meinungen und viel Erfolg!

• Margot und Heinz Bilan, Leipzig

16. April – Ernst Thälmann zum Geburtstag!

Thälmann hat einen Platz in der Geschichte

Ernst Thälmann eine deutsche Biografie, umstritten wie wenige. Der aus kleinen Verhältnissen kommende Hamburger Arbeiter entwickelte sich zum Führer der deutschen Kommunisten. Er wurde geliebt, gehasst, heroisiert, verehrt, verleumdet, missbraucht. Für seine Freilassung aus Nazihaft gingen auf der ganzen Welt Hunderttausende auf die Straße. Zu dem Prozess gegen ihn, den die Nationalsozialisten nie durchzuführen wagten, hatten sich 1.000 Journalisten aus der ganzen Welt vorangemeldet. Mag man zu Thälmann stehen wie man will, er hat einen Platz in der deutschen Geschichte. Wie er als Führer der deutschen Kommunisten zu beurteilen ist, darüber mögen jene befinden, die meinen, Kommunisten zu sein. Das Urteil seiner Feinde wird immer zu deren Gunsten ausfallen. Die geschichtliche Einschätzung, nach den Gepflogenheiten des Zeitgeistes, vermag wohl auch eine objektive Betrachtung nicht aufzubringen. „Immer schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten“, sagte Bertolt Brecht. Gilt das auch für die historische Einordnung Ernst Thälmanns? Seine Ideale haben eine Niederlage erlitten, obgleich die Sieger bis zum Hals in Schwierigkeiten stecken. Was anstandshalber bleiben sollte, ist zumindest der Anspruch auf eine pietätvolle Erinnerungskultur. In der kleinen Stadt Zschopau errichteten jene, die Thälmann einst verehrt hatten, 1976 ein bescheidenes Thälmann-Denkmal

– eine nüchterne Betonwand, gegossen vom Hausmeister und den Schülern der benachbarten Schule. Darauf eine schmückende gusseiserne Reliefplatte mit dem Seitenprofil Thälmanns, ein schmiedeeiserner Schriftzug „Thälmann ist niemals gefallen“ und ein Flammenpylone. Bis 1990 wurde die Stätte regelmäßig von Pionieren, FDJlern und Menschen, die irgendwie eine Beziehung zu Thälmann hatten, besucht. Manche wurden zum Gedenken auch an die Stätte „abgeordnet“. Nach 1990 kam niemand mehr. Die Natur bemächtigte sich der Erinnerungsstätte. Einmal entdeckten Zschopauer Gymnasiasten das Denkmal und legten es notdürftig frei. Ein bisschen Vandalismus konnte dem beständigen Material wenig anhaben. 2019 erinnerten sich Mitglieder des Vereins „Erzgebirgsfreunde Russlands“ durch Zufall an das Denkmal. Die dem Verfall und Vandalismus preisgegebenen künstlerischen Teile jammerten sie. Darum boten die Vereinsmitglieder der Denkmalbehörde an, dessen substantiellen Teile zu erwerben. Nach dem Gesetz zum Schutz und der Pflege der Kulturdenkmale im Freistaat Sachsen ist aber ein eingetragenes Denkmal vorrangig zu erhalten und zu pflegen. Nachdem der Rechtsträger des eingetragenen Denkmals, die Stadt Zschopau, an diese Pflicht erinnert war, wurden Fördermittel beantragt und seit dem 9. März wird das Denkmal der Erinnerungskultur dem gesetzlich vorgeschriebenen Zustand zugeführt. Es wahr die Erinnerung an einen Deutschen, dem bei der Reichspräsidentenwahl 1933 fünf Millionen Menschen ihre Stimme gaben. Thälmann war ein Wahlkandidat, der gegen Hitler und Hindenburg antrat, wohl wissend, er würde deutscher Reichspräsident nicht werden, sondern den ganzen Hass seiner Gegner auf sich ziehen. Er war ein todesmutiger Mann. Die Nazis quälten ihn zwölf Jahre lang in ihren Kerkern. Sein Todesurteil wurde in Hitlers „Wolfsschanze“ am 18. August 1944 gefällt: „Thälmann ist zu exekutieren“. Der Befehl ging an den Judenschlächter Heinrich Himmler. Er wurde prompt ausgeführt. Die Erinnerung an dieses Opfer ist Anstand, es ist gebührende Erinnerungskultur. Möge das Denkmal in diesem Sinne ungestört dienlich sein.

• Norbert Staffa, Verein Erzgebirgsfreunde Russlands, Großolbersdorf

Zu „Linksruck bei der SPD - wie weiter mit DIE LINKE?“, *Sachsens Linke!* 01-02/2020, S. 11

Die Probleme gemeinsam lösen

Vielen Dank an Alexander Schmidt. Ich argumentiere seit vielen Jahren ähnlich. Einerseits gibt es viele Menschen, die mangelnde soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, mangelnde Demokratie, den Kriegs- und Aggressionskurs der BRD-Regierung, auch in der NATO

und der EU, den Druck auf die Benachteiligten u.a. auf Arbeit oder bei Erwerbslosigkeit, die einseitige Berichterstattung in den Mainstreammedien usw. beklagen. Sie suchen Personen, Gruppierungen und Parteien, die sich für sie einsetzen. Dabei wurden sie bisher häufig enttäuscht. Andererseits gibt es auch viele Menschen, die gegen diese und weitere Missstände aktiv sind, sich Zusammenarbeit und Unterstützung, aber keine Vereinnahmung wünschen. Auf der anderen Seite gibt es Parteimitglieder, die über kleine Erfolge froh sind, auch weil sie schwer erkämpft werden mussten. Dann übersehen sie leicht, dass das mit vielen Verschlechterungen an anderer Stelle erkauft werden musste und die eigentlichen Probleme der Menschen nicht löst. Sie sind noch nicht einmal bereit, die Zugeständnisse zu kritisieren, die sie mangels Durchsetzungsfähigkeit machen mussten. Stattdessen kommt häufig: „Wählt uns, damit wir Eure Probleme lösen“ statt: „Wir wollen die Probleme gemeinsam lösen. Dazu müssen wir gemeinsam aktiv werden und uns gegenseitig unterstützen.“ Alle können dann entsprechend ihrer Möglichkeiten beitragen. Aber die Stärksten sollen sich nicht in den Vordergrund spielen und andere dominieren wollen. Das schreckt ab. Und ich habe sowohl in Einzelgesprächen als auch bei vielen sozialen Bewegungen gemerkt: Wenn Personen interessiert oder gar aktiv sind, können sie auch auf Zusammenhänge hingewiesen werden und so antikapitalistische Denkweisen gefördert werden, selbst wenn sie vorher mit Politik nichts zu tun haben wollten. Dazu muss ich natürlich auf ihre Vorstellungen eingehen, sie nicht belehren wollen, aber sie mit Zuwendung und guten Argumenten überzeugen. Das ist unsere Chance. Nutzen wir sie.

• Uwe Schnabel, Coswig

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin

DIE LINKE. Sachsen

Verleger

DIE LINKE. Sachsen, Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Der Bezugspreis ist im Partei-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Papiausgabe

wird in der LR Medien-

verlag und Druckerei GmbH in Cottbus

gedruckt. **Der Redaktion gehören an:**

Janina Pfau (V.i.S.d.P., Anschrift s. o.),

Tilman Loos, Kevin Reißig, Ralf Richter

Kontakt und Bestellungen:

aboservice@links-sachsen.de

Telefon 0351-8532743

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 25.03.2020

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 wurden die zuvor mit dem Ländereinführungsgesetz (22. Juli 1990) gebildeten Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Teil der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, deren Territorium sich nunmehr bis an die östliche Oder/Neiße-Grenze erstreckte.

Nicht nur die großen Parteien der BRD, die sich vier ehemalige Blockparteien samt deren Struktur und Eigentum einverleibt hatten, nutzten ihre Stärke zur weiteren Abwicklung der DDR. Ein Eigentumswechsel historischen Ausmaßes, verursacht erstens durch den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ und zweitens durch die Privatisierung des im Verlaufe der vierzigjährigen DDR neu geschaffenen Volkseigentums, vollzog die Enteignung des Volkes der DDR.

Konzerne okkupierten mit Hilfe der „Treuhand“ das ganze Land und teilten es wie Eroberer unter sich auf. ARD und ZDF machten sich Funk und Fernsehen zur Beute. Westverleger bemächtigten sich vieler Ostzeitungen, insbesondere gern der früheren SED-Bezirksblätter, wegen deren großer Leserschaft. Die DDR-Elite wurde in allen gesellschaftlichen Bereichen als den „Staat mittragende Kräfte“ oder wegen „Staatsnähe“ würdelos eiskalt abgewickelt, d. h. durch eine westdeutsche Elite systematisch ausgetauscht. Berufsabschlüsse, soweit sie nicht konform mit denen der BRD waren, wurden nicht anerkannt. Die NVA wurde aufgelöst und zunächst 50.000 Mann bei Dienstgradreduzierung in die Bundeswehr übernommen. Ostdeutschland hieß offiziell „Beitrittsgebiet“ und deren fünf Länder die „neuen Bundesländer“, behandelt wie eine „separate Gesellschaft“ innerhalb der Bundesrepublik. Dieser Zustand dauert bis heute an. So existieren z. B. noch immer zwischen Ost und West unterschiedliche Lohn- und Rentensysteme. Deutschland ist staatlich vereint, aber in sozialen Kernfragen tief gespalten.

Für den Historiker und Politikwissenschaftler stellt sich die Frage nach dem gesellschaftspolitischen Charakter der Veränderungen in der DDR im letzten Jahr ihrer Existenz. Zur Kennzeichnung dominiert in den Medien der Begriff „Friedliche Revolution“. Doch dieser Begriff sagt nichts aus über ihren sozialen und politischen Charakter, über ihre Triebkräfte, Ziele und Ergebnisse, über ihre historische Zäsur.

Die sich anfangs mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ formierende basisdemokratische Bürgerbewegung war, entsprechend ihrer Zielsetzung, eine Revolution im Sozialismus für den Sozialismus. An die Stelle des autoritären Sozialismus sollte ein freier, demokratischer Sozialismus treten, sollte die Einheit von Sozialismus und Demokratie hergestellt werden. Sie war ein immanenter Bestandteil der DDR-Geschichte und

Basisdemokratische Revolution zur Erneuerung der DDR

Ein umfassender Rückblick von
Prof. Dr. Kurt Schneider auf 1989/90 – Teil 5



Linus in Saxonia / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 4.0

nicht, wie Rainer Eckert, Direktor des „Zeitgeschichtlichen Forums“ in Leipzig, meint, „ein wesentlicher Teil der demokratischen Traditionslinie der Bundesrepublik“. Selbst ein Rainer Eppelmann (DA) hatte noch Anfang Dezember 1989 in einem Zeitungsinterview erklärt: „Eine weitere kapitalistische deutsche Republik brauchen wir nicht. Die zweite, die auf absehbare Zeit auch die Ärmere sein wird, hat in der Tat nur dann einen Sinn, wenn sie eine gesellschaftliche Alternative zur BRD ist.“ Es war eine Revolution, die in der spezifischen Weise ihrer Durchführung bewusst darauf bedacht war, der DDR keinen ökonomischen Schaden zuzufügen, das Volkseigentum an Produktionsmitteln nicht zu beschädigen und die Produktionsprozesse zu gewährleisten. Die eindeutige Haupttriebkraft dieses Prozesses war das Neue Forum.

Mit der Öffnung der Mauer und der DDR-Staatsgrenze (West) hatten sich schlagartig die politischen Bedingungen für die bisherigen Triebkräfte des Umbruchs, die pro-sozialistische, basisdemokratische Bürgerbewegung, verändert. Sukzessive griffen nunmehr die vor allem die Interessen und Ziele des westdeutschen Großbürgertums vertretenden politischen Kräfte – insbesondere die CDU (West) – ein, um nunmehr unter der Losung „Wir sind ein Volk!“ in der DDR die Wende von der pro-sozialistischen zur prokapitalistische Bewegung herbeizuführen. Der programmatische Ausgangspunkt dafür war das von Kohl verkündete 10-Punkte-Programm als Weg zur Erlangung der nationalen Einheit, der auf den Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes gerichtet war.

Das bedeutete, dass an die Stelle der Herbstrevolution 1989 zur revolutionären Erneuerung der sozialistischen

DDR nunmehr sukzessive eine Entwicklung trat, die auf eine schnelle und vollständige Übertragung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse der BRD auf die abzuwickelnde DDR gerichtet war. Das war der Beginn einer nunmehr konterrevolutionären Entwicklung, deren Konturen bereits im Vorfeld der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 erkennbar wurden. Die entscheidenden Triebkräfte dieser Entwicklung waren die um die CDU (West) gruppierten sozialen und politischen Kräfte der BRD, die hemmungslos in die inneren Angelegenheiten der DDR eingriffen. Die sich bis zum 3. Oktober 1990 und ebenso die sich danach im Beitrittsgebiet vollziehenden Veränderungen waren unter den spezifischen konterrevolutionären Bedingungen, insbesondere ihrer nationalen Komponente, eine modifizierte bürgerlich-demokratische Revolution konterrevolutionären Typs.

Das waren keine Veränderungen schlechthin, die, wie mitunter zu lesen ist, mit dem Begriff Restauration beschrieben werden können, sondern es vollzog sich vielmehr die unveränderte und vollständige Übertragung des kapitalistischen Gesellschaftssystems der BRD auf den Osten Deutschlands. Dem damit verbundenen Gewinn an bürgerlich-demokratischen Freiheiten stand der Verlust des Volkseigentums und der damit verbundenen Ansätze einer Produktionsdemokratie, der sozialen Rechte und sozialen Sicherheit gegenüber. So wurde das in der DDR geltende gesetzliche Recht auf Arbeit durch Massenarbeitslosigkeit abgelöst, die überwundene Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wieder gesellschaftliche Wirklichkeit. Das war in seiner historischen Zäsur eine Konterrevolution, die es verstanden hatte, mit parlamentarischen Mitteln und damit „friedlich“ zu siegen.

Dem leistete die absolute Mehrheit der DDR-Bevölkerung keinen ernsthaften Widerstand. Die Gründe dafür, die im Rahmen dieses Beitrages nicht behandelt werden können, sind differenziert zu betrachten. Unbequeme und schmerzhaft Wahrheiten können und dürfen im Prozess der Wahrheitsfindung nicht verdrängt werden. Dennoch, es ist nicht kritiklos hinnehmbar, dass – wie es zum Beispiel im Zusammenhang mit der offiziellen Argumentation zur Errichtung eines „Freiheits- und Einheitsdenkmals“ in Leipzig geschieht – die basisdemokratische Bewegung zur revolutionären Erneuerung der sozialistischen Gesellschaftsordnung im Herbst 1989 de facto zu einer „antisozialistischen Befreiungsbewegung“ umfunktioniert wird, wobei das Neue Forum als die politische Triebkraft im Herbst 1989 unerwähnt bleibt. „Wenn heute in der Bevölkerung von der ‚Wende‘ gesprochen wird“, heißt es dazu in einem kürzlich erschienen repräsentativen Sammelband, „dann meint man den gesamten politischen Veränderungsprozess, also mindestens die Zeit von September 1989 bis Oktober 1990.“ Dafür sei „das Wort ‚Wende‘, das zu den ‚Tabu-Wörtern der öffentlichen Medien‘ gehöre, „nicht mehr politisch korrekt“, treffend sei nur das Wort „Freiheit“. Zwei durch unterschiedliche Triebkräfte und diametral entgegengesetzte Ziele gekennzeichnete Entwicklungsperioden werden mit dem Begriff „friedliche Revolution“ vereinheitlicht, was einer Geschichtsfälschung gleichkommt. Das ist auch der Fall, wenn gleichzeitig der tatsächliche politische und soziale Charakter des Anschlusses der DDR an die BRD begrifflich verschleiert wird.

Günther Heydemann, seit 2009 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, bezeichnet die „wirtschaftliche und soziale Transformation im Kontext des vereinten Deutschlands seit 1989/90“ als die „Revolution nach der Revolution“. Diese „sei in mancher Hinsicht noch erfolgreicher als die politische Revolution selbst gewesen“ und sei „auf jeden Fall erheblich langwieriger und dauert bis heute an“. Die „Schere zwischen Ost- und Westdeutschland“ wird sich „wahrscheinlich erst in den nächsten zwanzig Jahren schließen“, also 40 Jahre nach dem Beitritt.

Im Oktober 2009 wurde mit dem Anspruch, dass der „Aufbruch vom Herbst 1989 weitergehen“ soll, in Leipzig eine Stiftung „Friedliche Revolution“ gegründet. Die bekanntesten Gesichter dieser Stiftung sind Pfarrer Christian Führer, Friedrich Schorlemmer und Werner Schulz. In der öffentlichen Präsentation am 9. November 2009 brachte Christian Führer zum Ausdruck, dass das vor 20 Jahren Begonnene fortgesetzt werden müsse, um der Politikmüdigkeit entgegenzuwirken. Es heißt: „Die friedliche Revolution muss weitergehen.“ Was darunter zu verstehen ist, erklärte Schorlemmer so: „Wir können und wollen den Mitmach-Willen, der bei vielen erloschen ist, wieder aufstacheln. Wir waren das Volk. Wir sind das Volk. Und wir bleiben es.“

„Zwischen Pyrenäen und Mittelmeer“ waren in der Novemberausgabe 2019 Impressionen aus Südwestfrankreich überschrieben. Im folgenden soll es in dieser an Historie und Kultur reichen Region Richtung Mittelmeer gehen. Und beginnen soll die kleine Rundreise in Montpellier, der Hauptstadt des Languedoc-Roussillon.

Jung und tolerant

Die Viertelmillionenstadt hat viele Attribute: Hightech-Metropole des Midi, „Gay-Stadt“, hier wurde das erste homosexuelle Paar getraut. Universitätsstadt. 80 000 Studenten sind an der Universität immatrikuliert. Von der jungen Atmosphäre der Stadt lässt man sich am besten am Abend auf dem Place de la Comedie einfangen, dem beliebtesten Treffpunkt der Stadt. Wer es historisch mag, den zieht es sicher zur 1220 gegründeten Medizinischen Schule, in der Christen, Muslime und Juden gleichberechtigt studierten. Vor dem Eingang die Denkmäler zweier sitzender Herren. Einer ist F. Lapeyronie (1678-1747), Leibarzt von Ludwig XIV.. Vielleicht war er es, der seinem König riet, sich prophylaktisch alle Zähne ziehen zu lassen. Ludwig zeigt auf Gemälden stolz seine schönen Beine, er war ja ein guter Tänzer, aber er lächelt nie. Wie auch? Ohne Zähne?

Überraschend für mich war die Begegnung mit der lebensgroßen Statue von Jean Jaurès (1859-1914) auf einem kleinen Markt in der Altstadt. Er war Historiker, Sozialist und Gründer der „Humanité“, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs. Jaurès wurde ermordet. Sein Mörder, ein Nationalist, freigesprochen. Die Witwe Jaurès hatte, welch ein Hohn, die Kosten des Verfahrens zu tragen. 1924 aber wurden Jaurès' sterbliche Überreste in das Pantheon überführt.

In Montpellier sollte man nicht versäumen, „Antigone“ zu besuchen, ein Viertel, in dem sich postmoderne Architektur mit antiken Elementen mischen. Architekt war der Katalane Ricardo Bofill. Ihn beauftragte der sozialistische Bürgermeister Georges Frêche, auf einem verlassenen Militärgelände einen neuen Stadtteil zu bauen. Vis-à-vis „Antigone“ das wohl verrückteste Haus: „Arbre Blanc“ - „Weißer Baum“ (Foto).

Arena ohne tote Stiere

Nîmes, ca. 50 Kilometer nordöstlich Montpellier, zählte in der Spätantike mit zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern zu den fünf größten Städten des römischen Imperiums und hat ein außergewöhnliches Wappen – ein an eine Palme gekettetes Krokodil. Der römische Kaiser Augustus ließ hier Veteranen seiner Legionäre ansiedeln. Solche, die in Ägypten kämpften? Selbstverständlich mussten diese nicht auf die Annehmlichkeiten römischer Lebensart verzichten, auf Thermen, öffentliche Bäder und Spiele in einem Amphitheater. In dem imposanten Bauwerk, dem Kolosseum Roms nachempfunden, fanden 24.000 Zuschauer auf zwei Etagen Platz. Der Innenraum ist so groß, dass im Mittelalter darin eine kleine Stadt für die Armen entstand.

Römer, Templer und Molière

Nachschlag zu einer Reise in den Süden Frankreichs von *Gisela Boldt*

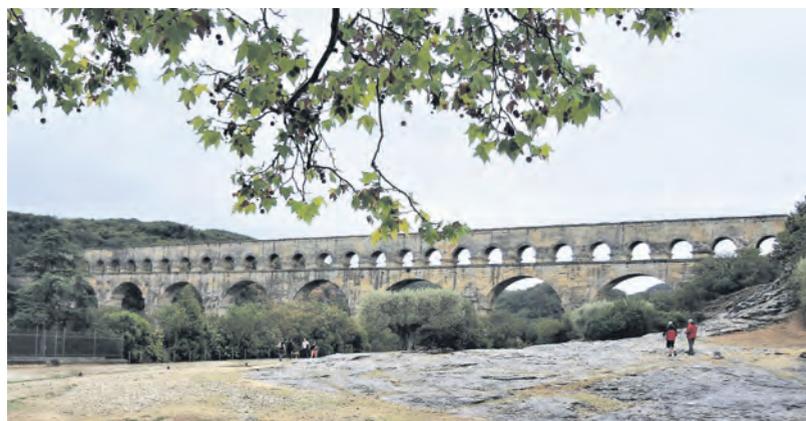


Das skurrilste Wohnhochhaus in Montpellier ist mit 17 Stockwerken der „Arbre Blanc“, „Weißer Baum“, von japanischen Architekten.

Stierkämpfe, die heute veranstaltet werden, folgen nicht spanischen Regeln. Nicht der Torero ist der Held. Helden sind die schwarzen Stiere, die in der Camargue gezüchtet werden. Sie haben zwischen den Hörnern eine bunte Kokarde, die der weiß gekleidete „rateteur“ (Streifer) entreißen muss. Da fließt zwar kein Blut, aber ungefährlich ist das Ganze dennoch nicht. Der berühmte Torero Nimenno II, dessen Statue vor der Arena in Nîmes steht, erfuhr dies leidvoll. Er wurde von einem Stier auf die Hörner genommen und durch die Luft geschleudert. An der Wirbelsäule schwer verletzt beging Nimenno II, der eigentlich Christian Montcouquiol hieß und in Trier geboren wurde, mit 37 Jahren Selbstmord.

Antike Meisterleistung

Zu römischer Lebensart gehörte Wasser – für private Haushalte, Bäder, Thermen, Brunnen. Aber nicht



Der Pont Du Gard, Weltkulturerbe, wird jedes Jahr von 1,2 Millionen Menschen bestaunt.

irgendwelches Nass. Es musste schon frisches Quellwasser sein. Für die Bürger von Nîmes wurde es über ein 50 Kilometer langes Aquädukt, den Pont du Gard, herangeführt. Er ist nicht nur eines der besterhaltenen und prachtvollsten Bau-Denkmäler Roms. Er ist auch eine ingenieurtechnische Meisterleistung. Von der Quelle nach Nîmes beträgt das Gefälle 17 Meter. Das sind 34 Zentimeter auf einen Kilometer! Mehr als 20.000 Tonnen Wasser kamen so Tag für Tag zuverlässig in die Stadt. 1,2 Millionen Touristen bestaunen Jahr für Jahr das Weltkulturerbe an der Stelle, wo bis zu sechs Tonnen schwere Quadersteine in 35 Bögen das Flüsschen Gardon überspannen. Und wenn es noch eines Beweises für die Genialität römischer Aquäduktbauer bedarf: Erst Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt Nîmes eine ähnlich leistungsstarke Wasserleitung.

Dorf der Templer

Es war ein trüber Tag, und es regnete. Unser Ziel war Couventoirade auf dem Hochplateau Causse du Larcac, eines der schönsten Dörfer Frankreichs, als „Plus Beaux Villages de France“ klassifiziert. Da wünschte man sich eigentlich, dass die Sonne scheint. Aber zu der Geschichte, auf die der 380-Seelen-Ort zurückblickt, passte das trübe Wetter wie auch die kleinen, grauen Häuser aus Kalkstein in den engen kopfsteingepflasterten Gassen.

Couventoirade wurde 1158 von Templern gebaut, deren Orden 1119 zur Zeit des 1. Kreuzzuges im Tempel von Jerusalem zum Schutz der Pilger im Heiligen Land gegründet wurde. Sie waren Ritter und Mönche in einem und unterstanden nur dem Papst. Sie betrieben Land- und Viehwirtschaft, waren geschickte Händler und verstanden sich auf Geldgeschäfte. Bald überzog ihr Netz von Kommandanturen das ganze Abendland, und sie wurden ein reicher Orden. Das missfiel dem

französischen König Philipp IV, der Schöne, der auch die militärische Macht der Templer fürchtete. Und er holte zum Schlag aus. Am Freitag, dem 13. Oktober 1307, ließ er alle Templer verhaften. Die konstruierte Anklage hieß: Ketzerei und Sodomie (Homosexualität). Jacques de Molay, der letzte Großmeister, starb am 13. März 1314 auf einem Scheiterhaufen von feuchtem Weidenholz, das sehr lange brannte. Der schwache Papst Clemens V. löste den Orden 1320 auf. Aber sein Schicksal beschäftigt seit Jahrhunderten und beflügelt Phantasien. Nicht zuletzt durch Dan Browns verfilmtes Buch „Da Vinci Code“.

Diese Geschichte begleitet den Besucher in Couventoirade auf Schritt und Tritt, auch wenn nur noch wenig an die Templer erinnert. Wie das Chateau Templier mit ihrem Wahrzeichen, dem Tatzenkreuz, so genannt, weil sich die vier Balkenenden wie zu einer Tatze verbreitern, eine kleine Kirche und ein Friedhof mit wenigen verwitterten Grabsteinen.

Wo Molière Theater spielte

Pèzenas, ein beschauliches 8.000-Seelen-Städtchen, empfing uns mit strahlendem Sonnenschein. Die charmante Altstadt und die nicht wenigen Palais können seine historische bewegte Vergangenheit als einstige Hauptstadt des Languedoc im 16./17. Jahrhundert nicht verleugnen. So ist am Hotel de Flottes de Sebasan zu lesen, dass hier Anna von Österreich, die Mutter Ludwig XIV., am 6. April 1660 gewohnt hat. Und ein schmuckloses Haus in einer engen Gasse trägt das Schild „Maison de Jacques Coeur“. Es war das Haus eines der reichsten Männer Frankreichs und Geldgeber Karls VII.

Aber als „Versailles des Midi“ hatte Pèzenas reichlich Bedarf an Vergnügungen und zog fahrendes Volk jeder Couleur an. Auch den 25jährigen Molière, der zu dieser Zeit mit seiner Theatergruppe durch das Languedoc zog. Er feierte Erfolge und machte Bekanntheit des damaligen Gouverneurs, des Prinzen Armand de Bourbon-Conti. Molières Stücke gefielen ihm so, dass er die Truppe 1653 zur Unterhaltung seiner Maitresse engagierte.

Drei Jahre später jedoch war Schluss damit. Der Prinz hatte die Religion für sich entdeckt, schickte seine Maitresse ins Kloster und entzog Molière seine Unterstützung. Molière verließ wenig später enttäuscht die Stadt. In Pézenas lebt er aber bis heute weiter. Ein Hotel und eine Brasserie tragen seinen Namen. Junge Leute spielen seine Tragödien und Komödien, sein lebensgroßer Friseur (aus Pappe) versichert dem Vorbeigehenden, dass er der Freund Molières war, und seine Bewunderer haben ein Denkmal gesetzt: dem Jean Baptist Poquelin (1622-1673), genannt Molière.

* * *

Römer; Templer und Molière. Kleine Geschichten aus dem Languedoc-Roussillon, die aber Geschichte erleben und interessant machen. Oder?

Was tun?

Die „Z“ inspiriert zu einer grundlegenden Strategiedebatte. Von *Holger Czitrich-Stahl*

Wie kann es gelingen, die brüchig werdende Hegemonie des Neoliberalismus zu durchbrechen, um „eine neue geschichtliche Periode von Klassenkämpfen mit einer sozialistischen Perspektive“ zu eröffnen? Wo liegen die Schlüssel, um die vielfache Krise des Kapitalismus für eine Stärkung der linken und transformatorischen Kräfte zu nutzen?

Diesen grundlegenden Aspekten widmet sich Heft 121 der „Zeitschrift marxistische Erneuerung“ und begleitet damit eine notwendige Debatte in der gesamten politischen Linken unseres Landes. Die Strategiekonferenz vom 29.2./1.3. in Kassel zeigte, wie weit auseinander die Positionen innerhalb der Partei DIE LINKE hier liegen. Folgende Fragen stehen in der Z im Vordergrund: „Welche Widerspruchs- und Konfliktfelder bestimmen die anstehenden „zwanziger Jahre“? Worauf hat sich eine marxistisch-sozialistische Linke einzustellen, der klar ist, dass der heutige Kapitalismus trotz – oder vielmehr: gerade wegen – seiner globalen Dynamik ein überholtes, die heutigen Existenzbedingungen der Bewohner dieses Planeten zunehmend gefährdendes Gesellschaftssystem ist? Wie kann der

Tageskampf gegen seine sozialen und ökologischen Verheerungen mit der Perspektive seiner Überwindung verbunden werden?“

Aus Abwehr- und Verteidigungskämpfen heraus in eine Offensive zu gelangen, darum geht es in den Beiträgen zu den „Strategiedebatten“, wie das Heft betitelt ist. Doch was tun? Im Redaktionsbeitrag untersuchen die Autoren „Kontrollverlust“, Krisenfelder und Strategiedebatten in der Bundesrepublik am Beginn der 20er Jahre. Sie diagnostizieren eine Krise des herrschenden Blocks und des politischen Systems, gefolgt von Entdemokratisierung und Rechtsverschiebung. Eine Schlussfolgerung lautet: „Der in den Protestbewegungen erhobenen Forderung nach ‚system change‘ muss ein politischer und sozialer, kein technologischer Inhalt verliehen werden. Dies erfordert, die Eigentums- und Machtverhältnisse systematisch zu thematisieren.“

Jürgen Reusch stellt fest, dass außerparlamentarische Bewegungen und Gewerkschaften sich nach wie vor in voneinander getrennten politisch-kulturellen Welten bewegen. Sie zu verklammern, um Druck auch auf die parlamen-

tarische Ebene auszuüben, vor allem aber um die Eigentumsfrage zu stellen, ist das Gebot der kommenden Kämpfe. Frank Deppe untersucht, weshalb sich in Großbritannien die Labour Party mit einem sozialistischen Programm nicht gegen den Brexit stemmen konnte. Will man populistische Bewegungen besiegen, muss der Blick auf globale Widersprüche des Kapitals gerichtet werden, die sich in sozialen Kämpfen im Alltag als konkrete Forderungen wiederfinden müssen. Der Kampf um das tägliche Teewasser ist eben auch ein globaler, wengleich im nationalstaatlichen Rahmen verständlich zu machender Kampf. Und Deppes Fazit knüpft rhetorisch an die Marxsche Kritik des Gothaer Programms an, wenn er schreibt: „Deshalb sollten die Proleten hinter der ‚roten Mauer‘, die jetzt für den Brexit und für Johnson gestimmt haben, nicht als reaktive Masse angegriffen bzw. ignoriert, sondern in die Kämpfe gegen die Politik der Konservativen einbezogen werden, um sie als wichtige Kraft im „Block der progressiven Kräfte“ zurückzugewinnen“.

Weitere lesenswerte Beiträge zur Strategiedebatte folgen von Dieter Klein (Linke Strategie), Jörg Goldberg (Privat-

eigentum), Katharina Schramm (Green new deal), Robert Sadowsky (IG Metall) und Christina Kaindl (DIE LINKE). Hinzu kommen Beiträge zur Lage in Lateinamerika (D. Boris, Andrés Musacchio) und zur Marx-Engels-Forschung (Vollgraf, Quaaas). Florence Hervé (Flora Tristan) und Roland Friedmann (Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch) liefern Wissenswertes zur historischen Erinnerung, Rainer Holze berichtet von der Konferenz „Zweimal Deutschland. Soziale Politik in beiden deutschen Staaten“. Der „Kasseler Friedensratschlag 2019“ wird ausgewertet von Hildebrandt/Karaaslan/Nollenberger. Weitere Berichte, Zeitschriften-schauen und Buchvorstellungen sind zu erwähnen. Summa summarum ein breit gefächertes Themenangebot mit einem sehr interessant ausgestalteten Schwerpunktthema.

„Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung“ (März 2020). Vierteljahresschrift, 30. Jahrgang, herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e. V. (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V. 224 Seiten, Einzelheft 10 Euro. ISSN 0940-0648. Bestelladresse: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/topic/9 Einzelheft-bestellen.html

Was Toilettenpapiermangel mit Corona zu tun hat

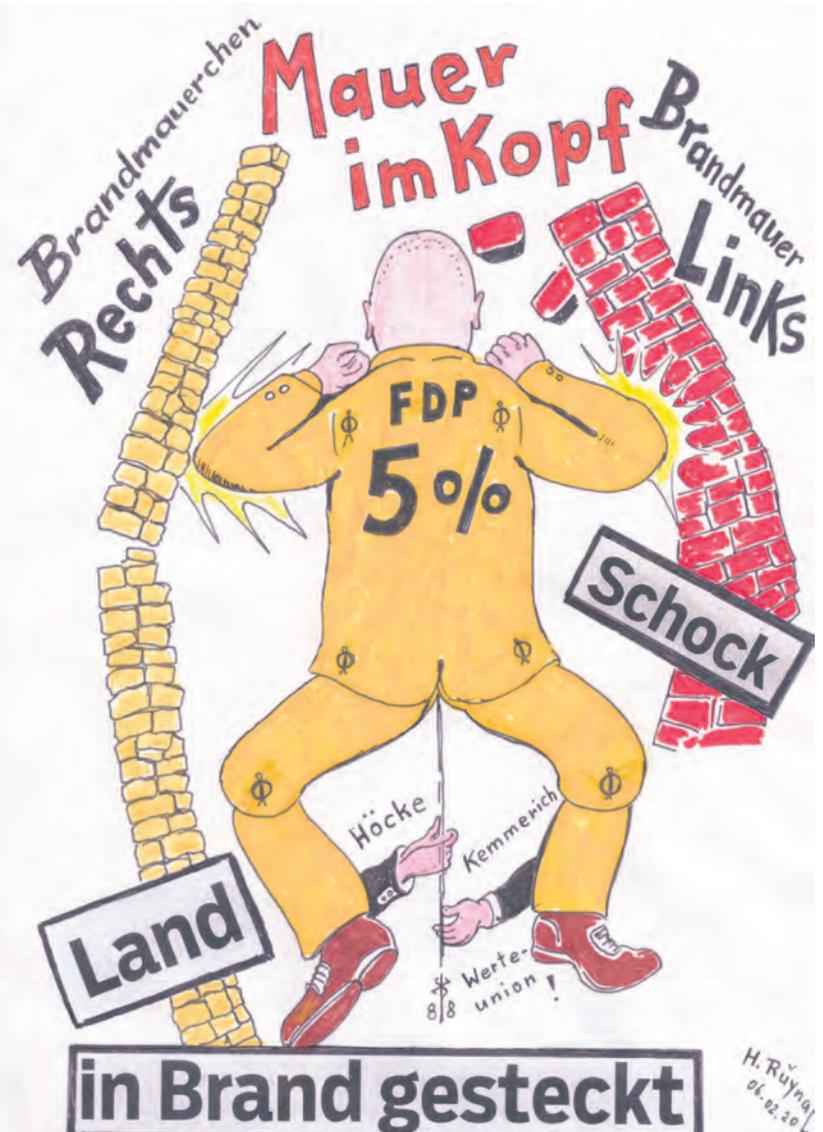
Das Phänomen trat erstmalig im März in Deutschland auf: Massenweise wurde Toilettenpapier gekauft. Marktleiter wie Kunden fragen sich: Was ist nur in die Menschen gefahren? Eine Erklärung wurde rasch gefunden: Das „Prepper-Wesen“ habe in der Corona-Krise übergegriffen. Man fürchte einen Mangel vor allen Dingen an Lebensmitteln wie Nudeln und decke sich deshalb auch mit Konserven aller Art ein. Papiertaschentücher brauche man sowieso und eben auch Toilettenpapier. Allein: Das Erklärungsmuster greift zu kurz und die überfallartigen Einkäufe von Unmengen von Toilettenpapier haben tatsächlich im Ursprung gar nichts mit der Corona-Krise zu tun.

Wenn man ein Phänomen erkunden will, muss man nach dessen Ursprung suchen. Ein Experte auf diesem Gebiet ist der Psychologe und Professor Gerd Gigerenzer, seines Zeichens Direktor des Harding-Zentrums für Risikokompetenz am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Er wurde von rbb kultur befragt und gab folgende Auskunft: In Hongkong kursierten nach den anti-chinesischen Ausschreitungen in Soziale Netzwerken Falschmeldungen, dass China Hongkong boykottieren könne. Fieserweise könnten man die Hongkongchinesen gleich am Allerwertesten packen. Da Hong-

kong sämtliches Toilettenpapier aus Festland-China importiert, fürchtete man, abgeschnitten zu werden – doch vorerst passierte nichts. Bis zu einem Einbruch in einen Supermarkt. Diebe stahlen noch im Februar viele Rollen Toilettenpapier. Diese Nachricht wurde in Hongkong verbreitet. Ergebnis: Die Hongkonger stürmten die Läden. Das wiederum sahen die Australier mit Faszination. Sie verstanden zwar den Hintergrund der Kaufhysterie nicht, begannen sich aber ihrerseits um die Rollen zu prügeln. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von dem Sturm aufs Toilettenpapier in Australien in der englischsprachigen Welt. Innerhalb kürzester Zeit stürmten Neuseeländer, Nordamerikaner und Briten ebenfalls die Läden – was nun auch den Menschen in den nicht nicht-anglophonen Ländern imponierte. Wenn alle Amerikaner und Briten Klopapier kaufen, muss doch da etwas dran sein!

Früher fragte man, was schert es mich, wenn heute in China ein Sack Reis umfällt? Das hat sich geändert. Wenn heute in China ein paar Rollen Klopapier wegkommen, merken wir das kurze Zeit später im Laden um die Ecke! Corona jedenfalls hat den Run auf das Toilettenpapier nicht ausgelöst. Im Übrigen hatte es Toilettenpapiermassenkäufe schon in den 70er Jahren in den USA gegeben. Damals hatte sich ein Fernsehmoderator einen dummen Scherz erlaubt und gewarnt, dass das Papier knapp werden könnte ...

• Ralf Richter



LINKE Strategie in Kassel

René Lindenau zur Strategiekonferenz

In der Stadt der DOKUMENTA schrieb die Partei DIE LINKE mit ihrer Strategiekonferenz ein weiteres Stück ihrer Geschichte. Jetzt kommt es darauf an, die Ergebnisse der interessanten und mitunter kontroversen Diskussionen aufzuarbeiten. Ein solches Format, in dem neue Debattenräume eröffnet werden, um Strategiebildung und Politikentwicklung zu betreiben und Ideen zusammen zu tragen, sollte es weiterhin geben. Und das nicht nur innerhalb der Bundespartei, sondern auf all ihren Ebenen. Welche Bedeutung ein derartiger strategischer Gedankenaustausch hat, damit die Partei zukunftsfähig bleibt, das bewies Kassel. Ursächlich für die Wahlniederlagen vor der Kasseler Zeitrechnung im Vorjahr waren ja unser oft ungeklärtes Verhalten zu Europa, einem bedingungslosen Grundeinkommen, zu einer Regierungsbeteiligung.

Wir leben in einer Zeit der Dauerkrise und Zeitenwende, so begann Harald Wolf die Tagung unter dem Motto: „Das Land verändern: für einen sozial-ökologischen Systemwechsel“. Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 habe gezeigt, dass das neoliberale System sich in einer Krise befindet. Wir haben es jedoch mit einer ökonomischen und ökologischen Doppelkrise zu tun, führte der frühere Berliner Wirtschaftssenator aus. Ferner machte er neben der Demokratie auch die Repräsentation als ein Krisensymptom aus.

Allerdings war es ein Genosse Teilnehmer selbst, der in der Diskussion in (links) populistischer Weise (linke) Parlamentsarbeit pauschal in den Dreck zog und dazu aufforderte, den parlamentsfixierten Parlamentsbetrieb zu schwächen. Die Mandatsträger sollten mit einem Facharbeiterlohn auskommen und den Rest gleich der ANTIFA überweisen. Wie mögen sich anwesende Parlamentarier da gefühlt haben? Wer den Parlamentarismus schlecht redet, unterminiert die Demokratie und macht sich mit den Nazis gemein. Es genügt, dass die AfD dies tut. Eine demokratische Linke sollte solchem Ansinnen stets entschieden widersprechen.

Die nächste Bundestagswahl ist vielleicht für lange Zeit die letzte Chance, die Weichen für ein sozial-ökologischen Wandel zu stellen. Rot-Rot-Grüne Mehrheiten müssen nicht nur rechnerisch erreicht, sondern auch gedacht werden – als ein gesellschaftliches Bündnis der gesellschaftlichen Mobilisierung. Unmittelbare Ziele: Stärkung des Öffentlichen, Investitionen, radikale Umverteilung, Stärkung der Demokratie.

Susanne Hennig-Wellsov, Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende, mahnte die Partei mit Blick auf den (inzwischen) missglückten faschistischen Putsch, die Situati-

on als Chance zu begreifen. Es habe sich möglicherweise eine Tür für neue Mehrheiten in der Gesellschaft geöffnet. Demokratie müsse gelebt werden – ihre Lehre aus den Vorgängen um den 5. Februar. Es sei an uns, die demokratische Mauer gegen den Rechtsextremismus hochzuziehen. Des Weiteren fragte sie: Wie sollen Menschen bei uns Orientierung finden, wenn wir die großen Fragen nicht beantworten? Wir müssten uns entscheiden, um Ergebnisse erzielen und



ein Angebot zu haben. Auch in Regierungen gehe es um radikale Politik. Verantwortung zu übernehmen heiße, auch regieren zu wollen. Die Menschen wählten nicht dauerhaft Opposition.

Im Anschluss waren die Konferenzteilnehmer aufgefordert, in kleinen Foren Station machen. Ich besuchte „Verändertes Parteienspektrum: Erosion der SPD, Aufstieg der Grünen, etablierte AfD, welche Funktion hat DIE LINKE?“. Im Podium saßen u.a. die Landesvorsitzenden von Thüringen und Sachsen Susanne Hennig-Wellsov und Susanne Schaper. Die SPD bewege sich in Sachsen bezüglich ihrer prozentualen Wahlergebnisse in der Nähe eines guten Weißweins, aber auch von der LINKEN muss man das nach den letzten Landtagswahlen sagen, meine ich. Schließlich hat sie auch fast die Hälfte ihrer kommunalen Mandate verloren. Wir haben Kommunalpolitik in der jüngeren Vergangenheit nicht nur vernachlässigt, haben wir sie regelrecht amputiert und die Betroffenen allein gelassen. In „PEGIDA-Land“ haben wir es mit einer konservativen Hegemonie zu tun, in dem sich die CDU schleichend der AfD annähert. Aus der Thüringer Perspektive äußerte Genossin Hennig-Wellsov, die Zerstörung der Parteienlandschaft sei das Ergebnis des CDU-Agierens. Damit wachse die Verantwortung der LINKEN. Deutlich stellte sie klar: Wir

leben im Kapitalismus. Aber mit klugen und warmen Worten kämen wir nicht weiter.

Am Abend des ersten Tages waren mehrere „Haltelinien“ aufgebaut, wo sich die Genossinnen und Genossen in noch kleineren Gruppen austauschen konnten. Neben dem ländlichen Raum, der Kommunalpolitik, der Öffentlichkeitsarbeit ging es auch um die Demokratisierung der Partei. Gefordert wurde Transparenz, diskutiert

Am Folgetag stand für mich eine Debatte über „Wie sieht der Kampf um den alltäglichen Sozialismus vor Ort aus? Wie können wir die gesellschaftlichen Debatten um Eigentumsverhältnisse weiter forcieren?“ auf dem Fahrplan. Wegweisende Worte sprach das Parteivorstandsmitglied Ali Al-Dailami. Die Genossinnen und Genossen berichteten von ihren Praxiserfahrungen vor allem in Ländern und Kommunen. Solche Zusammenkünfte zeichnet aus, dass man vom Tun der Mitglieder in anderen Regionen sowie von ihren Sorgen und Problemen erfährt. Weitere Arbeitsgruppen befassten sich mit Strategien gegen Rechts, mit sozialistischer Klimapolitik und mit einer sozialistischen Mitgliederpartei.

Ein Achtungszeichen setzten Katja Kipping, Bodo Ramelow und Amira Mohamed Ali mit ihren Beiträgen zu der Frage: „Wie können wir die Verhältnisse nach links schieben? Wie können wir soziale Mehrheiten erkämpfen?“ Für Kipping heißt Macht, wirklich was durchsetzen zu wollen und zu können. Als Beispiele nannte sie den Mietendeckel in Berlin und den Umstand, dass die linke Sozialsenatorin kraft ihres Amtes dafür sorgte, dass Flüchtlinge nicht länger in Turnhallen, sondern in festen Unterkünften Aufnahme fanden. Ferner sprach sie sich für eine Partei in Bewegung aus.

wurde über Amts- und Mandatszeitbegrenzung (womit ich pauschal persönlich arge Schwierigkeiten habe), Basisbeteiligung, Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation.

In der finalen Veranstaltung des ersten Tagungstages widmeten sich der Parteivorsitzende Bernd Riexinger und sein Vorstandskollege Raul Zelik dem „Green New Deal – (als) ein mögliches Zukunftsprojekt?“ Hier wurde deutlich: Nicht wenige Mitdiskutanten hatten Schwierigkeiten, dem New Deal in ihren „linkischen“ Worthaushalt einen Platz einzuräumen, sie sprachen lieber von Ökosozialismus. Bedauerlicherweise blieb von diesem Austausch bei vielen nur ein vermeintlicher Eklat hängen, der von BILD, Welt, aber auch von eigenen Genossen befeuert wurde. Im Grunde ging es um eine ironisch zugespitzte Bemerkung einer Genossin, die auch noch aus dem Zusammenhang gerissen wurde, und um eine nicht minder verunglückte Reaktion des Vorsitzenden. Es ging um die Energiewende, und die Genossin äußerte unter anderem: „Und auch wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen ... naja ist doch so, wir müssen mal von der Metaebene runter kommen“. Darauf Riexinger lapidar: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie für nützliche Arbeit ein“.

Die noch unbekannt Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Amira Mohamed Ali, benannte den Weg der Daueropposition als falsch. Man dürfe nicht um jeden Preis in Regierungen gehen, die Haltelinien des Erfurter Programms müssten stehen. Es sei normal, dass wir nicht zu 100 Prozent mit unserem Programm durchkämen, aber die Richtung müsse stimmen und Verbesserungen müssten spürbar sein. Auch der erste linke Ministerpräsident Bodo Ramelow begann damit: „Regieren ist kein Selbstzweck“. Er zählte auf, was er mit seinem Thüringer Kabinett umgesetzt habe bzw. zu tun plant. Dabei hob er die Betragsfreiheit für die Kita und das längere gemeinsame Lernen hervor. Zuvor machte er jedoch darauf aufmerksam, dass Thüringen ein konservatives Land sei, auch wenn ein Linker Regierungschef ist. Wir sollten stärker das buchstabieren, was wir wollen und nicht das, wogegen wir sind. Mohamed Ali äußerte, die Leute hätten zu wenig klare Vorstellungen von uns. Unsere Sprache werde oft nicht verstanden.

Im Abschlussplenum hatten die Redner Gelegenheit, ihre „Vorschläge für die Zukunft“ zu unterbreiten. Das taten sie auch: klug, pointiert, praxisorientiert. Wir sind eigentlich eine Partei mit wunderbaren Zielen, die auch Erfolge vorweisen kann. Wenn DIE LINKE nur besser ihre Ressourcen nutzen würde! Die Kasseler Strategiekonferenz konnte nur ein Anfang sein.

Die Gelegenheit beim Schopfe packen

Kürzlich erschien die Flugschrift Neue linke Mehrheiten – eine Einladung von *Katja Kipping*

Der Volksmund kennt viele bildhafte Formulierungen, in denen altes Wissen gespeichert ist. Eine davon lautet: Die Gelegenheit beim Schopfe packen. Dieses Sprachbild geht zurück auf eine Figur aus der Mythologie: Kairos, den Gott des richtigen Augenblicks. Dieser Gott hat vorn eine Haarlocke, sein Hinterkopf hingegen ist kahl. Wer also die Gunst der Stunde nutzen möchte, muss im richtigen Moment zupacken. Wer zu spät zugreift, bekommt nur den haarlosen Hinterkopf zu fassen, greift also ins Leere. Warum dieser Ausflug in die Mythologie? Weil die fortschrittlichen Kräfte hierzulande vor der Herausforderung stehen, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen – spätestens bei den kommenden Bundestagswahlen.

Wahlen ohne Titelverteidigerin

Die kommenden Bundestagswahlen werden die ersten Wahlen seit langem ohne Titelverteidigerin, denn Angela Merkel tritt nicht wieder an. Deshalb wird die entscheidende Mobilisierungsfrage bei diesen Wahlen lauten: Was folgt auf die GroKo? Diese Frage kann sich oberflächlich zuspitzen auf ein personelles Kopf-an-Kopf-Rennen, z. B. Merz oder Habeck oder Scholz? Oder es gelingt eine Auseinandersetzung darum, welchen Kurs dieses Land einschlägt. Drei Entwicklungspfade sind dabei vorstellbar: erstens autoritärer Kapitalismus, also die Verbindung von Konservativen und völkischer Rechter. Zweitens ein modernisierter Neoliberalismus mit grünem Anstrich. Parteipolitisch steht dafür hierzulande Schwarz-Grün. Und drittens eine sozial-ökonomische Wende. Nur eine solche grundlegende Wende kann die Krisen wie die Klimakrise, die militärischen Eskalationen, den Rechtsruck und die soziale Spaltung nachhaltig entschärfen. Dies erfordert Druck aus der Gesellschaft und letztlich auch Regierungsmehrheiten links der Union. Ich bin überzeugt, wir müssen den Kampf um neue linke Mehrheiten für eine sozial-ökonomische Wende aufnehmen.

Die Zeit drängt

Mehrere Kippunkte rücken näher. Veränderungen also, die, wenn sie einmal eingetreten sind, unumkehrbare Folgen haben könnten. Die Zeit drängt, wenn wir dagegenhalten wollen, angesichts der vier großen Gefahren: militärische Eskalation, Klimakrise, autoritäre Wende und soziale Spaltung. Die Dringlichkeit des Klimaschutzes ist in aller Munde. Einmal geschmolzene Gletscher lassen sich nicht wieder herstellen, darum besteht in der ökologischen Frage höchster Handlungsbedarf. Aber man darf nicht dem Irrtum erliegen, deshalb die Dringlichkeit der sozialen Frage geringer zu schätzen, nach dem Motto: Den Kampf gegen die Armut können wir auch noch in zehn Jahren beginnen. Die Folgen sozialer Spaltung können für Menschen und Demokratien nicht weniger zerstörerisch sein als die Treibh-

ausgas-Emissionen für das Klima. Auch die soziale Spaltung kann einen Kippunkt erreichen. Kairos, der Gott des günstigen Augenblicks, lässt grüßen: Wenn wir zu lange warten, um die Weichen anders zu stellen, verpassen wir den Zeitpunkt, an dem ein Umsteuern noch möglich war, an dem die globale Erwärmung und die menschliche Barbarisierung noch aufzuhalten ist.

Eine politische Ökonomie des Gemeinsamen

Das autoritäre Projekt der Rechten lässt sich nur mit einer anderen Wirtschaftspolitik besiegen. Weil nur diese wirklich etwas gegen Klimakrise, soziale Spaltung, Demokratieabbau und militärische Eskalationen bewirkt. Das heißt: Es gilt, der entfesselten Ökonomie mit einer neuen Idee des Wirtschaftens entgegenzutreten: Mit einer Ökonomie des Gemeinsamen, die auf Demokratisierung der Wirtschaft setzt und die gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie bei Commons, Kooperativen und Genossenschaften fördert. Bei der sozial-ökonomischen Wende geht es um mehr und um weniger als Kapitalismuskritik. Um weniger, weil die kon-

kreten Schritte notwendigerweise unter dem Anspruch seiner Überwindung bleiben werden. Und um mehr, weil diese Reformen Teil eines Prozesses zur Stärkung von Produktions- und Eigentumsformen sind, die über den Kapitalismus hinausweisen und ein postkapitalistisches Morgen ermöglichen.

Sackgasse Schwarz-Grün

Aber wäre Schwarz-Grün nicht auch eine Option? Ein moderierendes „Weiter-so“ löst nicht die vielfältigen Krisen unserer Zeit. Bei Schwarz-Grün bleiben die systemischen Ursachen unangetastet. Das aber ist eine Voraussetzung dafür, den Rechten beizukommen. Wenn die fortschrittlichen Kräfte nicht die systemischen Ursachen in Angriff nehmen, fällt es den Rechten leichter, weiter die Pose der „Systemkritik“ einzunehmen. Was sie letztlich stärkt.

Wirksamer Klimaschutz geht nur mit Mitte-Links, denn er erfordert erstens die Bereitschaft, sich mit Konzernen anzulegen. Immerhin gehen zwei Drittel aller CO₂-Emissionen auf das Konto von 100 großen Konzernen. Hinzu kommt: Wenn sich die Menschen

zwischen ihren materiellen Sorgen am Monatsende und der Angst vor dem Weltende entscheiden müssen, wird nichts Gutes dabei herauskommen. Damit Klimaschutz auch nachhaltig Rückhalt in der Bevölkerung hat, muss er zweitens Hand in Hand mit mehr sozialem Schutz gehen. Das gelingt nur mit Regierungsmehrheiten links der Union. Um diese Mehrheiten zu ermöglichen, gilt es jene zu begeistern, die schon jetzt Lust auf Veränderung haben. Und jene zu erreichen, denen das heute noch Sorgen macht, weil Veränderung für sie bisher hieß, etwas zu verlieren – den Job, Sicherheit oder Anerkennung.

Die Situation ist offen

Was folgt auf die Krise des Neoliberalismus? Die Situation ist offen. Wir können Zeugen von sich verschärfenden Krisen bis hin zum Klimakollaps und hin zur Barbarisierung werden. Oder wir gehen die Ursachen der Krisen an und stellen dem entfesselten Markt eine neue Ökonomie des Gemeinsamen entgegen.

Was folgt auf Angela Merkel? Auch hier ist die Situation offen. Möglich sind neue Gesichter, die letztlich weiter den alten Wegen folgen und damit die Krisen verschärfen. Möglich ist aber auch eine neue Politik. Neue linke Mehrheiten sind eine Alternative, die Ernst macht mit einer Politik des Friedens und des Klimaschutzes, damit wir alle eine Zukunft haben. Eine Regierungsalternative, die damit beginnt, alle vor Armut zu schützen und die Mitte besser zu stellen. Neue linke Mehrheiten stellen der Rechten die Kraft der Solidarität entgegen. Auf dass alle ohne Angst anders sein können und zugleich das Gemeinsame wachsen kann. Erreichen wir die Gelegenheit beim Schopfe!



Eine Empfehlung von Ralf Fiebelkorn

Katja Kipping analysiert sehr genau die Lage der Linken. Unter Berücksichtigung der Globalisierung formuliert sie: „Was woanders passiert, hat Auswirkungen auf unsere Lebensweise und umgekehrt.“ Vielleicht ein Währütteln an die Mitglieder innerhalb und außerhalb der LINKEN? Kipping möchte, dass die Linken sich ihrer Verantwortung stellen und mit anderen linken Partnern Wege finden, die Gesellschaft zu modernisieren und demokratischer zu gestalten. Dazu gehört auch die aktive Beteiligung an Regierungen, ohne linke Positionen zu verlassen. Wie das geschehen soll, ist für mich zu allgemein gehalten. Trotzdem ist dieses Büchlein lesenswert und bietet die Möglichkeit, nachzudenken und ins Gespräch zu kommen.

„Nach meinem Tode schwinden Jahre hin, / bis ich dereinst zu Staub geworden bin. / Geht dann ein Mädchen barfuß durch die Raine, / erwache ich, und in der Sommerluft / küß ich als heißer Staub die braunen Beine, / kniehoch umfächelt von Kamillenduft.“

Nach dem Klangzauber aus Dmitrij Schostakowitschs Filmsuite „Die Hornisse“ empfangen diese Gedichtzeilen Stepan Schipatschows die Freundinnen und Freunde, die am 13. März dem Literaturwissenschaftler und Pastellmaler Professor Willi Beitz in Markkleeberg die letzte Ehre erwiesen. Ein langes und erfülltes Leben für Evelyn, Adoptivsohn David, die russische Literatur und die schönen Künste hatte sich vollendet.

Willi Beitz war, zunächst wohlbehütet, in Gottberg, einem 400-Seelen-Dorf in Hinterpommern aufgewachsen. Als Angehöriger des Jahrgangs 1930 vom Kriegsdienst verschont, sei er als „Vertriebener“ aus dem Osten („Umsiedler“ hieß das in der DDR euphemistisch) sozial ganz unten gelandet. Das habe ihn angesichts der allgemeinen sozialen Nivellierung nach Kriegsende nicht lange bedrückt. Er habe daraus sogar eine Art von Ungebundenheit abgeleitet, die ihm verschiedene Wege eröffnete: Sie führten ihn nach der Reifeprüfung in Neubrandenburg 1949 zum Studium der Slawistik und Germanistik in Greifswald.

Die Hinwendung zur russischen Literatur beschreibt Willi Beitz später als Reaktion auf das traumatische Erlebnis des Kriegsendes, den tragischen Tod von Vater und Großmutter in einem hinterpommerschen Dorf: „Was in den 1950er Jahren innerlich noch längst nicht verarbeitet war und erst viel später in seinen Zusammenhängen tiefer begriffen wurde, ließ sich doch schon in den ziemlich einfachen und elementaren Vorsatz fassen: mitzutun, dass sich Derartiges zwischen Russen und Deutschen nie wiederhole.“ So das Credo des Literaturwissenschaftlers.

1957 promoviert und 1964 habilitiert, lehrte Willi Beitz seit 1966 als Professor an der Martin-Luther-Universität, 1969 wurde er an die Karl-Marx-Universität berufen. In Leipzig erwartete ihn bereits das Direktorenamt der neugegründeten Sektion Kulturwissenschaft und Germanistik. Zeitzeugen behielten ihn als Vorgesetzten im Gedächtnis, „der es vermocht hat, in schwierigen Zeiten durch Toleranz und Güte Vertrauen zu stiften“. Analoges ließe sich über den Vizepräsidenten der Internationalen Assoziation der Lehrkräfte für russische Sprache und Literatur berichten – alles in allem ein erstaunlicher Entwicklungsweg, den niemand hätte so voraussagen können und der 1975 durch den Nationalpreis, die höchste wissenschaftliche Auszeichnung des Landes, gewürdigt wurde.

Willi Beitz hinterlässt ein erstaunliches wissenschaftliches und künstlerisches Werk. „Wenn künftige Literaturhistoriker aus gebührender zeitlicher Distanz über die wissen-

Abschied von Willi Beitz

Manfred Neuhaus erinnert an einen herausragenden Wissenschaftler und lieben Freund



7. September 1930 – 14. Januar 2020 (Foto privat)

schaftlichen Leistungen befinden, die Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei der Erforschung von russischer Literatur erbrachte, dann wird ... der von Willi Beitz herausgegebene Band ‚Vom Tauwetter zur Perestroika‘ mit ganz oben landen“, befand die Literaturkritik bereits vor Jahren. Der Literaturwissenschaftler öffnete uns Augen und Ohren für die Poetologie so unterschiedlicher Autoren wie Daniil Granin, Wassili Grossman, Andrej Platonow, Warlam Schalamow und Jurij Trifonow. Und in der nicht endenden Debatte über die Authentizität des „Stillen Don“ hat er immer wieder mutig Flagge gezeigt. Er war ein streitbarer Publizist, focht allerdings lieber mit dem Florett als mit dem Säbel.

Willi Beitz war auf der Suche nach Wahrheit. Wo es um die naiven Anfänge gehe, sei es noch relativ leicht, beschied er dem Berliner Vertrauten Anton Hiersche. Weit schwieriger sei die Phase der Verinnerlichung der Doktrin. Da greife so vieles ineinander – die eigenen Ideale, Gutgläubigkeit und guter Wille, Selbsttäuschung und Verführung durch Mythen und Lügen. Gerade hier komme es auf ein ehrliches und differenziertes Urteil an, wenn man nicht verdrängen oder opportunistisch vereinfachen wolle. Dabei gehe es nicht um Abrechnung, sondern um Verstehen. Natürlich frage man sich, ob dies überhaupt nötig sei, oder nur der Selbstentblößung des Besie-

ten gleichkomme, die jenen Munition liefert, die mit Siegermiene aufmarschieren. Die Antwort unseres Freundes auf die selbst gestellte Frage bezeugt unerschütterliche Redlichkeit: Mit Blick auf integere Charaktere wie Christa Wolf, Friedrich Schorlemmer oder Günter Gaus wolle er sich an das Gebot des Gewissens halten, das Aufarbeitung gebiete, wenn Wissenschaft eine Ethik haben soll.

Dass Willi Beitz ungeachtet aller Meriten eine sprichwörtliche Bescheidenheit vorlebte, bewog Anton Hiersche zu folgender Bemerkung: „Wenn Du uns alle und auch Dich selbst ... als fleißige Bauern im Weinberg der Slawistik bezeichnest, so solltest gerade Du Dein Licht nicht unter den Scheffel stellen“. Und als Wulf Skaunden Freund als großen Literaturwissenschaftler bezeichnete, erhob Willi Beitz gegen diese „allzu hoch angesetzte Einstufung“ Einspruch: „Ich gehöre auf keinen Fall zu den ‚Gro-



Willi Beitz: Herbstwald, Pastell 2016

Ben‘ ... dazu habe ich in vergangenen Jahrzehnten einen viel zu hohen Tribut an den (stalinistischen) Zeitgeist gezahlt. Das ist ein Unterschied zu Leuten wie etwa Werner Mittenzwei ... Also schreibe lieber der ‚bekannte Literaturwissenschaftler‘, das trifft den Sachverhalt eher.“

In der Lebensbilanz unseres Freundes gilt dem Literaturwissenschaftler eine Seite der Medaille, die farbenprächtigere andere gebührt dem Pastellmaler. Er habe, so bekannte er einer Freundin, seine alte Freizeitbeschäftigung – das Zeichnen und Aquarellmalen – wieder aufgewärmt, und das bereite ihm viel Freude: „Je öfter ich es heute betreibe, desto besser gelingt es mir, das auszudrücken, was ich möchte – vor allem Stimmungen und Licht in der Landschaft, vor allem in der ebenen Weite (da kommt immer der ‚Nordländer‘ in mir durch).“

Im Kontext der Vernissage zum 85. Geburtstag unseres Freundes hatte Hans Rossmann auf die erstaunliche ästhetische und ideelle Verwandtschaft im Schaffen von Anton Tschchow, Isaak Lewitan und Willi Beitz aufmerksam gemacht: Alle drei, so Künstlerkollege Rossmann, „finden im Einfachen bewegende und melancholische Züge, die uns zutiefst berühren können. Sie führen uns vor, wie in der heutigen Landschaft das Unvergängliche steckt, wie die Landschaft Heimat und Geschichtshintergrund für jeden von uns darstellt.“

Willi Beitz gehörte bis zu seinem Tode zu jenen Leipziger Intellektuellen, die das Projekt einer emanzipatorischen Linken kritisch begleitet und nach Kräften unterstützt haben. Das hat vielleicht nicht jedem gefallen, aber vielen imponiert. In seinen letzten Lebensjahrzehnten war die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen seine intellektuelle Heimstatt. Er war ihr in Wort und Schrift eng verbunden, seine Essays gehören zu ihrem wissenschaftlichen Tafelsilber, mehrere Ausstellungen mit Zeugnissen seines bildkünstlerischen Schaffens fanden große Aufmerksamkeit und freudige Anerkennung.

Es ist unmöglich über Willi Beitz zu schreiben, ohne an Evelyn Beitz zu erinnern. Sie war auf der Suche nach dem Glück und strebte nach beruflicher Selbstverwirklichung und einem erfüllten Leben an der Seite ihres Mannes. Ohne ihre Liebe und Fürsorge, ohne ihre Inspiration und Ästhetik, ihr Verständnis und ihren Geschmack, ihre Leselust und Naturliebe, ihre zupackende Art, ihr unbestechliches Urteil und ihr logistisches Geschick ist das Werk von Willi Beitz nicht zu denken. Dass Evelyn vor ihm gehen musste, empfand Willi als bodenlose Ungerechtigkeit, als Katastrophe, der er hilflos ausgeliefert war.

Nun ist seine Stimme für immer verstummt. Sein enormes Wissen, seine Urteilskraft, Fürsorge und Güte, aber auch sein feiner Spott über Zumutungen des Zeitgeistes und seine Kritik an kritikwürdigen Zuständen werden uns sehr fehlen.

Ende und Anfang vor 75 Jahren

Dr. Dieter Rostowski empfiehlt den neuen „Lausitzer Almanach“ zur „Spurensuche 1945“

Es jährt sich zum 75. Mal die Befreiung des deutschen und sorbischen Volkes vom Hitler-Faschismus. Dieses Ereignis berührt das Leben vieler, die die Schrecken der letzten Kriegsmomente noch fest im Gedächtnis haben. Viele von ihnen haben in den Jahren nach Kriegsende immer mehr verinnerlicht, dass es nie wieder Faschismus und Krieg geben darf. Dafür wurde gearbeitet und gekämpft! Mehrere Generationen kennen Faschismus und Krieg nur aus dem Hörensagen oder aus Film und Fernsehen, vielleicht auch noch aus Erzählungen der Groß- oder Urgroßeltern. Weil das so schwierig heute ist, kamen wir als schreibender Verein in Sachsen (Autorenkreis „Lausitzer Almanach“ e. V.) auf die Idee, einen Aufruf an die ältere Generation zu starten. Wir baten um Zuschriften zur Veröffentlichung zum Thema „Spurensuche 1945 – die letzten Zeitzeugen!“ Die Resonanz war erstaunlich. So konnten wir diese eingesendeten Zeitzeugenberichte zusammenfassen und eine Buchpublikation daraus erstellen.

Diese Sonderausgabe befindet sich im Druck und erreicht Ende April 2020, noch vor dem 75. Jahrestag der Befreiung und des Kriegsendes, die interessierten Leser. Es ist wieder, wie die „Vorgänger“, ein gelungenes kulturhistorisches Werk der Oberlausitz und Ostsachsens. Die Seiten werden gefüllt durch historische Darstellungen zum Kriegsende und Neubeginn 1945 und danach. Thema sind die letzten Kampfhandlungen im April/Mai 1945. Ein Überlebender des Infernos im Februar 1945 in Dresden kommt zu Wort. Es wird über „Panzerjagdkommandos“ in Kamenz und die mörderischen Todesmärsche berichtet. Auch die Flucht aus Schlesien nach Sachsen steht beschrieben. Oder wie Freudbergs in Großröhrsdorf eine Jüdin retteten. Auf-



schlussreich wird über den Neubeginn in Elstra berichtet. Manchmal ist es auch zum Schmunzeln, wie Bürgermeister und Landräte „gemacht wurden“.

Lesenswert sind Gedanken darüber, wie damals die Schule wieder in Gang gebracht wurde, wie die Schulspeisung war und antifaschistische Jugendarbeit begann. Als besonders bedeutsam ist anzusehen, dass sehr viele Zeitzeugenberichte und Erinnerungen dem Leser präsentiert werden. Mehrere über 85- bis 90-Jährige und Ältere aus Bautzen, Bischofswerda, Burkau, Dresden, Forst, Großröhrsdorf, Großpostwitz, Hoyerswerda, Kamenz, Ohorn, Reichenbach, Wilthen und anderen Orten berichten über ihre Erlebnisse. Und wer es nicht mehr wissen sollte oder wie die heute Jüngeren es nicht wissen kann: Damals wurde die Versorgung der Menschen ausschließlich auf Karten, Marken und Bezugsscheinen betrieben, weil alles nach dem Krieg knapp war.

Schließlich soll nicht vergessen werden, dass durch das ganze Unheil durch Nazizeit und Krieg viele Menschen, auch Unschuldige, umkamen. Gerade auch diesen Menschen sind Beiträge der Besinnung und des empathischen Gedenkens gewidmet. Zu wissen ist wichtig, dass dazu Nachforschungen in verschiedenen Berichten ausgewertet werden, so auch beispielsweise durch Schüler des Lessing-Gymnasiums Kamenz – wozu ebenfalls gedenkende Worte eines jüdischen Bürgers aus Prag in Kamenz gehören. Ferner wird betont, dass der Schwur von Buchenwald 1945 heute noch aktuell ist!

Bedeutsam wäre noch zu erwähnen, dass ebenfalls bekannte Historiker und Publizisten an unserer Buchausgabe mitwirkten, wie Dr. Hans Brenner (Zschopau), Prof. Dr. Horst Schneider † (Dresden), Dipl.-Lehrer Heinz-Helmut Regensburger (Kamenz), Botschafter a. D. Dieter Philipp (Berlin), Dr. Gunter Kretzschmar (Elstra), Pädagoge Henning v. Wolffersdorff (Dresden), Dr. Dieter Rostowski (Kamenz), Prof. Dr. Dieter Rost (Kirschau), Dipl.-Phil. Dieter Reichelt (Berlin), Christian Philipp (Dresden), Dipl.-Ing. Christian Müller (Bischofswerda) und andere.

Vieles wäre noch zu nennen, doch überzeugen Sie sich selbst in den Buchhandlungen und Vertriebsstätten von der Vielfalt interessanter Beiträge im Lausitzer Almanach (Sonderausgabe IV), wo dieser ab Ende April 2020 zum Preis von 13 € zu erhalten ist. Es können auch Bestellungen an uns gerichtet werden; der Versand erfolgt in einer Luftpolster-tasche mit inliegender Rechnung.

Bestelladresse: Autorenkreis „Lausitzer Almanach“ e. V. c/o Stadtverwaltung Kamenz, Markt 1, 01917 Kamenz; oder info@lausitzer-almanach.de

Lyrisches

Ewa

*ein Zauberwind
trägt dich durch Zeit und Raum
ein Traum
ein Glück
ein Leben*

Kreuzung

*Dein Weg ist woher du kommst
Dein Weg ist wohin du gehst
Dein Weg ist was du denkst
Dein Weg ist was du fühlst
Dein Weg ist was du wählst*

Denken

*Wenn Du wählst
Hast du Verantwortung
Sie übernimmst
Eine Bestimmung
Es erkennst
Lebst du*

• Janina Niemann-Rich

Europäische Unwerte

*Nicht nur osteuropäische Länder
Trampeln Asylrecht nieder
Halbe EU mit einem Herz
Aus steinerne Unzivilisiertheit*

Unbekannte Gefahr

*Antiautoritäre Erziehung
Ist prochaotische Verziehung
Zur spuckenden Respektlosigkeit
Auch in Feuersbrunst-Form
Rassistischer Gesinnungsschlacke*

Schwelende Frage

*Wo ist die Brandmauer zwischen
Ascherückschrittlicher schwarzer
In Gedanken zündelnder bräunlicher
Hälfte der Union?*

• Jürgen Riedel

Die alte deutsche Treue

Die Saat der alten deutschen Treue, die am Fürstenzug in Dresden beschworen wird, ging in den 1920er Jahren auf. Konservative, Völkische, „Liberale“, Angehörige des Adels und Faschisten kramten alles für sie Brauchbare aus der Vergangenheit zusammen, um ein Deutschland nach ihrem Bilde zu schaffen. Dieser alte Stamm, der stets sich erneuerte, hatte die halbherzige Revolution blendend überlebt. In „grauer Vorzeit“ war er in der Tat aufgegangen und konnte sich ungehindert regenerieren. Bis dann 1933 die Faschisten von dieser „alten deutschen Treue“, mittlerweile durchsetzt von Antisemiten, Antikommunisten, alles Fremde, alle Humanisten hassend, die Macht übertragen bekamen. Was dann folgte, wissen wir. Dennoch wird geleugnet und relativiert, es wird, geht es um die Opferzahlen in

Dresden, die faschistische Propaganda fast eins zu eins wiederholt, obwohl Historiker dies längst entlarvt. Heute kommen wieder faschistoide Gruppen und Parteien auf die Friedhöfe, um Kränze niederzulegen. Der Opfermythos feiert fröhliche Urstände. Das Märchen von der aus militärischer Sicht unsinnigen Bombardierung wird aufrechterhalten. Dresdner deklarieren sich als die größten Opfer des Krieges, obwohl andere Städte weitaus mehr Opfer und Zerstörungen zu beklagen hatten. Der Krieg kehrte zurück zu seinem Ausgangspunkt. Millionen in ganz Europa waren zuvor auf dem Deutschen Altar geopfert worden. Das Vernichtungsprogramm wäre ohne die Befreiung durch die Alliierten, bei der die Rote Armee die Hauptlast zu tragen hatte, weiter verwirklicht worden. Die DEUTSCHE

TREUE hatte vorerst ausgespielt. Ob das so bleibt, wird sich zeigen.

• Jonny Michel
(Text und Montage)



Zur Arbeit der AG Zukunft

Kreisvorstandsmitglied *Wilfried Greif* blickt voraus

Zur Gesamtmitgliederversammlung am 9. November 2019 haben wir über die Fragen unserer Zeit diskutiert und ob wir die passenden Antworten haben. Nach längerer Pause haben wir uns in der AG Zukunft wieder hingesetzt und überlegt, was wir wie angehen müssen. Dabei können wir an Bewährtes anknüpfen, müssen aber auch neue Wege gehen. Dabei ist es wichtig, stärker die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Das setzt ein gerüttelt Maß an Wissen bei uns als den Mitgliedern der Partei voraus. Damit ist nicht nur die Tagespolitik gemeint, insbesondere benötigen wir feste theoretische Grundlagen.

Anfang der 90er Jahre waren die Klassiker ins Abseits gestellt, der Sozialismus gescheitert und damit auch seine Theorie. Doch die jüngere Geschichte hat gezeigt, dass damals getroffene Aussagen etwa aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ nach wie vor zutreffen. Seit dem Fall der Mauer ist

nicht nur die Illusion von einer gerechteren Welt geplatzt, das kapitalistische System ist drauf und dran, unser aller Welt zu ruinieren. Ich glaube, dass wir inzwischen in der Lage sind, Dogmen als solche zu erkennen und mit den Erfahrungen von Generationen vor uns die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Diesem Anspruch sind wir bisher nur unvollständig nachgekommen.

Unsere Aufgabe besteht darin, die Steuerung der inhaltlichen Arbeit im Kreisverband als Unterstützung des Kreisvorstandes voran zu bringen. Der 8. Mai wird als ehrendes Gedenken an die Millionen Opfer durch eine Arbeitsgruppe der Marienberger, Olbernhauer, Zschopauer und Pockauer Genossinnen und Genossen vorbereitet. Wir sehen andererseits die politische Entwicklung des Vergessens, der Geschichtsumschreibung, des Werteverfalls, von Menschenrechtsverletzungen und des Verschweigens von Kriegsver-

brechen. Dem wollen wir uns entgegenstellen. Aus diesem Grund haben wir dem Kreisvorstand vorgeschlagen, in den Ortsverbänden und Basisgruppen darüber zu diskutieren. Dies kann als thematische Mitgliederversammlung geschehen. Dazu werden wir in der AG Argumentationshilfen erarbeiten.

Um breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen, wollen wir die Tradition von Stammtischen/Diskussionsrunden in den Regionen wieder erwecken. Eine Thematisierung von Landesthemen macht nur Sinn, wenn es weite Teile der Bevölkerung auch betrifft. Die Grundrente wäre so ein Thema. Dazu braucht es Menschen, die vom Fach etwas verstehen. Da wir bei den letzten Wahlen sachkundige Genossinnen und Genossen verloren haben, ist es unabdingbar, das Potential an Wissen zu erhalten. Das schließt Fachleute aus dem Umfeld ein, die nicht in unserer Partei sind. Warum nicht Gewerkschafter einbeziehen?

In der Chemnitzer Erklärung der IG Metall vom 14. November 2019 unter der Überschrift „Transformation braucht Gestaltung und Mitbestimmung“ werden konkrete Maßnahmen und politische Entscheidungen eingefordert.

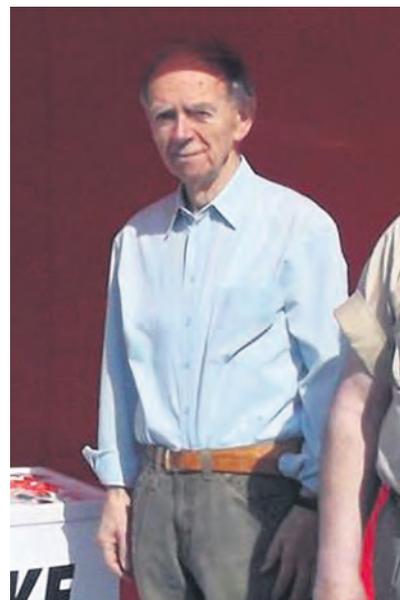
Die Vergangenheit zeigt, dass gemeinsame Aktionen von der Bevölkerung angenommen werden – siehe etwa das Familienfest am 1. Mai in Annaberg-Buchholz. Wo wegen unserer Altersstruktur die Verbindung in die Betriebe geschwächt ist, wäre dies eine Möglichkeit, näher an die Probleme der Beschäftigten zu kommen. Auch in den Kommunen haben wir an Einfluss verloren. Gerade weil wir weniger Abgeordnete in den Räten haben, ist es wichtig, sie durch Expertise zu unterstützen. Dazu sollten Treffen mit gewählten und nicht gewählten erfahrenen Abgeordneten in den Ortsverbänden organisiert werden. Das kann gleichzeitig öffentliche Wahrnehmung schaffen.

Zwei Kämpferherzen schlagen nicht mehr

Anneliese Scherzer, ein „Urgestein“ der Parteiorganisation des Landkreises Aue/Schwarzenberg, lebt nicht mehr. Fast 70 Jahre lang bestimmte eine linke Partei ihr Leben und Handeln. Sie engagierte sich als Kommunalpolitikerin, im Jugendweihverein und im Stenografenverband. Ihr kommunalpolitischer Höhepunkt war die Berufung als Interimsbürgermeisterin. Als älteste Abgeordnete führte sie die Amtsgeschäfte beim Zusammenschluss der Gemeinden Lauter und Bernsbach. In der Partei waren ihre Kenntnisse in organisatorischen und vor allem Finanzproblemen sehr gefragt. Anneliese ist es vor allem zu verdanken, dass nach der Wende die Parteiarbeit finanziell und strukturell in geordneten Bahnen weiterging. Ihr Erbe wird heute weitergeführt.

Auch Heinz Beblo ist verstorben. Heinz war von 1990 bis 1998 Orts- und Kreisvorsitzender im Altkreis Marienberg. Sein besonderes Verdienst bestand in der Wende- und Nachwendzeit darin, an führender Stelle das Weiterexistieren der SED-PDS, der PDS und später der LINKEN ermöglicht zu haben. Wir können er immer noch nicht fassen, dass Heinz, der uns einen Teil unseres Lebens begleitet hat, mit uns für die Sache der LINKEN und Gerechtigkeit gestritten hat, nicht mehr da ist. Als Berufsschullehrer lag ihm die Bildung besonders am Herzen und er kümmerte sich mit Hingabe um unsere jüngeren Mitglieder.

Anneliese und Heinz werden uns immer in guter Erinnerung bleiben.



Persönliche Gedanken als Mitglied der LINKEN

Am 4. März 2020 gab es eine Beratung des geschäftsführenden Landesvorstandes mit dem Kreisvorstand. Anwesend waren auch Ortsvorsitzende. Ich hatte erwartet, dass wenigstens einer der Vorsitzenden bei den Genossen vor Ort präsent wäre. Der Kreisverband hat keinen Vorsitzenden und keinen Stellvertreter. Das kann nicht nur festgestellt werden, das muss umgehend gemeinsam, durch Landesvorstand und Kreisvorstand, geklärt werden. Ergebnis der Beratung war die Feststellung des amtierenden Kreisvorstandes, dies auf einer erweiterten Wahl im November 2020 zu klären.

Das Interesse einiger Genossen aus dem Kreisverband, den Kreisvorstand zu unterstützen, wurde emotional aufgefasst. Ich stelle fest: Trotz dreier verlorener Wahlen, trotz der darauf festgestellten Wahrheiten, dass es so nicht weitergeht, nimmt man sich die Zeit, Debatten zu organisieren, um dann festzustellen: Aha, in den Großstädten sind wir gut aufgestellt. Aber im ländlichen Raum gibt es keine positiven Veränderungen. Und die wird es nicht geben, auch weil man Genossinnen und Genossen, die eine sehr gute Parteiarbeit erledigen, nicht wertschätzt. Man ignoriert Einfallsreichtum, Ideen, Engagement. Man setzt einfach voraus, dass ein Mitglied seinen Beitrag leistet. Ich möchte keine Debatte losbrechen, wer mehr oder gar wichtigere Arbeit leistet, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich. Schon wer daran denkt, sollte sich schämen.

Ich habe in letzten Jahren oft gesagt: Ich habe Angst um die personelle Aufstellung unserer Partei im ländlichen

Raum. In meiner Ortsgruppe schicke ich keinen mehr Plakate aufhängen oder Zeitungen verteilen. Die Genossinnen und Genossen wollen auch nicht mehr. Ich habe das früher auch nicht verstehen wollen, bis ich Einblick in ihr Leben bekommen habe. Zu Versammlungen kommen nur noch wenige, sie können einfach nicht mehr. Die älteren Genossen sind müde, auch von ihren Engagement als Bürgermeister, Gemeinderat, Stadtrat, Kreisrat und anderen Stellen. Wie oft haben sie ihren Namen als Kandidat bereitgestellt, ohne nachträgliche Würdigung. Sie alle haben den Werdegang unserer Partei hautnah erlebt. Gerade weil es seit Jahrzehnten ihre Partei ist, haben sie ein Mitspracherecht über den weiteren Weg. Und weil sie nicht mit allem einverstanden sind, sagen sie schon mal, die da oben brauchen wir nicht.

Wie kommt so eine Meinung zustande? Ohne Führung und einheitliche Organisation geht es nicht. Aber ich muss mit ansehen, wie unsere Partei undemokratisch geführt wird. Ich sehe die Kämpfe in der Bundestagsfraktion, die Zusammenarbeit der Bundesvorsitzenden mit den Fraktionschefs, den Machtkampf um Listenplätze und hauptamtliche Stellen. Und diese Partei soll Vorbild in Sachen Solidarität und Achtung sein. Wen wollen wir überzeugen? Warum gibt es keinen Sturm der Entrüstung derjenigen, die anerkannte Parteiarbeit machen, gute Wahlergebnisse einfahren und passende Antworten haben? Dumme Frage. Wer es wagt, konstruktiv zu kritisieren, wird von den alten Fehlern der Linken in der Weimarer Republik eingeholt. Einheit, Reinheit und führende Rolle.

Für viele sind wir ihre letzte Hoffnung!

• Lothar Kühn

In Zeiten der Krise und danach: Solidarität über Grenzen hinweg

Positionspapier des *Arbeitskreis VI Internationale Politik der Linksfraktion im Bundestag*

Die Corona-Pandemie trifft die gesamte Menschheit. Kein Land bleibt auf Dauer verschont. Zusammenhalt und Solidarität müssen deshalb Grenzen überschreiten, auch wenn die Grenzen für den Reiseverkehr geschlossen werden. Hoffnung machen neue und ungewohnte internationale Kooperationen. Wenn wir durch internationales solidarisches Handeln die Krise am besten bekämpfen, dann sollten wir auch die Chance nutzen, die internationalen Beziehungen insgesamt auf neue Grundlagen zu stellen: Wir brauchen in der Krise und danach neue internationale Beziehungen, die auf Kooperation und gegenseitige Unterstützung aufbauen, statt auf Verdrängungswettbewerb, Ausbeutung und militärische Macht.

Bundeswehr aus Auslandseinsätzen abziehen

Erst recht unter den Bedingungen der Pandemie ist es unverantwortlich, weitere Bundeswehrsoldaten ins Ausland zu entsenden. Die Linksfraktion lehnt auch deshalb das Ergänzungsmandat für den Einsatz der Anti-IS-Koalition im Irak und Syrien und eine bereits geplante neue EU-Militärmis-sion im Mittelmeer ab. Die Soldaten und Soldatinnen, die sich bereits in Auslandseinsätzen befinden, sollen nach Deutschland zurückkehren. Die jeweilige Sanitätsinfrastruktur muss nach Deutschland verbracht und für etwaige Unwägbarkeiten im Kampf gegen Corona vorgehalten werden. Dies ist auch keine Zeit für internationale Militärmanöver und andere Drohgebärden. Auch, wenn DEFENDER Europe 2020 am Coronavirus gescheitert ist, planen die US-Militärs schon die nächsten Großmanöver in Mitteleuropa. Wir lehnen diese Militäraufmärsche ab.

Haushalt auf Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise ausrichten statt aufrüsten

Die Haushaltsplanung für 2021 muss an die Herausforderungen der Corona-Krise angepasst werden. Der bereits überdimensionierte Verteidigungshaushalt muss gekürzt statt wie vorgesehen erhöht werden. Zentrale Rüstungsprojekte müssen gestoppt werden, auch um finanzielle Ressourcen für die Bekämpfung der Corona-Krise freizusetzen und auch andere Länder mit weniger Möglichkeiten dabei zu unterstützen.

Schon heute geben die NATO-Staaten jährlich zusammen rund 1.000 Milliarden US-Dollar für Rüstung und Militär aus. Die Aufrechterhaltung der NATO-Aufrüstungsforderungen, die jüngst Generalsekretär Jens Stoltenberg

noch einmal bekräftigt hat, lehnen wir ab, das Geld wird für die Bekämpfung der Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen dringend gebraucht.

Wir brauchen mehr Personal, gute Krankenhäuser und größere Notfallkapazitäten statt neuer Kampfjets und teurer Kampfpanzer. Mehr noch: die finanziellen und materiellen Ressourcen, die die Bundeswehr hat, müssen jetzt in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden – aber ausschließlich für die Bereiche zivile Logistik und Sanitätswesen. Die von

Inseln unter menschenunwürdigen Bedingungen und aufgrund der Enge unter hoher Infektionsgefahr. Infizierten Geflüchteten steht keine adäquate medizinische Behandlung zur Verfügung. Dort steht das Leben vieler Menschen auf dem Spiel. Auch für die einheimische Bevölkerung ist das Risiko groß. Deshalb ist es falsch, dass die Bundesregierung das ohnehin viel zu geringfügig angesetzte Aufnahmeprogramm ausgesetzt hat. Stattdessen muss die Bundesregierung gemeinsam mit anderen europäischen Staaten die Geflüchteten von

März nach. Doch keine Regierung antwortete auf die Hilfsersuchen. Stattdessen erließen unter anderem Deutschland und Frankreich sogar Exportverbote für medizinische Ausrüstung. Erst nach Wochen leistete Deutschland bilateral zaghafte Unterstützung. Viel zu spät, als in Italien bereits Hunderte täglich starben, beschloss die Kommission, medizinische Ausrüstung zur Bekämpfung von Covid-19 zu bevorraten.

Das Budget für diese Mittel muss deutlich erhöht werden. Außerdem



Annegret Kramp-Karrenbauer angebotene Mitwirkung des Militärs an der „Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung“ im Innern lehnen wir kategorisch ab. Wir wollen nicht, dass bewaffnete Soldaten polizeiliche Aufgaben übernehmen, z. B. die Einhaltung von Quarantänevorschriften überwachen.

Jetzt ist der richtige Moment, um in Deutschland und der Europäischen Union zivile Einsatzkorps für medizinische Zwecke und Katastrophen aufzubauen und hierfür auch bisher militärisch genutzte Ausrüstung umzuwidmen. Die Bundesregierung muss in der Notsituation verfügen, dass militärische Produktionskapazitäten umgestellt werden auf die Herstellung von dringend benötigtem medizinischem Material, wie etwa Atemgeräten, Schutzmasken, etc.

Geflüchtete aufnehmen

In Griechenland leben über 40.000 Geflüchtete auf den ostägäischen

den griechischen Inseln evakuieren und aufnehmen. Wir brauchen nun diesen Akt der Menschlichkeit und unterstützen die Kampagne #LeaveNoOneBehind.

Die Mittel der EU nutzen, grundlegende Reformen einleiten

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen untereinander mehr Solidarität zeigen – bislang ist davon wenig zu spüren. Die Vorschläge und Maßnahmen der EU zur Bewältigung der Krise kommen spät und sind unzureichend. Richtige Maßnahmen, wie die temporäre Aussetzung der Defizitregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts, müssen auf Dauer gestellt und grundlegende Reformen, etwa der EU-Beihilferegeln, der Aufgaben und Rolle der EZB, müssen eingeleitet werden.

Vor allem hat die EU den Aufbau von Kapazitäten für Katastrophenfälle verschlafen. Bereits im Februar hatte Italien den EU-Zivilschutzmechanismus aktiviert, Spanien zog Mitte

muss die Bundesregierung mit anderen EU-Mitgliedstaaten Notfallressourcen für den Europäischen Katastrophenschutz-Pool bereitstellen.

Internationale Zusammenarbeit in der Corona-Krise

Die Bundesregierung muss zudem eine bessere Kooperation mit denjenigen Staaten suchen, die bereits wertvolle Erfahrungen bei der medizinischen Bekämpfung von Corona gemacht haben: Beispielsweise haben China und Südkorea offenbar bereits Erfolge bei der Eindämmung erzielt. In der ganzen Welt gewonnenes medizinisches Wissen muss in die Pandemiebekämpfung in Europa einfließen – und umgekehrt in Europa gewonnene Erkenntnisse mit anderen Ländern geteilt werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung beispielsweise nicht auch die Zusammenarbeit mit Kuba sucht, das über eine herausragende Expertise im internationalen

Kampf gegen Epidemien und Pandemien verfügt. Kubanische Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte haben ihre Expertise in früheren Krisen (z. B. Ebola) erfolgreich eingesetzt und werden deshalb auch jetzt von vielen Ländern des Südens um Hilfe gebeten. In der Europäischen Union haben diese Hilfe schon Italien und Spanien angefragt, das erste Fachpersonal ist in Italien eingetroffen. Die Bundesregierung könnte die medizinische Zusammenarbeit mit Kuba gerade auch bei der Unterstützung von ärmeren Ländern einsetzen.

Wirtschaftssanktionen beenden

Auf der ganzen Welt müssen die Staaten sämtliche Ressourcen mobilisieren, um die Ausbreitung von Corona einzudämmen und Erkrankte zu versorgen. Einseitige Wirtschaftssanktionen verhindern nicht nur die Einfuhr von Medikamenten und medizinischem Material, sondern schädigen die betroffenen Volkswirtschaften insgesamt und damit die Möglichkeit der Menschen, die Pandemie zu bekämpfen. Das ist unverantwortlich und unmenschlich.

Die UN-Menschenrechtskommissarin, Michelle Bachelet, hat dazu aufgerufen, die einseitigen Wirtschaftssanktionen für Länder wie Kuba, Venezuela, Nordkorea, Simbabwe und Iran auszusetzen. Sie befürchtet anderenfalls den Zusammenbruch der bereits geschwächten Gesundheitssysteme mit furchtbaren Konsequenzen für die Menschen in diesen Ländern. Zugleich forderte sie die betreffenden Regierungen auf, Zugänge für humanitäre Hilfe zu schaffen.

Der Zugang der iranischen Bevölkerung zu lebenswichtigen Medikamenten und ihr Recht auf Gesundheit wird durch die US-Sanktionen massiv beeinträchtigt und ein Massensterben befördert. Im Falle Venezuelas haben alleine die von den USA und der EU einseitig verhängten Sanktionen laut der Studie des Washingtoner Center for Economic and Policy Research (CEPR) über 40.000 Todesopfer verursacht. Hunderttausende Menschen seien gefährdet wegen des sanktionsbedingten Mangels an Medikamenten.

Auch Syrien braucht im Kampf gegen die Pandemie dringend internationale Unterstützung. Die einseitigen EU- und US-Sanktionen sind weitreichend und haben laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation die medizinische Versorgung im Land zerstört. Die amerikanischen und europäischen Sanktionen sind laut UN-Mitarbeitern der hauptsächliche Grund für den Niedergang des syrischen Gesundheitssystems.

Die Linksfraktion fordert internationale Kooperation im globalen Kampf gegen Pandemie statt Blockaden und Kollektivstrafen für die Bevölkerungen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf internationaler Ebene und in der EU für die sofortige Beendigung der einseitigen Wirtschafts-

sanktionen, die die jeweilige Bevölkerung treffen, einzusetzen und so den betroffenen Staaten einen effektiven Kampf gegen die Corona-Pandemie zu ermöglichen.

Gesundheit ist keine Ware

Der neoliberale Umbau der Gesundheits- und anderer Versorgungssysteme in vielen Ländern der Welt behindert heute die effektive Pandemiebekämpfung. Das globale Gesundheitswesen zählt zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht durch Privatisierungen zur Ware degradiert werden, die der Profitlogik von großen Marktunternehmen unterworfen ist. Die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten muss reduziert werden.

Diese Privatisierungspolitik von Weltbank und G20 muss gestoppt werden. Vielmehr brauchen wir einen Globalen Fonds zur Finanzierung des Aufbaus einer öffentlichen Basisgesundheitsversorgung weltweit, der neben der Ausstattung auch den Wissenstransfer sicherstellt. Die Welthandelsorganisation muss ihre Politik ändern, Dienstleistungen im Gesundheitswesen zu liberalisieren. Entsprechende Klauseln in EU-Handelsverträgen müssen aufgehoben werden.

Internationale Finanzorganisationen wie der Internationale Währungsfonds müssen ihre Kreditpolitik darauf ausrichten, besonders betroffene Länder zu unterstützen. Kredite dürfen nicht länger an die Umsetzung neoliberaler Reformen (z. B. Privatisierung im Gesundheitswesen, Abbau von staatlichen Leistungen) gebunden werden. Die Auflagen erweisen sich gerade jetzt als tödlich, weil Patienten wegen abgebauter staatlicher Infrastruktur nicht versorgt werden können und Ärzte wegen fehlender Schutzkleidung an Corona sterben (z. B. Philippinen). Die Bundesregierung muss sich außerdem für einen großzügigen Schuldenerlass für hochverschuldete

Länder einsetzen, damit diese mit den Folgen der Corona-Pandemie fertig werden können. Die Praxis der politisch motivierten Kreditverweigerung (z. B. gegenüber Venezuela) darf nicht weiter fortgesetzt werden.

Solidarität in dieser medizinischen Krisenzeit muss sich auch darin ausdrücken, dass die Bundesregierung ihre Bemühungen zur Abwerbung medizinischen Fachpersonals aus denjenigen Ländern, in denen selbst ein Mangel besteht, einstellt und stattdessen Ausbildungs-, Wissenschafts- und Austauschprogramme fördert, die das medizinische Wissen und die öffentliche Gesundheitsversorgung weltweit vernetzen und verbessern helfen.

Gemeinsam handeln, Weltgesundheitsorganisation stärken und demokratisieren

Die Bekämpfung der globalen Corona-Pandemie erfordert globales solidarisches Handeln der internationalen Staatengemeinschaft. Die Unterstützung der Länder des Südens beim Auf- und Ausbau von leistungsfähigen staatlichen Gesundheitssystemen muss weiterhin wichtiger Teil der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bleiben. Sie sollte mit der großzügigen Gewährung von sektoralen Budgethilfen für den Gesundheitsbereich noch deutlich verstärkt werden.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) müsste gerade bei weltweiten Gesundheitsbedrohungen eine viel stärkere koordinierende Rolle spielen. Leider fristet sie eher ein Schattendasein und kann die meisten Programme und Projekte nicht aus eigener Kraft finanzieren. Die WHO ist in ihrer Finanzierung weitgehend abhängig von privaten Spendern. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Beiträge aller Industrienationen für die WHO erhöht werden, so dass sie unabhängiger von eventuellen Geldge-

bern, Sponsoren, Unternehmen und Stiftungen handeln kann. Gleichzeitig wollen wir die Anforderungen an die Integrität und Unbestechlichkeit des WHO-Personals erhöhen, damit eine stärkere WHO nicht zum Einfallstor für Konzerninteressen werden kann.

Vernachlässigte Krankheiten bekämpfen

Was wir hier erst durch die Corona-Krise wahrnehmen, ist für viele Menschen auf der Welt bitterer Alltag: Infektionskrankheiten, gegen die es keinen wirksamen Schutz und kaum Behandlungsmöglichkeiten gibt. Auch die Anstrengungen zur Bekämpfung von Covid-19 dürfen nicht dazu führen, dass armutsassoziierte und vernachlässigte Infektionskrankheiten wie Malaria, Tuberkulose, West-Nil-Fieber, Ebola, Marburg-Virus u. a. aus dem Blick der Forschungsförderung geraten. Die Entwicklung von Impfstoffen und Arzneimitteln darf nicht nur auf den Bedarf der Industrienationen schauen, sondern muss sich auch den Krankheiten widmen, die nur in auf der Südhalbkugel verbreitet sind. Auch dafür wollen wir einen erheblichen Teil der durch Abrüstung freierwerdenden Mittel einsetzen.

Chance für neue internationale Beziehungen?

Die internationale Solidarität im Kampf gegen Corona muss auch als Chance für neue friedliche internationale Beziehungen genutzt werden: Die Bundesregierung sollte den Aufruf des UN-Generalsekretärs António Guterres zu einer weltweiten Waffenruhe, zu Deeskalation und für Verhandlungen in allen bewaffneten Konflikten aktiv unterstützen. Das gilt am drängendsten für die Region Idlib in Syrien. Dazu gehört auch ein sofortiger Stopp von Rüstungsexporten. Die Austrocknung von bewaffneten Konflikten wäre ein zentraler Beitrag zur Pandemiebekämpfung.

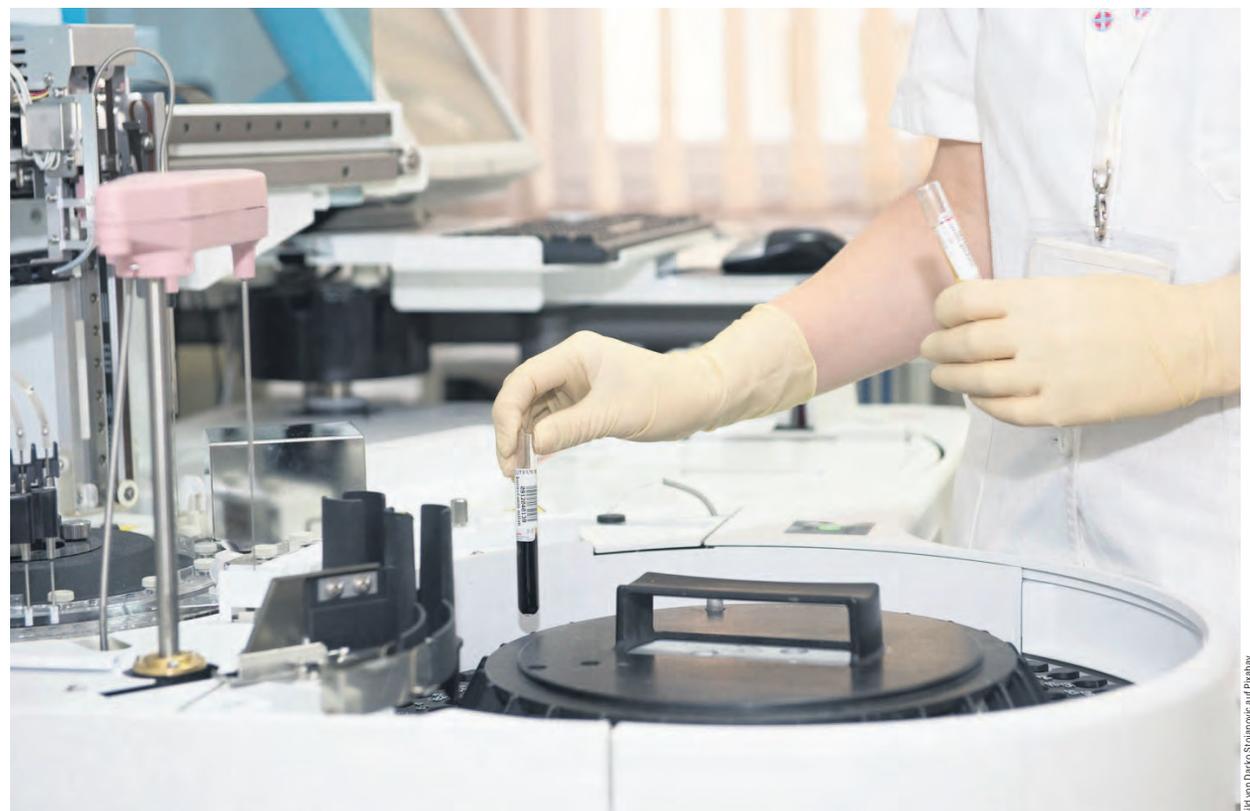


Bild von Dariusz Stojanovic auf Pixabay

Jetzt ist Solidarität gefragt!

Kreisgeschäftsführer *Sebastian Schindler* informiert über die Möglichkeiten

Corona stellt uns alle – gemeinsam und als Einzelne – vor Herausforderungen. In den kommenden Wochen ist Solidarität in besonderer Weise gefragt. Wir möchten unseren Teil dazu beitragen, indem wir in Kamenz einen Einkaufs-Service für Personen aus Risikogruppen und Quarantäne-Betroffene organisieren. Dazu brauchen wir eure Hilfe:

1. Wer in Kamenz in der gegenwärtigen Situation nicht vor die Tür gehen möchte oder darf, weil er selbst einer Risikogruppe angehört oder unter Quarantäne steht, kann sich bei uns unter sebastian.schindler@dielinke-bautzen.de oder 01578/6244233 (Anrufbeantworter – Rückruf erfolgt) melden.

2. Wer in Kamenz weder einer Risikogruppe angehört noch unter Quarantäne steht, aber gern helfen möchte, kann sich ebenfalls bei uns melden. Wir stellen dann möglichst wohnortnah den Kontakt zu bedürftigen Personen her.

3. Ein sachsenweites Koordinierungsnetzwerk inklusive der Möglichkeit einer Online-Hygiene-Schulung findet sich hier: <https://teamsachsen.de/>

4. Wer aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens mit Verdienstauffällen zu kämpfen hat, findet hier den vereinfachten Antrag zum Kurzarbeitergeld: <http://gleft.de/3Dy> und hier Infos zu den sächsischen Soforthilfen für Solo-Selbstständige, Kleinstunternehmer und Freiberufler: <http://gleft.de/3DA>. Bei Fragen können wir gern helfen, die richtigen Infos und Anträge zu finden und auszufüllen.

5. Infos zur Notbetreuung von Kindern sowie zum Erlass der Elternbeiträge während der Kita-Schließzeiten finden sich hier: <http://gleft.de/3DB>

Auch bei allen weiteren Fragen versuchen wir gern, zu helfen und zu unterstützen.

Weitere Infos und politische Forderungen zur gegenwärtigen Krise sind hier zu finden: www.dielinke-sachsen.de/mit-solidaritaet-empathie-gegen-corona

Tag der Befreiung am 8. Mai 2020 – wir gedenken und mahnen!



Am 8. Mai jährt sich der Sieg der alliierten Streitkräfte über das verbrecherische Nazi-Deutschland zum 75. Mal. Wir wollen, dass die schrecklichen Verbrechen dieses Regimes und dieser Krieg nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb werden wir auch in Zeiten von Corona diesen Tag würdig begehen. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, beim Besuch der Gedenkstätten möglichst einzeln zu gehen und die Mindestabstände einzuhalten. „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ (Bundespräsident Richard von Weizsäcker – 1985) Lasst uns diesen Tag niemals vergessen! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!



Wie August Bebel den Genossen Röthing prügelte

Die „Mitteilungen“ Nr. 57 des Berliner Fördervereins Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung setzen wie gewohnt auf rezeptionsfreundlichen Service. Ich gestehe: Sobald ich ein neues Heft des zweimal jährlich erscheinenden Fachjournals in den Händen halte, schlage ich zuerst die Abteilung „Besondere Zeitdokumente“ auf, in der Vorfremde, ein rares oder ungewöhnlich interessantes Fundstück vorzufinden. Mit einem solchen Leckerbissen wartet die März-Nummer auf. Eckhard Müller stellt August Bebel's Erinnerungen an handfeste Auseinandersetzungen mit Lassalleanern während des Deutsch-Französischen Kriegs 1870 in Leipzig vor. Köstlich, wie der ehrwürdige Arbeiterführer 40 Jahre danach die Prügelei zwischen seinen Anhängern und den ADAV-Leuten beschreibt, bei der er persönlich dem „Genossen Röthing“ das Fell gegerbt und dem Flüchtenden derart ans „lockenumwallte Haupt“ gegriffen hatte, dass der buchstäblich Haare lassen musste. Man muss das selbst lesen.

Diese Aufforderung gilt selbstredend für alle Beiträge der neuen Ausgabe, die

sich leitthematisch dem Jahr 2020 als Jahr der Jubiläen und des Erinnerns widmet. Das Editorial nennt stichwortartig und beispielhaft den 8. Mai 1945, das Ende der faschistischen Barbarei und des Holocausts an den europäischen Juden, Kapp-Lüttwitz-Putsch und Märzrevolution 1920 ...

Großen Eindruck hat bei mir Erwin Lewins Dokumentation zur Rettung jüdischer Flüchtlinge in Albanien gemacht. Nie zuvor hatte ich von der schier grenzen- und selbstlosen Solidarität des stolzen Bergvolks gelesen, das ein weithin unbekanntes Kapitel der Humanität geschrieben hat. Weithin unbekannt war wohl nicht nur für mich auch ein spezielles Kapitel im friedenspolitischen Wirken Wilhelm Piecks. In seinem bemerkenswerten Vortrag „Gegen den Krieg! Frieden! Freiheit! Brot!“ hat Ottokar Luban die Agitationsarbeit für Frieden und Demokratie der beiden Linkssozialisten Carl Minster und Wilhelm Pieck nachvollzogen. Beide waren im Ersten Weltkrieg nach Holland desertiert, wo sie 1917 und 1918 auch mit dem französischen Geheimdienst kooperierten.

Auch die Rubrik „Archive und Bibliotheken“ vermittelt manche Terra-incognita-Einblicke. Silke Neunsinger legt dar, dass und warum die Entwicklung der Arbeitergeschichte in Skandinavien und insbesondere in Schweden so eng mit den Fortschritten ihrer Archive und Bibliotheken verbunden ist. Hier erfüllt sich, was Walter Benjamin in seinem Essay „Ich packe meine Bibliothek aus“ als Credo progressiver Archivare, Bibliothekare und Sammler formuliert hat: „Die alte Welt erneuern – das ist der tiefste Trieb im Wunsch des Sammlers, Neues zu erwerben ...“ Benjamins Diktum dürfte auch für das APO-Archiv gelten, das Rainer Holze vorstellt. Die im Archiv der Freien Universität Berlin angesiedelte Sammlung verfügt über die umfangreichsten Quellen und Dokumente zur Geschichte der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegungen in der alten BRD.

Wie immer wartet das Heft mit fachbezogenen Tagungsberichten, Buchbesprechungen und aktuellen Literaturhinweisen auf. Summa summarum kann der aktuellen Vereinszeitung bescheinigt werden, den von Vorstand

und Redaktion fixierten Maßstäben für hohe Qualität gerecht geworden zu sein. Zu jenen, die in persona zu diesem Standard beigetragen haben, zählt Rainer Holze. Anlässlich seines bevorstehenden 80. Geburtstages hat ihm Vereinschef Holger Czitrich-Stahl eine warmherzige Laudatio gewidmet. Darin würdigt er die umfänglichen Verdienste Holzes um den Verein und in besonderem Maße als langjähriger Redakteur der „Mitteilungen“. Von einem anderen Aktivist, dem im Februar verstorbenen ehemaligen Vereinsvorsitzenden Reiner Zilkenat, verabschieden sich Amtsvorgänger bzw. -nachfolger Günter Benser und Holger Czitrich-Stahl in einem gemeinsamen Nekrolog. Es dürfte ganz im Sinne des früheren Herausgebers der „Mitteilungen“ sein, dass das Blatt noch in diesem Jahr einen optischen Relaunch erfahren soll. Man darf gespannt sein.

• *Wulf Skaun*

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Nr. 57 (März 2020), Vertrieb: d.goldbeck@web.de

Positionen der Linksjugend zu Digitalisierung und Datenschutz

Während der Monate der Corona-Pandemie hat sich in vielen Lebensbereichen gezeigt, wie weit und nutzungsfähig die Digitalisierung vorangeschritten ist. Das Treffen mit den Freund_innen kann auch über die Webcam stattfinden, die Diskussion in einem Livestream angeschaut oder der Workshop in einem Webinar veranstaltet werden.

Gerade jetzt darf nicht vergessen werden, dass das Internet aber auch zu einem Raum der staatlichen Überwachung geworden ist, denn durch seine Benutzung ist es für Behörden so einfach wie noch nie zuvor, die Bevölkerung auszuspähen. Ein Beispiel dafür ist der sogenannte Bundestrojaner, der es den Kriminalämtern und der Polizei ermöglicht, den gesamten Inhalt der Massenspeichermedien auf den infizierten Rechnern auszulesen, um die gesammelten Informationen strafrechtlich zu verwerten.

Dass Geheim- und Nachrichtendienste unsere Internetaktivitäten (wie E-Mails, Telefongespräche, Aktivitäten in sozialen Netzwerken und unsere Suchanfragen) ohne öffentliche Kontrolle massenhaft speichern und analysieren, wurde vor den Enthüllungen Edward Snowdens nur gemutmaßt, ist nun aber belegt. Die Mitwisserschaft und tatkräftige Hilfe des BND beim Ausspähen durch die NSA ist hierbei in besonderer Weise hervorzuheben. Auch die immer neuen Vorstöße zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung, mit der Internetanbieter verpflichtet würden, alle Verbindungsdaten der Nutzer_innen zu speichern, sind in diesem Zuge nicht außer Acht zu lassen. Nicht nur, dass derartige staatliche Überwachungsmaßnahmen und die daraus resultierende Speicherung sehr intimer Informationen das Sicherheitsrisiko kriminellen Missbrauchs mit sich bringen. Sie schaden darüber hinaus auch einer liberalen Gesellschaft, indem sie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre massiv einschränken und es dem Staat und seinen Behörden so prinzipiell ermöglichen, persönliche Profile von uns Bürger_innen zu erstellen.

Wir fordern daher ein Verbot des staatlichen Einsatzes von Spionagesoftware jeglicher Art. Darüber hinaus lehnen wir die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz von Funkzellenabfragen im Zuge politischer Veranstaltungen grundlegend ab. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Befugnisse des parlamentarischen Kontrollgremiums (dessen Aufgabe es ist, die deutschen Geheim- und Nachrichtendienste zu kontrollieren) ausgebaut werden, um so eine umfassende und demokratische Kontrolle jener zu ermöglichen. Für eine liberale Demokratie ist es unabdingbar, dass sich Bürger_innen zu

Themen informieren, über Themen diskutieren und sich zu Protesten organisieren können, ohne dabei das Gefühl zu bekommen, überwacht zu werden. Dies gilt insbesondere auch für den digitalen Raum.

„Ich hab doch nichts zu verbergen!“

Mit einem Account in einem sozialen Netzwerk oder einer E-Mail geben wir intime Informationen über uns preis. Dazu gehören unsere Adresse, unser Bewegungsprofil, unser Beziehungsnetz und Informationen über unsere politischen Aktivitäten. Wenn wir im Internet wieder einmal die AGB eines sozialen Netzwerkes oder die einer Suchmaschine akzeptieren, oh-



ne vorher auch nur einen Blick darauf geworfen zu haben, haben wir wieder ein Stück mehr den Blick dafür verloren, wer unsere Daten speichert, analysiert und an wen sie weitergegeben werden.

Zwar sind personenbezogene Daten erhebende Unternehmen mit der im Mai 2018 endgültig in Kraft getretenen Datenschutzgrundverordnung dazu verpflichtet, Auskunft über den Umfang, die Speicherung, die Verwendung und die Weitergabe der Daten an Dritte zu geben. Auch haben Nutzer_innen nun das Recht, diesbezüglich Widerspruch einzulegen. Die Dimension des massenhaften Erfassens und der Analyse der eigenen personenbezogenen Daten ist jedoch bei Weitem nicht allen Nutzer_innen bewusst. Außerdem ist eine Nutzung der jeweiligen Dienste ohne Zustimmung der AGB meist auch gar nicht möglich. Deshalb sind wir dafür, dass die Nutzer_innenseitigen Möglichkeiten, selbst bestimmen zu können, was mit den eigenen Daten geschieht, ausgebaut werden.

Desweiteren fordern wir Aufklärungsarbeit bezüglich der Verwendung von

Cookies, sodass Internetnutzer_innen die Dimension des websiteübergreifenden Trackings verstehen und selbstständig dagegen agieren können. Wir finden zudem, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz aufgenommen werden muss. Verschlüsselung ist dabei ein zentrales Element der informationellen Selbstbestimmung, unter der das Recht verstanden wird, selbst über die Preisgabe und den Gebrauch der eigenen personenbezogenen Daten zu bestimmen.

Wir setzen uns deshalb für eine umfassende Bildungsarbeit ein, die Internetnutzer_innen zeigt, wie sie Verschlüsselungsmethoden in ihren digitalen Alltag effektiv integrieren können. Mit

benutzten Technologien integraler Bestandteil der Lehrpläne an Schulen sein. Derzeitige Lehrpläne sind auf den Umgang mit kommerzieller Software, die für den Berufsalltag nützlich sein könnte, sowie teilweise auf Fertigkeiten wie das Programmieren und den Umgang mit Datenbanken beschränkt. Es fehlt in den Schulen ein umfassender Blick auf die Technologien, die Schüler_innen tagtäglich benutzen. Dieser ist aber notwendig, damit sie selbstständig in der Lage sind, die gesellschaftlichen Auswirkungen, die diese Technologien mit sich bringen, abzuschätzen und den Einfluss, den diese auf sie haben, zu reflektieren. Es gibt nahezu keinen Bereich, in den Computer nicht bereits Einzug gehalten haben. Deshalb dürfen digitale Technologien nicht losgelöst von Gesellschaft und Politik und auf einer ausschließlich technischen Ebene betrachtet werden, sondern müssen fächerübergreifend diskutiert werden. Gerade weil sich Technologien im Internet mit hohem Tempo entwickeln, ist eine entsprechende Lehrer_innenbildung für eine zeitgemäße Schulbildung unbedingt notwendig. Außerdem darf die bessere technische Ausstattung der Schulen, gerade was die Breitbandanbindung im ländlichen Raum und die Ausrüstung mit modernen Geräten anbelangt, nicht vernachlässigt werden. Dass bei der Ausstattung keine kommerzielle, sondern Open-Source-Software zum Einsatz kommen muss, ist für uns selbstverständlich. Das Schulprojekt „Chaos macht Schule“ ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel für die Vermittlung von Medienkompetenz und sollte gefördert werden.

Für ein Internet, in dem wir gut und gerne leben

Über das Internet organisieren Menschen Proteste, vernetzen sich, kommunizieren miteinander, Wissenschaffler_innen teilen gewonnene Erkenntnisse und Künstler_innen verbreiten ihre Inhalte, die wiederum von Nutzer_innen genossen werden. Es ist also zu einem Raum geworden, der in sozialer, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht bereichert. Ein fehlender Zugang zum Internet, z. B. aufgrund von fehlender Breitbandverbindungen, schließt Menschen von der kulturellen und politischen Teilhabe aus. Weil, wie der Bundesgerichtshof urteilte, der Zugang zum Internet ein Grundrecht ist, muss der Breitbandausbau vor allem in ländlichen, noch unerschlossenen Gebieten massiv beschleunigt werden, auch wenn der Ausbau für die Netzbetreiber_innen nicht profitabel ist. Denn gerade wie jetzt in Zeiten einer notwendigen Isolierung zeigt sich, wie wichtig das Internet in der gemeinsamen Bewältigung dieser Krise ist und weshalb wir unsere Rechte in ihm schützen müssen.

dem Recht auf digitale Selbstbestimmung kommt auch das Recht, im Internet anonym zu bleiben. Deshalb fordern wir, dass Betreiber_innen von Diensten, die die Identität im Internet verhüllen, keine strafrechtliche Verfolgung für den durch diese Dienste entstehenden Internetverkehr droht. Dienste wie Tor bieten effektiven Schutz der eigenen Identität, auf den gerade Menschen, die in Diktaturen leben und/oder verfolgt werden, sehr stark angewiesen sind. Das Bereitstellen und Betreiben derartiger Dienste ist also gelebte Solidarität und muss in jedem Fall frei von staatlichen Repressionen sein.

Billiger Cyber aus der Dose und dazu etwas Kabelsalat

Gerade für junge Menschen, die mit digitaler Telekommunikation aufwachsen, sind das Internet und soziale Netzwerke Freiräume, in denen sie sich kreativ entfalten, sich mit ihren Freunden vernetzen, sich selbstständig weiterbilden oder einfach nur ihre Freizeit verbringen können. Deshalb muss die Förderung der Medienkompetenz und das technische Verständnis der von jungen Menschen

Corona-Krise: Was jetzt zu tun ist



Auch Sachsen erlebt eine „Naturkatastrophe in Zeitlupe“. So beschreibt der Virologen Christian Drosten die Corona-Pandemie. Niemand weiß, wie lange sie dauern und welche Folgen sie haben wird. Wir wissen, dass sich das Virus schnell ausbreitet und dass der Krankheitsverlauf von Vorerkrankungen und dem Alter der Patientinnen und Patienten abhängt. Aber bekannt ist nicht, ab wann und wie lange es ansteckend ist und ob eine überstandene Erkrankung zu Immunität führt. Das Virus ist tückisch, weil es übertragen werden kann, obwohl keine Symptome auftreten.

Tückisches Virus, aber kein Grund für Panik

„Die Inkubationszeit macht es unter den jetzigen Umständen fast unmöglich, die Krankheit aufzuhalten. Aber wir können die Ausbreitung verlangsamen“, mahnte die LINKEN-Gesundheitspolitikerin Susanne Schaper im März im Landtag, als der über die Regierungserklärung zur Krise debattierte. Auch Sachsens Regierung hat umfangreiche Eingriffe ins öffentliche Leben beschlossen – „Eingriffe, die notwendig sind, um diejenigen zu schützen, für die eine Infektion lebensbedrohlich werden kann. Denn derzeit gibt es kein Medikament und keine Impfung. Doch das ist kein Grund zur Panik, kein Grund für egoistisches Verhalten, für den Diebstahl von Desinfektionsmitteln oder für Hamsterkäufe“, so Schaper. Vielmehr ist jetzt solidarisches Handeln gefragt. Es ist zu hoffen, dass Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen im April verringert werden können.

Wir erleben außergewöhnliche Maßnahmen und Einschränkungen unserer Rechte. Ganzen Wirtschaftszweigen brechen sämtliche Einnahmen weg. Aber in dieser Zeit sind wir angesichts der Gesundheitsgefahr dazu verdammt, vor allem eines zu befördern: Leben retten. Und dazu sind nach allem, was wir wissen, die laufenden Maßnahmen unverzichtbar. Nur wenn es gelingt, die Ausbreitung zu verlangsamen, werden wir die Pandemie in den Griff bekommen, ohne dass das Gesundheitssystem kollabiert und Ärzte letztlich entscheiden müssen, wen sie sterben lassen.

Auch die Linksfraktion macht eine Reihe von Vorschlägen, um die Pandemie einzudämmen, aus ihr zu lernen und den Neustart des öffentlichen Lebens vorzubereiten.

Lehren für das Gesundheitswesen ziehen

Die Krise offenbart Schwachstellen. Dazu gehört der Investitionsstau bei den Krankenhäusern infolge der

Sachsen unterstützt kleine Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten und einem Jahresumsatz von maximal einer Million Euro. Der Bund setzt ab 250 Beschäftigten und 50 Millionen Euro Jahresumsatz an. Dazwischen: nichts. Nachbessern, Staatsregierung!



www.linksfraktion-sachsen.de

zu geringen Landeszuschüsse. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist eine weitere Baustelle. Immer wieder forderten wir, ihn personell aufzustocken und ausreichend zu finanzieren. Auch ein Landesgesundheitsamt fehlt. Dabei ist Prävention die beste Gesundheitspolitik. Die Regierenden dürfen nach der Krise keinesfalls diejenigen vergessen, die jetzt die Versorgung gewährleisten – ob ärztlich, pflegerisch oder in anderer Weise. Sie verdienen mehr Wertschätzung, nicht nur finanziell. „Spätestens nach der Pandemie müsste allen klar sein, dass wir unser Gesundheitssystem nicht profitorientiert organisieren dürfen. Ich will mir nicht vorstellen, wie wir dastehen würden, hätte man tatsächlich aus Kostengründen Beatmungsbetten abgebaut oder gar weitere Krankenhäuser geschlossen“, so die Gesundheitspolitikerin der Linksfraktion, Susanne Schaper. „Ein Krisenschlag für das medizinische Personal wäre angemessen, schon angesichts der höheren Gefährdung, die aus dem ständigen Kontakt mit Infizierten resultiert.“

Arbeitsplätze erhalten, kleinen und mittleren Unternehmen helfen!

Durch die notwendige Einschränkung des öffentlichen Lebens sind vielen Unternehmen die Einnahmen oft kom-

plett weggebrochen. Die Kosten laufen weiter. Jetzt muss Vertrauen vor Kontrolle gehen, sonst werden viele kleine Unternehmen die nächsten Monate nicht überleben. Es klafft eine Lücke in den Förderprogrammen: Der Freistaat unterstützt kleine Unternehmen mit maximal zehn Beschäftigten und einem Jahresumsatz von maximal einer Million Euro, der Bund setzt ab 250 Beschäftigten und 50 Millionen Euro Jahresumsatz an. Dazwischen befinden sich viele Unternehmen, die nun schnelle Hilfe brauchen, um ihre laufenden Zahlungen abzuwickeln. Wo immer möglich sollten Soloselbstständige sowie kleine Unternehmen in den Genuss nicht rückzahlbarer Zuschüsse kommen, anstatt sich beim Staat verschulden zu müssen. Hinzu kommt: Auch wer nur im Nebenerwerb selbstständig ist, sollte Hilfe erhalten.

Die Linksfraktion hat in einem aktuellen Antrag eine Reihe von Forderungen erhoben. Die bei der Corona-Soforthilfe bisher in Aussicht gestellten Kredite sollten in nicht rückzahlbare Zuschüsse umgewandelt werden. Deren maximale Höhe sollte unabhängig vom Jahresumsatz wie folgt gestaffelt werden: 9.000 Euro für drei Monate für Soloselbstständige und Kleinstunternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten; 15.000 Euro für drei Monate für Kleinunternehmen

mit bis zu zehn Beschäftigten; 30.000 Euro für drei Monate für mittelständische Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten. Voraussetzung für die Zuschüsse sollte sein, dass die Unternehmen keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen dürfen.

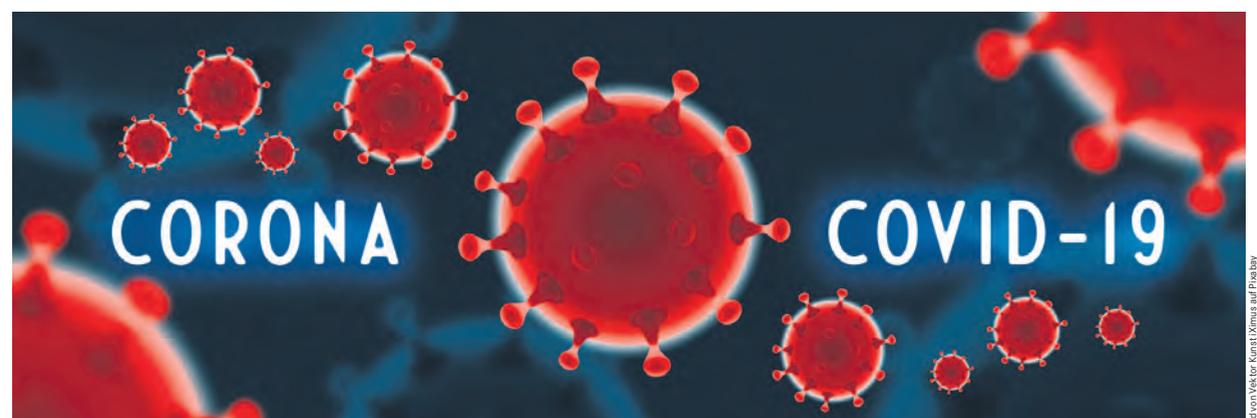
Für Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten und/oder einer Bilanzsumme von bis zu 50 Millionen Euro sollte es einen sächsischen Wirtschaftsstabilisierungsfonds geben. Geraten solche Unternehmen wegen der Pandemie in Schieflage, sollten sie daraus Hilfe bekommen, damit sie zahlungsfähig bleiben. Mit einem zusätzlichen „Sachsenfonds“ könnte der Freistaat Geld bereitstellen, um sich unmittelbar an bisher wirtschaftlich gesunden Unternehmen zu beteiligen, die infolge der Pandemie in Insolvenz zu geraten drohen.

Ferner sollte das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent erhöht werden; Eltern mit Verdienstauffällen sollten für die Dauer der Kinderbetreuung Lohnzuschüsse bekommen. Auf Hartz-IV-Leistungen und Leistungen der Grundversicherung im Alter sollten während der Pandemie monatlich pauschal 200 Euro als Pandemie-Zuschlag gezahlt werden. Sämtliche Tarifverträge in systemrelevanten Niedriglohnberufen, insbesondere im Einzelhandel und der Pflege, sollten für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Als Beitrag zur Finanzierung sollte die Staatsregierung in Berlin darauf hinwirken, dass der Staat eine einmalige Abgabe auf hohe Privatvermögen erhebt. Das Grundgesetz lässt das zu, denn Eigentum verpflichtet.

Wer daheim bleiben soll, braucht eine sichere Bleibe

„Ein zentrales Element im Kampf gegen die Pandemie ist der Rückzug in die eigenen vier Wände. Deshalb muss jetzt sichergestellt werden, dass alle ihre Wohnung behalten können und wohnungslose Menschen einen Rückzugsraum bekommen“, fordert Juliane Nagel, die in der Linksfraktion das Thema Wohnungspolitik verantwortet. Das Bundesjustizministerium gewährt



Mieterinnen und Mietern besonderen Kündigungsschutz, damit Mietschulden, die in der Pandemiezeit entste-

diniert alle Bewerbungsfristen für das Wintersemester 2020/2021 verschieben. Auslaufende Arbeitsverträge von

werden – unabhängig davon, ob die geförderten Leistungen derzeit vollständig, eingeschränkt oder gar nicht erbracht werden können.“

Gerade jetzt wäre es töricht, auf sinnvolle Kreditaufnahme zu verzichten

Die Krise wird den öffentlichen Haushalten enorme Ausgaben abverlangen – aber sie stecken noch immer im Zwangskorsett der Schuldenbremse. Wir haben dieses Instrument im Grundgesetz noch nie für sinnvoll gehalten. Denn es bremst vor allem staatliche und kommunale Investitionstätigkeit. Wenn wir deshalb von der Substanz leben, verursacht das umso höhere Folgekosten für die Generationen nach uns. Gerade jetzt kann sich der Staat zu sehr günstigen Konditionen Geld leihen. Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist; eine funktionierende kommunale und staatliche Infrastruktur und eine Gesundheitssystem, das nicht profitorientiert ist, kämen allen Gruppen der Gesellschaft zugute. „Es wäre gerade jetzt töricht, auf staatliche Kreditaufnahme zu verzichten“, meint LINKE-Fraktionschef Rico Gebhardt. „Wir unterstützen deshalb jene Teile der sächsischen Regierungskoalition, die über die Aufhebung des Neuverschuldungsverbotes nachdenken. Dass die CDU wie üblich reagiert und auf das Neuverschuldungsverbot besteht, ist nicht neu und Teil des Problems. Dort hat man wieder einmal die Zeichen der Zeit nicht erkannt.“

Kreative Lösungen sind gefragt – etwa bei Wochenmärkten

Not sollte erfinderisch machen. Beispielsweise hat Sachsen sich dazu entschlossen, wegen der Ansteckungsgefahr die Wochenmärkte zu schließen. Das müsste nicht sein, findet die Agrarpolitikerin der Linksfraktion, Antonia Mertsching: „Wochenmärkte sind ein wichtiger Teil der Nahversorgung mit frischen und regionalen Nahrungsmitteln und wichtige Absatzmärkte für Landwirte. Statt sie zu schließen, könnten sie in derzeit ungenutzte Messe- oder Turnhallen oder auch Lagerhallen verlegt werden. Dann sind sie praktisch auch nichts anderes als ein Supermarkt, in dem die Abstandsregel organisiert und der Zustrom reguliert werden kann.“ Der

Freistaat sollte die Kommunen bei solchen kreativen Lösungen unterstützen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Nahrungsmittel, die eine weite Reise hinter sich haben oder gerade frisch geerntet werden, in der Tonne landen und Landwirte extreme Einnahmeausfälle haben. Inzwischen hat die Landesregierung eingelenkt und „mobile Verkaufsstände“ ermöglicht.

Parlament ist handlungsfähig

Jetzt ist die Zeit des schnellen Handelns und der Exekutive. Die Staatsregierung sollte dennoch nicht vergessen, dass der Landtag handlungsfähig ist. Es ist weder nötig noch wünschenswert, alles per Verordnung oder mit flächendeckenden Verwaltungsakten auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes zu regeln. Die Gewaltenteilung gebietet es, auch in der Krise die Verfassungsprinzipien zu wahren. Dazu gehört der Vorbehalt des Gesetzes: Wenn zwingend erforderliche, weitreichende Eingriffe in Grundrechte erfolgen oder geltende landesgesetzliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden sollen, hat das Parlament zu entscheiden.

Um Risiken zu minimieren, ist es laut LINKE-Fraktionschef Rico Gebhardt möglich, dass der Landtag mit der Hälfte seiner Mitglieder tagt. Dazu müsste die Fraktionen übereinkommen, nur einen Teil ihrer Abgeordneten nach Dresden zu schicken, damit die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke repräsentiert sind. Dann wäre die Mehrheit der Abgeordneten anwesend, aber auch der notwendige Gesundheitsschutz gewährleistet.

Vielen Dank an alle Engagierten!

Vorerst lautet die Devise: Abstand halten und positiv denken. Wir wünschen allen viel Gesundheit! Unser Dank gilt allen, die bei der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie mit-helfen – insbesondere in den medizinischen Einrichtungen und Arztpraxen, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei Feuerwehr, Polizei, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, in Laboren und Apotheken sowie in den Schulen und Kita-Einrichtungen, aber auch im Lebensmittelhandel. Ihr Engagement verdient höchste Anerkennung und größten Respekt.



hen, nicht zum Wohnungsverlust führen. Der Wohnungsverlust darf aber auch später nicht passieren! Neben Mieterhöhungen müssen Zwangsrumtionen per Regierungserlass ausgesetzt werden. Zudem schlagen wir einen Solidarfonds vor, der Mieterinnen und Mieter sowie bestimmte Wohnungsunternehmen entlastet, insbesondere kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Anbieter. Für mindestens drei Monate sollen wegfallende Mietzahlungen kompensiert werden. Hilfreich wäre es zudem, wie in Österreich eine Regelung ins Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen, wonach die Mietzahlung zumindest bei Gewerberäumen entfällt, wenn das Objekt wegen außerordentlicher Umstände, etwa einer Seuche, nicht genutzt werden kann. Das käme sozialen Einrichtungen sowie dem Kleingewerbe wie Kneipen, Kulturorte oder eigentümergeführten Einzelhandelsunternehmen zugute.

Auch Hochschulen und Studierende brauchen Hilfe

Anna Gorskih, Sprecherin für Hochschulpolitik, fordert Unterstützung für Studierende und Beschäftigte an den Hochschulen: „Die Präsenzzeit für Studierende und Beschäftigte ist verschoben, Bibliotheken sind geschlossen und Prüfungen ausgesetzt. Das ist alles vernünftig. Jedoch stehen viele Studierende jetzt unter besonderem finanziellen Druck: Es muss weiter Miete gezahlt und Lebensmittel müssen gekauft werden, auch wenn das BAföG nicht reicht oder gar nicht gezahlt wird und dringend benötigte Nebenjobs pausieren müssen.“ Deshalb fordern wir ein Sofortprogramm mit formlosen und möglichst rückzahlungsfreien Sozialkrediten für Studierende, die ihre Nebenjobs verlieren. Bund und Länder sollten zudem koor-

Hochschul-Beschäftigten sollten deren Wunsch um den Zeitraum der Pandemie verlängert werden.

Kunst und Kultur sichern

Es ist vernünftig, wegen der Pandemie auf Kulturveranstaltungen zu verzichten und Kultureinrichtungen zu schließen. Aber gerade Freischaffende haben in aller Regel keine Rücklagen, mahnt der Kulturpolitiker der Linksfraktion, Franz Sodann. Die Linksfraktion fordert deshalb unbürokratische Finanzhilfen und soziale Überbrückungsleistungen. Fördermittel sollten nicht zurückgefordert werden, auch wenn Projekte ausfallen müssen. Außerdem sollte unbürokratisch ein Überbrückungsgeld bis zur Höhe des durchschnittlichen Einkommens des letzten Jahres gewährt werden, um Verdienstauffälle auszugleichen.

Kinder- und Jugendhilfe erhalten, Familien unterstützen

Viele Engagierte in der Kinder- und Jugendhilfe schauen besonders besorgt in die Zukunft. Deshalb haben sich die jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Anna Gorskih, und ihre für Kindertagesstätten zuständige Fraktionskollegin Marika Tändler-Walenta mit einem Offenen Brief an Sozialministerin Petra Köpping gewandt. Darin fordern sie, „auch über den Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe einen Schutzschirm aufzuspannen. Es wäre fatal, wenn sich diese soziale Infrastruktur auflösen würde, weil Einrichtungen die Personal- oder Mietkosten nicht mehr tragen können. Die Staatsregierung sollte unverzüglich per Erlass sicherstellen, dass alle mit Trägern der freien Jugendhilfe vereinbarten bzw. den Trägern zugesagten Leistungsentgelte und Fördermittel in voller Höhe und termingerecht gezahlt



Geflüchtet in Zeiten der Corona-Pandemie

Europa darf auch in der Corona-Krise nicht Kern der Zivilisation aufgeben: Solidarität und Empathie, meint *Cornelia Ernst*

Anfang März, einen Tag bevor wir in einer fraktionsübergreifenden Gruppe (LINKE, Grüne, Sozialdemokraten) nach Griechenland fahren wollten, wurde die Plenarsitzung gestoppt. Corona war in Brüssel angekommen. Reisestopp, Beginn von Homeoffice für die Beschäftigten, Verbot des Betretens des Parlamentes für Menschen aus von Corona betroffenen Ländern wie China, dann für alle Besucherinnen und Besucher, schließlich für die Arbeiterschaft aus Italien, Frankreich, Spanien. Der Präsident, selbst Italiener, hatte sich freiwillig in Quarantäne versetzt. Der Parlamentsbetrieb wurde runtergefahren, alle Meetings, Konferenzen abgesetzt, auch die Finanzen für politische Arbeit wurden eingefroren. Sogar Einstellungen wurden gestoppt, was übrigens widerrechtlich ist und von uns, der GUE/NGL angegriffen wurde. Eine Art Notbetrieb wurde nun mit Ausschusssitzungen und Kurzplenen begonnen. Seitdem beherrschen uns Videokonferenzen verschiedenster Art und Qualität. Diese beginnen stets mit der Frage: „Ist bei Euch alles okay?“

Als wir im Parlament den ersten Toten hatten, einen Parlamentsangestellten, war dies ein riesiger Schock. Späterens da war allen klar, dass wir uns auf längerfristige und tiefgreifende Maßnahmen einstellen müssen, dass es eine Vor-Corona-Zeit und eine Nach-Corona-Zeit geben wird, dass sich unser Leben deutlich verändern wird. Zeiten wie diese sind ein Lackmuseum, der deutlich macht, wie wir als EU funktionieren – oder auch nicht. Abstand halten – das ist symbolisch wie praktisch allgegenwärtig. Nicht nur im gesundheitlichen Sinne. Die Grenzen sind nun dicht, auch innerhalb der EU. Dass es außerordentliche Maßnahmen in einer Pandemie geben kann und muss, steht außer Zweifel. Diese Maßnahmen unterstützt unsere Fraktion ausdrücklich. Problematisch ist es aber, wenn die Maßnahmen nicht unter den Mitgliedsstaaten abgestimmt sind. Die einen (CZ) verkünden, ein halbes Jahr die Grenzen zu schließen, die nächsten verbieten Pendlern die Einreise, relativieren dies aber für „systemrelevante Berufsgruppen“. Wieder andere entmachten das Parlament und ermächtigen sich, per Dekret regieren zu können (Orban in Ungarn). Andere folgen dem (Slowenien).

Doch die Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten, die zweifellos in Not-situationen zeitweilig möglich ist (etwa mit Kontaktverboten), darf nicht in die Zeit nach der Krise verlängert werden. Dennoch ist es munter losgegangen mit der Aushebelung des Datenschutzes in einigen Mitgliedsstaaten, mit der einseitigen Suspendierung jedweder

Asylverfahren durch Griechenland. All das sind besorgniserregende Zeichen, die nun nichts mit Corona-Prävention zu tun haben. Zudem wird hier der gravierende Mangel an Solidarität deutlich: Wenn Italiens Hilferufe erst dann etwas Gehör finden, wenn Russland, China und Kuba in der Lombardei Hilfe gewähren, wenn medizinische Hilfsgüter für Krisengebiete gestohlen werden, wenn Deutschland und die Niederlande sich hartnäckig weigern, Corona-Bonds zu unterstützen, während die italienische Regierung in deutschen Medien förmlich um diese wirksame Form der gegenseitigen Unterstützung bittet, dann stimmt etwas Grundsätzliches nicht. Der nationalistische Taumel, der „zuerst Wir bei uns zuhause“ heißt, hat die EU in eine Krise gedrängt, die sich nicht nur in der zu erwartenden Rezession niederschlagen wird, sondern eine tiefe moralische Krise offenbart, eine Vertrauenskrise, die sich in die Köpfe der Menschen einbrennen wird.

Kaum zu überbieten und doch noch schlimmer ist die Ignoranz gegenüber der Not von Menschen an den EU-Außengrenzen und in den grauenvollen Hot Spots wie in Griechenland. Kann man die Asylverfahren einfach suspendieren? Fakt ist, dass das individuelle Recht auf Asyl solange unkündbar ist, solange die Genfer Flüchtlingskonvention und internationale Schutzkonventionen, auf denen das EU-Asylrecht basiert, gelten. Es gibt keine rechtliche Basis, keine gesundheitliche Rechtfertigung oder irgendeinen Nutzen für be-

ziehungsweise durch die Aussetzung dieser Verfahren. Wenn die Kommission dieses „böse Spiel“ mit der Begründung toleriert, „das Asylrecht müsse flexibel sein“, dann hilft sie weder der Corona-Virus-Bekämpfung noch den Griechen selbst. Eine richtige Antwort, um gesundheitlichen Gefahren entgegenzuwirken, wäre die schrittweise, aber schnelle Auflösung dieser Lager und die Evakuierung der dort lebenden Menschen. Diese Botschaft kommt auch von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und Geflüchteten aus Lesbos, Chios, Samos bei uns immer wieder an.

Unsere Fraktion hat daher zahlreiche Initiativen gestartet, sich gemeinsam mit anderen Fraktionen an Kommission und Rat gewandt, schnellstens COVID 19-Präventionsmaßnahmen zu ergreifen und für eine schnelle Evakuierung zu sorgen. Hier geht es um über 42.000 Geflüchtete, die auf den griechischen Inseln leben. Allein in Moria sind es 26.000, obwohl das Lager nur eine Kapazität für 3.000 Menschen hat. Etwa 5.000 Kinder, viele davon allein nach Griechenland gekommen, aber auch Familien mit Babys und Kleinkindern leben dort zusammengepfercht unter katastrophalen Bedingungen. Bricht der Virus in Moria aus, gibt es keinen Schutz für diese Menschen. Sie wären ihm hilflos ausgeliefert. Welche Folgen das haben kann, ist in Italien derzeit zu sehen. Die Reaktion der Migrationskommissarin Ylva Johansson war ein „Don't worry“, man habe alles im Griff.

Doch das ist ein Trugschluss, der Menschenleben kosten kann. Und so haben sich, initiiert von unserer Fraktion (gemeinsam mit Grünen und Sozialdemokraten), 122 Abgeordnete aus vier Fraktionen (Liberale tragen es mit) öffentlich an die Kommissionspräsidentin und andere gewandt, gegen die gravierenden Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten einzuschreiten und die veranschlagten Gelder (700 Millionen Euro) vor allem für die Verbesserung der humanitären Situation einzusetzen, anstatt in großem Umfang finanzielle Mittel für Frontex-Maßnahmen einzusetzen. Griechenland wird als „Schutzschild an der EU-Außengrenze“ ausdrücklich von Kommissionschefin von der Leyen gelobt. Dabei gehen Polizei und Armee mit Tränengas, Abluftfiltern, gezogener Maschinenpistole und Knüppeln gegen Geflüchtete vor.

Doch wir werden nicht lockerlassen. Rat und Kommission müssen sich dieser Frage stellen, wir werden sie im Innenausschuss des Europaparlaments weiter thematisieren. Bereits letzte Woche hat uns die Migrationskommissarin Ylva Johansson mitgeteilt, dass bisher nur acht Mitgliedsstaaten Kinder aufnehmen wollen. So wollen Deutschland und Luxemburg ab dieser Woche 600 Kinder aufnehmen. Doch bis heute, 1. April, gab es keinen einzigen Transport, obwohl Mission Lifeline Charterflüge bereithält, mit denen schnellstmöglich Kinder nach Deutschland kommen können. Das Auswärtige Amt hat bis heute keine Start- und Landerlaubnis dafür erteilt, wie man mir schriftlich auf meinen Brief mitteilte. Doch es ist wichtig, jetzt zu handeln. 138 Städte in Deutschland, darunter auch sächsische, haben sich zu „sicheren Häfen“ erklärt, viele Städte in Portugal und Spanien auch. Dieses Freiwilligenpotential kann und muss man jetzt nutzen, um wenigstens die Aufnahme von Kindern zu gewähren. Hier würde sich Solidarität praktisch zeigen. Und es ist unverständlich, warum diese Angebote nicht genutzt werden.

Wer Corona bekämpfen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bewahren will, der muss mit solidarischer Hilfeleistung alle meinen. Alle, das sind auch Wohnungslose und Menschen, die bisher Unterstützung seitens der Tafeln erhielten, das sind Roma und Sinti, für die in großen Teilen Europas kein Schutz existiert, das sind ältere Menschen, die zu den Risikogruppen gehören und oft in Pflegeheimen leben, Menschen mit Behinderungen und jene, die wenig Einkommen haben. Niemanden vergessen. Alle müssen gemeint sein, wenn wir nicht den Kern der Zivilisation aufgeben wollen, Solidarität und Empathie.



EUROPEAN UNITED LEFT /
NORDIC GREEN LEFT
EUROPEAN PARLIAMENTARY
GROUP



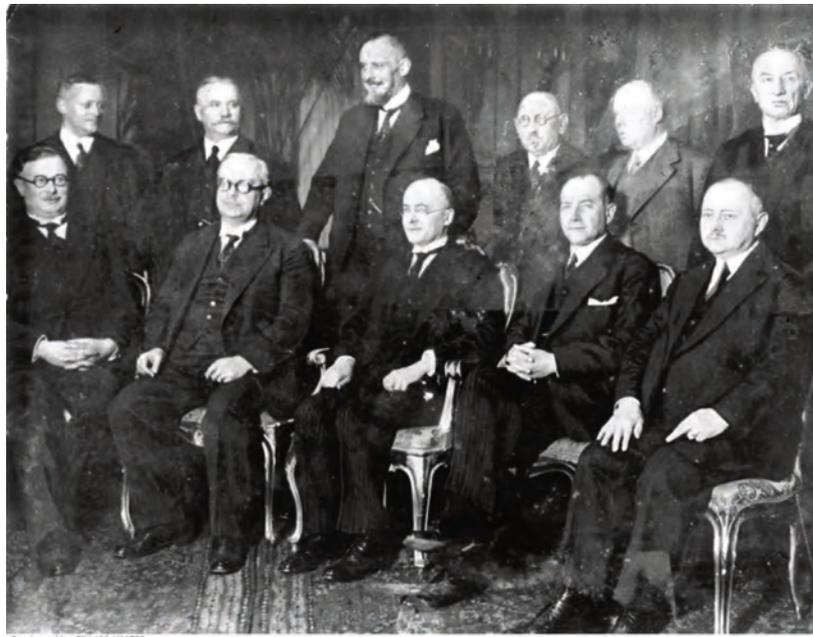
Republik in gefährlichem Fahrwasser

Winfried Steffen erinnert an die Bildung der Brüning-Regierung vor 90 Jahren

Die Weimarer Republik sah sich von Beginn an scharfen Attacken von rechts ausgesetzt. Zudem war sie belastet mit den Folgen des wesentlich von Deutschland ausgegangenen Ersten Weltkrieges, den harten Bedingungen des Versailler Vertrages. Dazu kamen wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der mit dem New Yorker Börsenkrach vom 25. Oktober 1929 ausgelösten Weltwirtschaftskrise.

Am 27. März 1930 trat die letzte auf eine parlamentarische Mehrheit gestützte Regierung der Weimarer Republik zurück. Die von Hermann Müller (SPD) geführte Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP war an haushaltspolitischen Problemen gescheitert. Anlass war die Auseinandersetzung über die Finanzierung der Leistungen für Arbeitslose, deren Anzahl auf über drei Millionen angestiegen war. Die Gewerkschaften forderten staatliche Zuschüsse in nicht begrenzter Höhe, während die Industriellen die Leistungen für Arbeitslose gekürzt sehen wollten.

Nach dem Rücktritt Hermann Müllers beauftragte Reichspräsident von Hindenburg den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning mit der Regierungsbildung. Am 30. März stellte Brüning ein Minderheitskabinett vor. Er übernahm alle nichtsozialdemokratischen Minister aus der Regierung Müller und bildete sein Kabinett aus Mitgliedern des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und aus zwei ehemaligen Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei – vorwiegend aus Vertretern aus dem rechten politischen Spektrum. Die Brüning-Regierung sollte als



Bundesarchiv, Bild 183-H29788

Foto: a. Ang. 1. März 1930

Die neue deutsche Reichsregierung nach dem ersten Ministerrat 31.3.1930. Von links sitzend: Joseph Wirth (Inneres), Hermann Robert Dietrich (Wirtschaft), Heinrich Brüning (Reichskanzler), Julius Curtius (Äußeres), Georg Schätzel (Post), stehend: Gottfried Reinhold Treviranus (Besetzte Gebiete), Martin Schiele (Landwirtschaft), Johannes Viktor Brecht (Justiz), Adam Stegerwald (Arbeit), Paul Moldenhauer (Finanzen), Theodor von Guérard (Verkehr). Reichswehrminister Wilhelm Groener fehlt.

Präsidialkabinett ohne Rücksicht auf den Reichstag und nur getragen vom „Vertrauen auf den Reichspräsidenten“ regieren. Hinter der Regierung Brüning standen vor allem die Konzerne wie IG Farben und AEG, die Deutsche Bank, ein Teil der rheinisch-westfälischen Industrie und auch solche Kreise, die den Nazis Geld zur Verfügung stellten.

Die Zentrumspartei war in der ersten Zeit des Abbaus der Demokratie für die

Rolle der tragenden Regierungspartei besonders geeignet. Sie verfügte als Bindeglied zum politischen Klerikalismus über eine relativ stabile Massenbasis: Volksverein für das katholische Deutschland, Jugendorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kulturorganisationen, christliche Gewerkschaften.

Die Regierung Brüning begann mit Zollerhöhungen ihre Hungeroffensive gegen das Volk. Regiert wurde nunmehr

per Notverordnungen. Dazu gehörten die Erhöhung der Einkommensteuer und der Bürgersteuer, eine Ledigensteuer und ein als „Reichsabgabe“ bezeichneter Abzug von den Gehältern der Angestellten und Beamten. Eingeführt wurde eine Biersteuer. Erhöht wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, während die Leistungen – ebenso die der Krankenversicherung – abgebaut wurden. Berufstätige Frauen erhielten keine Unterstützung mehr. Hingegen gab es Subventionen für die verschuldeten Junkergüter.

Die Regierung Brüning verschaffte den großen Monopolen Millionengeschenke zu Lasten der Werktätigen. Der durchschnittliche Wochenlohn eines Industriearbeiters sank von 42,20 RM im Jahre 1929 auf 36,95 RM im Jahre 1930 und lag damit um 22 Prozent unter dem amtlich errechneten Existenzminimum. Mit Hilfe des Artikels 25 der Reichsverfassung, der dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages erlaubte, wurde das verfassungsgemäße Kontrollrecht außer Kraft gesetzt. Am 18. Juli 1930 wurde der Reichstag aufgelöst. Mit vorgezogenen Neuwahlen wurde die Nazi-partei zweitstärkste Partei. In einem Manifest Hitlers vom 10. September 1930 hieß es u.a.: „Schlagt die politischen Bankrotteure unserer alten Parteien! Vernichtet die Zersetzer unserer nationalen Einheit! Weg mit den Verantwortlichen für unseren Verfall!“

Diese Wortwahl begegnet uns gegenwärtig in den Auslassungen von Höcke und weiteren AfD-Funktionsträgern. Es ist höchste Zeit für den entschiedenen Kampf aller Demokraten gegen Rechts-extremismus, Nationalismus und Rassismus.

Vor 75 Jahren ermordet:

Georg Elser

Am 8. November 1939, 21:20 Uhr, wurde der Münchener Bürgerkeller, in dem die alljährliche Traditionsveranstaltung zum Hitlerputsch 1923 stattfand, von einer gewaltigen Detonation erschüttert. Sieben Menschen starben, über 60 wurden verletzt. Doch der, dem der Anschlag galt, hatte aus unvorhergesehenen Gründen bereits zehn Minuten vor der Explosion den Ort des Geschehens verlassen: Adolf Hitler.

ausgelösten Krieg, der bereits acht Wochen andauerte, durch den Tod Hitlers beenden zu helfen. Elser hatte keine Verbindung zu Teilen des militärischen Machtapparates oder zu anderen Kräftegruppierungen und zu keinen politischen Widerstandsgruppen. Eine Verschwörung zum Sturz des Regimes anzustreben, lag außerhalb seinen Möglichkeiten. Er war ein allein Handelnder, der für das Vorhaben nur das notwendige Wissen und das fachliche Können besaß. Die eingesetzte Zeitbombe fertigte er allein an.

Georg Elser wurde am 4. Januar 1903 in Hermaringen/Kreis Heidenheim geboren. Die Eltern bestritten den familiären Lebensunterhalt von einem bescheidenen landwirtschaftlichen Anwesen und einem kleinen Holzhandel. Im Frühjahr 1922 schloss er als Bester seine Tischlerlehre ab. Bedingt durch die wirtschaftliche Lage der Familie, half er ihr bei Feld- und Waldarbeiten, bevor er

1924/25 als Tischlergeselle auf Wanderschaft ging. Ihr schloss sich eine oft wechselnde Berufsarbeit an, bis er durch die Aufrüstungspolitik einen festen Arbeitsplatz erhielt. Vor 1933 wählte er regelmäßig die KPD wegen ihrer sozialpolitischen Programmatik, ohne ihr anzugehören oder für sie tätig zu sein. 1928 war er, angeregt durch einen Ar-

beitskollegen, dem Roten Frontkämpferbund (RFK) beigetreten, an deren Aktivitäten er keinen Anteil hatte.

Während Hitler in München noch sprach, wurde Elser, der sich einer Festnahme entziehen wollte, an der Grenze zur Schweiz von Zollbeamten gestellt und an die Grenzpolizei übergeben. Danach wurde er an die in München gebildete Sonderkommission zur Untersuchung des Attentats übergeben. Um „ausländische Auftraggeber bzw. Geldgeber oder innerdeutsche Kontaktpersonen“ zu ermitteln, wurde er der Gestapo in Berlin überstellt und im KZ Sachsenhausen als „Sonderhäftling“ inhaftiert. Um seine alleinige Täterschaft zu belegen, baute er im Auftrag der Gestapo seine Höllenmaschine nach. Am 9. April 1945 wurde Georg Elser auf Weisung von Berlin im KZ Dachau getötet. Ihm, dem mutigen antifaschistischen Widerstandskämpfer zu Ehren, beschloss vor wenigen Wochen der Leipziger Stadtrat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Gasthofbrücke, die sich zwischen Dreilindenstraße und Luppenstraße befindet, nach ihm zu benennen.



• Prof. Dr. Kurt Schneider



Der Attentäter, der sich darauf ein Jahr lang akribisch vorbereitet hatte, war der schwäbische Tischlergeselle Georg Elser. Er fühlte sich der Arbeiterschicht zugehörig und lehnte aus einer linksorientierten Einstellung den faschistischen Nationalsozialismus ab. Seine Absicht war es, den vom deutschen Faschismus

Terminübersicht

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Aufgrund der aktuellen Coronalage können wir nicht sagen, ob alle Veranstaltungen wie geplant durchgeführt werden können. So kann es sein, dass wir eventuell Veranstaltungen absagen müssen oder einige aus dem realen Leben in die Onlinewelt überführen werden. Die dazu notwendigen Angaben findet ihr auf unserer Homepage www.sachsen.rosalux.de Oder abonniert unseren Newsletter: www.sachsen.rosalux.de/newsletter

Dresden, 22. April, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Ostdeutsche: Wie sie sprechen und wie man über sie spricht

REIHE: Umbrüche. Ost-Deutschland 30 Jahre nach dem „Beitritt“* Mit Prof. Dr. Raj Kollmorgen (HS Zittau, Fakultät für Sozialwissenschaften, Direktor des Instituts für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung).

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden oder online

Weder stimmt es, dass alle Ostdeutschen jammern, noch, dass Westdeutsche alles besser wissen. Trotzdem ist nicht abzustreiten, dass die Begriffe „Jammerossi“ und „Besserwessi“ für reale Vorgänge stehen, die das Lebensgefühl, das Sprechen und Handeln der Menschen in Ostdeutschland beeinflusst haben. Die Begriffe und die durch sie getragenen Diskurse lassen erahnen, dass sie auch für ein Gefühl innerer Zerrissenheit bei vielen Ostdeutschen und für eine gesellschaftliche Kluft zwischen Menschen und Menschengruppen stehen. In der Veranstaltung wird der Frage nachgegangen, wie die Menschen in Ostdeutschland die Umbrüche und Vereinigungszumutungen sehen und bewältigt haben, wie sie darüber sprechen und wie über sie in Medien, Politik und Wissenschaft gesprochen wird. Gefragt wird, wie es gelingen kann, die Potentiale und Leistungen von Menschen in Ostdeutschland besser zur gesellschaftlichen Geltung und Wirkung zu bringen.

Zur Reihe: Die „Wende“ 1989/1990, die Wirtschafts- und Währungsunion und der Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik waren eine Zäsur in der Entwicklung Ost-Deutschlands. Die gesellschaftlichen Strukturen erfuhren eine komplette Umwälzung mit tiefgreifenden Folgen für das Wirtschafts- und Sozialsystem, die Rechtsgrundlagen und die Politik. Die Lebensweise der Ostdeutschen veränderte sich mit entsprechenden sozial-psychologischen Folgen rapide und radikal. Was passierte in diesen 30 Jahren wirklich? Welche Spaltungen und Probleme waren mit dem Umbruch verbunden und was kann als „gelingen“ bezeichnet werden? Was ist zu tun, um die grundgesetzlich verankerten, gleichwertigen Lebensverhältnisse zu schaffen und wie sieht das aus einer linken, durch grundlegende Gesellschaftskritik bestimmten Position aus? Diese Fragen sollen in einer Serie von Veranstaltungen über

zentrale Politikfelder unserer Gegenwart diskutiert werden.

Dresden, 29. April, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Friedensmacht Deutschland?!

Mit Jan van Aken (Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE, ehemals Biowaffen-Inspektor der Vereinten Nationen) WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden oder online



Deutschland tritt international immer stärker als Militärmacht auf – als drittgrößter Waffenexporteur der Welt, aber auch in mehr als einem Dutzend Auslandseinsätzen von Afghanistan bis Mali. Die Ausgaben für die Bundeswehr steigen rasant. Seit Jahren sieht die Bundesregierung außenpolitische Probleme vor allem durch eine militärische Brille und setzt voll auf Aufrüstung – und auf Konfrontation mit Russland. Mit „Defender 2020“ ist das größte US-Militärmanöver seit Jahrzehnten in Europa geplant, 37.000 Soldaten sollen den Aufmarsch gegen Russland üben. Das ist das Gegenteil von Friedenspolitik und eine gefährliche Drohbärde. Wir wollen diskutieren: Wie könnte eine friedlichere Außenpolitik aussehen? Wie könnte Deutschland zu einer zivilen Friedensmacht werden?

Webinar, 11. Mai, 19 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion

„Am Anfang war die Information“ – Digitalisierung als Religion*

Mit Robert Feustel (Autor). Die Veranstaltung bieten wir als Webinar an. *Anmeldung unter der Veranstaltung unter www.sachsen.rosalux.de*

Alternative Fakten? Wie konnte es passieren, dass Gerücht, Lüge, Fakt und Wahrheit ununterscheidbar wurden? Robert Feustel untersucht die Wissensgeschichte von der Industrialisierung bis zur Digitalisierung und zeigt, wie im sogenannten Informationszeitalter ebene „Information“ zum Heiligen Geist mutierte und den Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge einebnet: Hauptsache Informationen zirkulieren möglichst reibungslos und in Echtzeit. Schließlich gerät auch das Bild des Menschen in den Sog der Digitalisierung. Was unterscheidet das menschliche Denken vom prozessierenden Computer?

Dresden, 13. Mai, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

30 Jahre Neu-BRD als aufschlussreiches „Gleichstellungsexperiment“

REIHE: Umbrüche. Ost-Deutschland 30 Jahre nach dem „Beitritt“. Mit Prof. Dr. sc. phil. Hildegard Maria Nickel, Humboldt-Universität Berlin (u. a. wissenschaftliche Kommentatorin der Daten des ALLBUS 2018 innerhalb des Pro-

jektes „Ostfrauen“ von rbb und MDR) WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Noch sind die Unterschiede in Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen Ost- und Westdeutschland überraschend groß. Dabei haben sich die hiesigen Frauen an ihr Pendant im Westen deutlich weniger angenähert als die Männer. Offensichtlich hatte der „Gleichstellungsvorsprung“ aus der DDR bemerkenswerte Folgen. Nach der Einführung soll zur Diskussion stehen, warum „Ostfrauen“ den gesellschaftlichen Bruch scheinbar besser verkraftet haben als Männer und welche Schlüsse daraus aktuell gezogen werden können.

Leipzig, 19. Mai, 19 Uhr

Lesung und Diskussion

Schlaglichter Digitalisierung*

Mit Sabine Nuss (RLS und Co-Geschäftsführung Karl Dietz Verlag). Eine Veranstaltung der Abgeordnetenbüros linXXnet und INTERIM mit Unterstützung der RLS Sachsen. *linXXnet, Brandstraße 15, 04277 Leipzig oder online*

Mensch wird durch die Digitalisierung endgültig ersetzbar und damit einhergehend natürlich die Massenarbeitslosigkeit. Ist es wirklich so aussichtslos? Eröffnen sich nicht neue Chancen und Möglichkeiten, um den Kapitalismus in die Knie zu zwingen? Diese Fragen stellte sich auch Sabine Nuss mit ihrem Buch „Marx und die Roboter“, welches sie in einer szenischen Lesung präsentieren wird.

Dresden, 28. Mai, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Dresden im Klimawandel*

Wie reagiert die Landeshauptstadt? Mit Dr. Wolfgang Socher (Amtsleiter Umweltamt Dresden). Eine gemeinsame Veranstaltung der HdK e.V., Klima-

wandel in Sachsen, des BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und der RLS Sachsen.

Quartier22, Bautzner Straße 22, 01099 Dresden

Dramatische Wetterereignisse wie z.B. die Hitzezeitepisoden 2018/19, die Hitzewellen des Sommers 2006 oder das Hochwasser 2013 stellen an die Bebauungsstruktur, den Versiegelungsgrad, den Vegetationsbestand und die hohe Zahl von Emissionsquellen auch Dresdens besondere Herausforderungen. Seit der Wende verfolgte Konzepte des nachhaltigen Forstumbaues in der Dresdener Heide, Baumpflanzungen im Stadtgebiet, die Initiative „Mein Baum – Mein Dresden“ begrenzen den Wärmeinseleffekt der Landeshauptstadt. Dagegen werden in Sachsen täglich eine Fläche von 4,3 Hektar versiegelt. Das entspricht in Dresden alle 2,3 Tagen der Fläche des Alaunparks (Quelle: SAXGRÜN 12.2018). Dem DREWAG-Strommix liegt ein Anteil von 46,3 Prozent Stromes aus fossilen Quellen zugrunde (Quelle: DREWAG 2017). Mit dem Amtsleiter des Umweltamtes Dresden Dr. Wolfgang Socher wollen wir gemeinsam Strategien und Möglichkeiten diskutieren, um in Dresden dauerhaft sozialökologisch umzusteuern.

Webinar, 28. Mai, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Automatische Subjekte oder Selbstbestimmung? Gefahren und Potentiale der Digitalisierung im Anschluss an Marx*

Mit Dr. Peggy Hetmank-Breitenstein (Institut für Philosophie der Uni Jena). *Anmeldung unter der Veranstaltung unter www.sachsen.rosalux.de*

Marx zufolge haben die technologischen Revolutionen, die er seinerzeit in Produktion, Transport, Kommunikation, Verwaltung beobachten konnte, tiefgreifenden Einfluss auf das Wissen und Können, auf Lebensführung und Selbstverständnis der Menschen. Die Dynamik des technologischen Wandels allerdings und auch seinen Einfluss auf Produktion, Verteilung, Konsum sieht er durch die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst bestimmt: Sie ist abhängig von Eigentumsverhältnissen, Verwertungsinteressen, der Trennung von Kapital und Arbeit etc. Im Zentrum dieses Vortrags steht die Frage, wie sich die Wechselwirkung zwischen digitalen Technologien, Kapitalismus, Mensch im Anschluss an Marx begreifen lässt. Welche der Begriffe, Unterscheidungen, Einsichten seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ lassen sich als Werkzeuge benutzen, die uns helfen, uns über die Gefahren wie auch Potentiale der „digitalen Revolution“ aufzuklären?

*Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

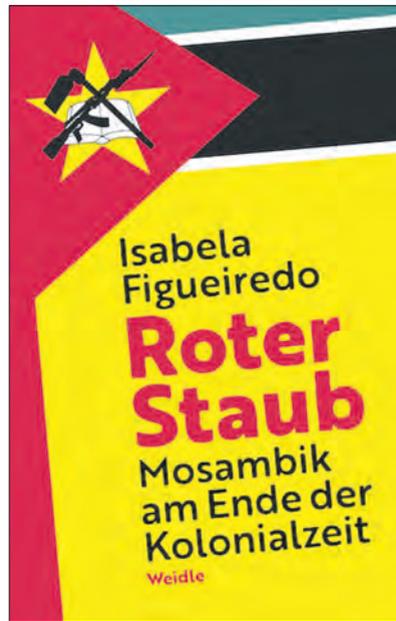
*** in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

Abrechnung mit dem Kolonial-Vater

Ralf Richter empfiehlt ein Buch, das Europäern wie Afrikanern Diskussionsstoff bietet

Mosambik und Angola – das waren, neben Äthiopien, die beiden afrikanischen Länder, zu denen die DDR einen besonderen Bezug hatte. Frauen und Männer aus diesen Ländern lernten, arbeiteten und studierten hier. Nach 1989 gingen fast alle zurück. In beiden Ländern waren Befreiungsbewegungen nach der Vertreibung der portugiesischen Kolonialherren an die Macht gekommen, die sich dem sozialistischen Weg verschrieben hatten: In Angola war das MPLA und in Mosambik die FRELIMO. Chef der FRELIMO war Samora Machel, er wurde später Präsident Mosambiks und starb in einem Flugzeugabsturz am 19. Oktober 1986 auf südafrikanischem Territorium. Sein Nachfolger sprach davon, dass es kein Unfall gewesen sei. Am Boden befanden sich südafrikanische Spezialkräfte und es gilt als sicher, dass der Pilot auf ein Bodensignal reagierte, das ihm ein flaches Gelände anzeigte, während er in bergigem Gebiet unterwegs war. Später heiratete die Witwe Samora Machels Nelson Mandela, was von beiden Ländern als ein positives Zeichen aufgefasst wurde. Zudem hatte es schon länger Verbindungen zwischen dem südafrikanischen ANC und der mosambikanischen FRELIMO gegeben: Beide kämpften gegen die weiße Vorherrschaft.

Es gab bislang kein Buch, das aus der „weißen Sicht“ der portugiesischen Kolonialherren kritisch die eigene Herrschaft reflektiert. Die in Mosambik geborene Isabel Figueiredo legt in



Portugal ein einzigartiges Buch vor, mit dem Titel „Roter Staub – Mosambik am Ende der Kolonialzeit“. Weitgehend vergessen ist in Europa, dass sich außer in Spanien auch in Portugal bis in die 1970er Jahre eine weitere faschistische Diktatur auf der iberischen Halbinsel halten konnte. Von 1928 bis 1968 hatte der Diktator Salazar an der Spitze der Regierung gestanden, bis ihn sein Kolonial-Minister Marcelo Caetano ablöste. Dieser Mann steckte etwa die Hälfte des portugiesischen Staatsbudgets in die Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonien, bis er am 25. April 1974

durch linke Offiziere mit sozialistischen Ideen bei der Nelkenrevolution gestürzt wurde.

Die Autorin wurde im April 1963 in Mosambik geboren – sie lebt das Leben eines weißen Mädchens im Kolonial-Afrika und erlebt „den Umsturz“ ab Mai 1974. Es ist vielleicht für Ostdeutsche besonders interessant, dieses Buch zu lesen, denn „bei uns“ wurde ja eher die Perspektive der Befreiungsbewegungen eingenommen. Hier nun schildert ein weißes Mädchen ihre Erlebnisse. Es ist der Sturz der Weißen vom hohen Ross. Eine Innenansicht, die auch eine Reise in unsere eigene Vergangenheit sein kann. Denn sie ist die Tochter eines Elektrikers und an ihrem Beispiel kann man lernen, was den Faschismus für den einfachen Arbeiter so attraktiv macht. In Portugal war ihr Vater einfacher Arbeiter gewesen. Als er aber das Schiff nahm und in den 50er Jahren nach Mosambik kam, wurde aus dem Arbeiter ein „Herr“. Nun gehörte er zur Oberschicht der weißen Herren. Es ist eine Verwandlung, die viele Menschen nach 1939 auch in Deutschland gemacht haben und die bislang wenig literarisch reflektiert wurde: Von einem Tag auf den anderen waren nicht nur Kapitalisten, sondern auch einfache Arbeiter und Bauern als „Arier“ die Herren über „minderwertige Rassen“. Sie konnten mit den Polen und Russen, die man ihnen ausgeliefert hatte, alles machen! So war das auch für den Elektriker. Was muss er sich noch um seine

Frau kümmern, wo doch alle „Negerweiber“ für ihn bereit sind? Der kleine Mann wurde nach einer Schiffsreise plötzlich der „Herr im Ring“. So erlebte ihn seine Tochter – und bewundert ihn, und spürt doch mit ihrem Kinderherz, dass die schwarzen Kinder auch Kinder sind wie sie, und keine „Neger“. Im Roman geht es verbal roh und wie in jenen Jahren üblich zur Sache. Schließlich wird die 12jährige 1975 nach Portugal zur Großmutter zurückgeschickt. Dort nennt man sie die „Retornado“ – und solche Rückkehrer gab es überall in Europa. Sie tragen das Rassenvirus tief in sich: Briten, Niederländer, Franzosen, Spanier, Portugiesen – nur die Heimat will sie nicht. Wer und was sind sie nun, die in Afrika „hochgeborenen“ Weißen, wenn sie wieder bei der armen Großmutter im ärmlichsten Haus wohnen, dass der Vater einst verlassen hat, um „das Glück in der weiten Welt“ zu suchen, wo er es scheinbar gefunden hatte, bis dort „die Wende“ kam ...

Das Mädchen rechnet mit dem Vater ab und schaut doch immer wieder zu ihm auf. Die Autorin weist auch die Legende von der „sanften portugiesischen Kolonialherrschaft“ zurück. Ein eindrückliches Buch über das Ende einer Kolonialgesellschaft, eingebettet in eine Tochter-Vater-Beziehung. Ein Buch, das Afrikanern wie Europäern gleichermaßen viel Diskussionsstoff bietet. „Roter Staub“ hat 172 Seiten, erschien 2019 im Weidle Verlag und kostet 23 Euro.

Lausitzer Almanach 13 erschienen

Dr. Dieter Rostowski über die Fortsetzung der Reihe

Der Lausitzer Almanach 13 ist im Stadttheater Kamenz vorgestellt worden. Es ist wieder ein gelungenes kulturhistorisches Werk mit über 300 Seiten und reichlich bebildert. Die Seiten werden gefüllt durch zwei bewährte große Rubriken: erstens, unvergessene und verdienstvolle Persönlichkeiten der Lausitz und zweitens, Erlebtes und Sehenswertes mit Stadt- und Ortsgeschichte, Kultur und Kunst, Unternehmens- und Betriebsgeschichte sowie Episoden, Erinnerungen und Jubiläen.

Es handelt sich um nachfolgende Persönlichkeiten: Der Künstler und Formgestalter Gerhart Marschner (1932–2017), aus Kamenz wird vorgestellt. Der sorbische Prof. Dr. Wojciech Kocka (1911–1965), ein Prähistoriker und Anthropologe aus Oehna bei Bautzen, wird gewürdigt. Über den tüchtigen Augenarzt, Dr. Gustav Heinrich Warnatz (1810–1872), aus Kamenz stammend, ist Interessantes zu erfahren. Der verdienstvolle Bürgermeister der „Nachwendezeit“ aus Hoyerswerda, Horst-Dieter Brähmig (1938–2017), wird im Porträt anerkannt. Schließlich werden ebenfalls Gedanken zu Leben und Werk

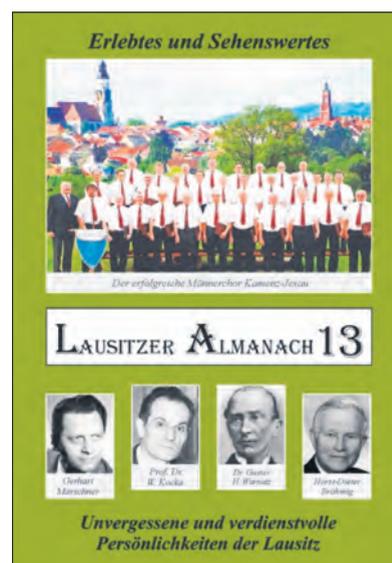
des Schriftstellers Erwin Strittmatter (1912–1994) erläutert. In der zweiten Rubrik werden den Lesern interessante Geschichten, Erlebnisse und Berichte zum Geschehen bzw. Ereignissen von den Autoren für Bautzen, Burghammer, der Dresdner Heide, Pulsnitz, Sonnenuhrendorf Taubenheim, Kamenz, Görlitz, Großröhrsdorf, Königsbrück, Steinigtwolmsdorf, dem Landkreis Bautzen, Hoyerswerda, Wilthen, Neustadt/Sa., Häslich b. Kamenz, Löbau, Lückersdorf-Gelenau, Goldbach, Bluno, Klein Partwitz, Crostau und Elstra vermittelt. Gestandene Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Bildung, der Orts- und Heimatgeschichte, des Sportes und gesellschaftlichen Lebens oder aus anderen Bereichen vermitteln ihre reichen Berufs- und Lebenserfahrungen. Ihre Artikel zeugen von Wissen und Können oder vom Gespür, Lebenserinnerungen volksnah darzustellen.

Weitere interessante Artikel können den Leserinnen/Lesern empfohlen werden, wie zur Geschichte der Lessing-Stadtbibliothek Kamenz von Dipl.-Bibliothekarin Marion Kutter und Dipl.-Betriebswirtin Bea Walther. Lesenswert

ist die Geschichte von EULE-Orgelbau Bautzen, die Orgelbauhistoriker Jiri Kourek verfasste. Auch Motorsportfreunde kommen auf ihre Kosten, weil Dipl.-Ing. Burkhardt Bretschneider die Bautzener Autobahnring-Rennen vorstellt. „Flugkunststücke“ vollbrachte Pilot Rainer Langener, der arbeitswütige

Fotojournalisten über die Sächsische Schweiz flog. Zur „Nachwendezeit“ äußert sich unter anderen Michael Harig, der sich vom Zerspaner beim Landmaschinenbau „Fortschritt“ Neukirch/Lausitz zum Landrat entwickelte – eine aufschlussreiche Autobiografie. Erfreulich ist, dass ebenfalls jugendliche Autoren des Lessing-Gymnasiums Kamenz (Jette Spiller/Erik Fülle) im Almanach mitschreiben. Nicht zu vergessen sind Rezensionen über „Ein feines buntschillerndes Kaleidoskop der Lausitz“ von Dr. Jürgen Tremper, der auch „55 Bildpaare Bautzener Zeitsprünge“ vorstellt. Weitere Titel, die rezensiert werden, sind „Karpfen & Co. – Teichwirtschaft in der Lausitz“ (Prof. Dr. Dieter Rost) und „Die Kleine Spree“ (Dr. Dieter Rostowski).

Vieles wäre noch zu nennen, doch überzeugen Sie sich selbst in den Buchhandlungen und Vertriebsstätten von der Vielfalt der Beiträge im Lausitzer Almanach 13, wo dieser ab März 2020 zu erhalten ist. Bestellungen werden auch angenommen über Dr. Dieter Rostowski, Autorenkreis „Lausitzer Almanach“ e. V., Körnerstr. 2, 01917 Kamenz.



an der RLS Sachsen aus der Taufe hoben, hatten sie nur ein Fähnlein Gleichgesinnter im Blick, eingeladen zu demokratisch-freigeistigem Gedankenaustausch über brennende Fragen unserer Zeit aus Geschichte, Politik und Kultur. Dass sich das offene Diskursforum überraschend zu einem ausgesprochenen Publikums-magneten entwickelte, der Monat für Monat Dutzende Interessierte anzog, sprengte den ursprünglich vorgestellten intimen Rahmen sehr bald. Es wuchs ein von hoher Qualität und ebensolcher Erwartungshaltung geprägtes XXL-Format, das seinen Initiatoren einiges abverlangte, um die beträchtlichen inhaltlichen, personellen und organisatorischen Herausforderungen immer wieder zu meistern.

Gesundheitliche Handicaps der in die Jahre gekommenen Hauptakteure und die Zeit und Kraft kostenden Anstrengungen um geeignete Veranstaltungsräume nach Verlust des Stammsitzes in der Harkortstraße ließen schließlich die Entscheidung reifen, mit der 50. Jour-fixe-Runde eine „goldene“ Zielmarke zu setzen (vgl. Sachsens Linke! 01-02/2020, S. 9). Mitte Dezember 2019 rundete sich so die fünfjährige Erfolgsgeschichte einer Institution, die klein begonnen hatte und großartig endete. Auf das einmütige Bedauern der treuen Anhängerschaft, in der Mehrheit auch älteren Semesters, reagierte Manfred Neuhaus mit dem vagen Versprechen, gemeinsam mit der Philosophischen Dienstagsgesellschaft ein anderes, weniger großes und aufwändiges Gesprächsformat neu zu erfinden.

Schneller als gedacht machten die Kooperationspartner Ernst. Bereits am 30. Januar gründeten 14 Ex-Aktivist*innen von Jour fixe und Philosophischer Dienstagsgesellschaft den Gesprächskreis Geschichte, Philosophie und Politik (GGPP), in dessen Namen sich die thematischen Hauptfelder der früheren selbstständigen Arbeitskreise an der RLS Sachsen aufgehoben finden. Aus ihrer Mitte bestimmten sie Manfred Neuhaus zu ihrem Sprecher, dem die Philosophin Monika Runge und die Historikerin Ursula Wohlfeld zur Seite stehen.

Neuhaus stellte dann seine GGPP-Projektidee in vier Punkten zur Diskussion. Im internen Kreis wolle man sich in bewährter Jour-fixe-Manier bedeutsame Themen und Werke auf den Hauptfeldern des neuen Gesprächskreises aneignen und sie, wie gehabt, auf ihre Relevanz für linkes Denken analysieren. Drei- bis viermal im Jahr, so der Sprecher, könne er sich einen externen Kreis im Sinne einer öffentlichen Veranstaltung in Jour-fixe-Dimensionen zu herausragenden gesellschaftlichen Anlässen oder bedeutsamen Veröffentlichungen vorstellen. In Punkt drei orientierte er die Diskursrunde auf die Publikationstätigkeit der RLS Sachsen, die weiterhin mit eigenen Beiträgen unterstützt und gefördert werden sollte. Schließlich sprach sich Neuhaus unter dem Rubrum „Freud und Leid“ eindringlich für ein solidarisches Miteinander aus, das nicht nur einer in-

Jour fixe hat einen Nachfolger

Neuer Gesprächskreis Geschichte, Philosophie und Politik debattiert über Alterswerke von de Bruyn und Habermas.
Von *Wulf Skaun*



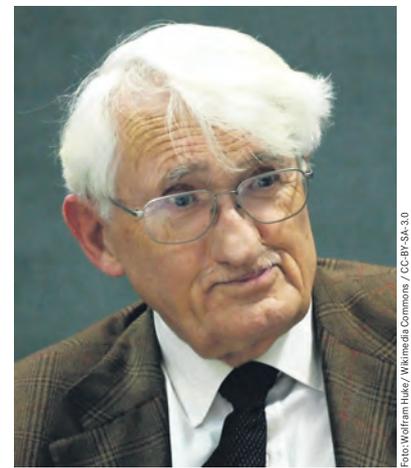
tellektuellen und sozialen Vereinigung wehren, sondern auch, wo nötig, eine alltagspraktische Betreuung einschließen sollte, wie sie der im Januar verstorbene Jour-fixe-Nestor Willi Beitz (89) in seinen letzten Lebensmonaten im Freundeskreis erfahren hatte. Dieser konzeptionellen Linie stimmten die GGPP-Gründungsmitglieder einmütig zu.

Auf ihrer ersten „Arbeitssitzung“ Ende Februar zollten sie zwei über 90-Jährigen Respekt, die mit ihren aufsehenerregenden Alterswerken auch Vorbild und Ansporn für die eigene geistige Produktivität sein könnten. Neuhaus eröffnete das Treffen mit einer Leseempfehlung für Günter de Bruyns Roman „Der neunzigste Geburtstag. Ein ländliches Idyll“. Der Autor habe in eine der gleichaltrigen Hauptfiguren wesentliche Bausteine seiner eigenen Vita, Erfahrungen, Weltsicht projiziert, die seine alltagsphilosophische Erkenntnis nährten, dass den Menschen am Ende ihres Lebens die Welt um sie herum immer fremder werde.

Als Beispiel für solche melancholischen Töne trug Ursula Wohlfeld das 22. Kapitel vor, ein Glanzstück des Buches, in dem sich de Bruyns ungebrochene intellektuelle und literarische Meisterschaft auf das Schönste offenbart. Mit gewohnt feiner ironischer Klinge begegnet de Bruyn Auswüchsen des „Genderns“, die der

Lebenserfahrung vernünftiger Menschen widersprechen. Dass sich seine Abrechnung mit der aus seiner Sicht gewalttätigen Verhöhnung der Muttersprache auch in köstlichen humoristischen Wortschöpfungen entlädt, zeige den Schriftsteller, fern verküchelter Verbitterung, als immer noch streitbaren Zeitgenossen mit Neugier auf Zukünftiges. Ein weites Feld für die anschließende Diskussion der Gesprächsteilnehmer, das denn auch ausgeschritten wurde und von grundsätzlicher Zustimmung zu de Bruyns Positionen bis zur vielfältig begründeten Mahnung reichte, die Genderpraktiken nicht zu verteuflern, weil sie, bei all ihrer Formalität, zu politischen und gesellschaftlichen Aufbrüchen beitragen.

Dem Philosophen Karl-Heinz Schwabe oblag es, auf das 2019 im Suhrkamp Verlag erschienene Mammut-Alterswerk seines berühmten Kollegen Jürgen Habermas einzustimmen: „Auch eine Geschichte der Philosophie. Bd. 1: Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen. Bd. 2: Vernünftige Freiheit. Spuren des Diskurses über Glauben und Wissen.“ Sich den auf 1.752 Seiten ausgebreiteten Ideengehalt des Jahrhundertdenkers anzeignen, könne nur etappenweise und hinsichtlich der impulsgebenden Diskussionsvorlagen arbeitsteilig in Angriff genommen werden, so Schwabe. Daher beschränke sich sein Plädoyer für die Auseinandersetzung mit



Jürgen Habermas

dem auch für die marxistische Philosophie „in jeder Beziehung gewichtigen Werk“ auf erste grundsätzliche Bemerkungen zu Anliegen und Ansatz des Autors. Habermas' erneuter Durchgang durch die Geschichte der westlichen Philosophie wolle der Beantwortung der Fragen dienen, welches angemessene Verständnis für die heutige Philosophie bestehe und was sie gegenwärtig in der modernen Gesellschaft leisten könne. Dafür habe er einen neuartigen Ansatz gewählt, der die Gedankengebäude der westlichen (abendländischen) Philosophie aus der „Wiege“ der vielfältigen Quellen unseres Denkens, also aus der sogenannten Achsenzeit von 800 bis 200 v. d. Z., herleite und dem Ziel der weiterführenden Aufklärung diene. Dieses Gesamtkonzept in den Blick zu nehmen, halte er für eine wichtige Aufgabe im Gesprächskreis. Darauf konnte sich die Diskursrunde rasch einigen.

Ob die Kraft auch für einzelne Kapitel, zum Beispiel des Karl Marx gewidmeten, und für eine öffentliche Veranstaltung reiche, sollen nun die Philosophen im GGPP um Konstanze Caysa, Peter Fischer, Siegfried Kätzel, Monika Runge, Karl-Heinz Schwabe und Jürgen Stahl abklären. Mit Hartmut Kästners Information über eine Veranstaltungsinitiative zum 75. Jahrestag der Befreiung am 7. Mai klang die Februarrunde des neuen Gesprächskreises aus.

